BERLIN, V. JAHRGANG 6. FOLGE, 1938

Der Schulungsbrief

Einheit: Arbeit und Wirtschaft

Recht auf Arbeit – Pflicht zur Leistung

Zweiter Teil

Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.



Inhalt dieser Folge:

Preis des Heftes 15 Rpf.

V. Jahrg. · 1938
6. Folge



Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Alle Welt voll Grimme steht,
wer darinne müßig geht,
der wird ganz verderben:
die Ehre muß ihm sterben

Spruch aus dem 12. Jahrhundert

Das deutsche Bürgertum als gesellschaftliche Substanz war das Produkt einer im wesentlichen weniger auf **politischen** als vielmehr **ökonomischen Funktionen** beruhenden Auslese. Das liberalistische Zeitalter hat mit der Einführung von Geld und Besitz als Maßstab einer bestimmten Wertung im Bürgertum eine **seinem** innersten Wesen entsprechende gesellschaftliche Schicht erzeugt. Daß zahlreiche Angehörige dieser Gesellschaftsklasse auf vielen nichtmateriellen Gebieten ebenfalls Hervorragendes leisteten, hängt nicht zusammen mit einer etwa durch den „**bürgerlichen**" **Begriff** gegebenen Wertung, als vielmehr mit den in ihnen **rassisch** vorhandenen Grundwerten. Diese haben an sich aber mit dem Begriff **Bürgertum nichts** zu tun. Denn um zu **dieser** Gesellschaftsklasse gerechnet zu werden, genügte eine rein wirtschaftlich glücklich ausschlagende Veranlagung genau so wie eine sich in einen bestimmten ökonomischen **Erfolg** umsetzende geistige oder kulturelle. Auf keinen Fall sind für die Wertung der Zugehörigkeit zu dieser Klasse **heroische** oder **heldische** Eigenschaften entscheidend. Ja, im Gegenteil: Da das wirtschaftliche Leben meist mehr unheroische als heroische Züge an sich hat, war das deutsche Bürgertum ebenfalls viel weniger heroisch als eben „wirtschaftlich". Die bürgerlichen Parteien waren das getreue Spiegelbild dieser inneren Seelenverfassung. Krämerhafte Vereinigungen ohne jede Befähigung für eine wirkliche Führung des Volkes ...

Indem aber das deutsche Bürgertum die politische Führung der Nation beanspruchte, hat sich eine Gesellschaft dem Volke als Führung vorgestellt, die dafür **nie** geboren war ...

Ebenso ist es aber auch natürlich, daß dieses Bürgertum als eine vollständig unorganische politische Führung ohne jede ursächliche Veranlagung dem Marxismus gegenüber zusammenbrechen mußte. Und aus dem gleichen Grunde war auch jeder Gedanke, auf dem **Boden des Bürgertums** und mit seinen politischen Organisationen einen Wandel der Lage herbeizuführen, aufzugeben. Jeder Versuch, aus der bürgerlichen Welt heraus dem deutschen Volke eine neue Führung zu sichern, mußte scheitern an der Tatsache der innerlich hierzu nicht geeigneten Substanz. **Und die Frage, die sich nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 erhob, war damit nur die, ob es erstens noch einen genügend großen Kern jenes Rassebestandteiles in unserem Volke gibt, der die Bildung unseres Volkes einst eingeleitet und durchgeführt hat** und damit allein fähig sein kann, diese Gemeinschaft weiterzuführen und damit zu erhalten, **und ob es zweitens gelingt, diesen Teil zu finden und mit der Führung zu betrauen.**

Und dabei war folgendes klar: Nachdem sich unsere neue Gesellschaftsbildung aus ökonomischen Funktionen heraus entwickelt hatte, war die Fähigkeit zur politischen Führung unter keinen Umständen als unbedingt identisch mit der gesellschaftlichen Stellung des einzelnen Deutschen anzunehmen. Das heißt also: Zur Führung des Volkes konnten ebensowohl Menschen aus wirtschaftlich und damit gesellschaftlich minderen Schichten befähigt sein, wie umgekehrt zahlreiche Mitglieder höchster, besonders wirtschaftlich oder finanziell bedingter Gesellschaftskreise abgelehnt werden mußten. **Entscheidend durfte nur sein die für diesen Zweck nötige innere Veranlagung. Diese Menschen aber aus allen verschiedenen Ständen, Berufen und sonstigen Schichtungen herauszufinden, war die gestellte Aufgabe.**

Dies war aber in Wahrheit eine sozialistische Handlung, denn: Indem **ich** mich bemühe, für jede Funktion des Lebens aus meinem Volk den dafür Geborenen zu suchen, um ihm auf diesem Gebiete die Verantwortung zu übertragen **ohne** Ansehen seiner bisherigen **wirtschaftlich** bedingten oder **gesellschaftlichen** Herkunft, handle ich im Interesse **aller**. Wenn aber das Wort Sozialismus überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann es nur den haben, in eiserner Gerechtigkeit, das heißt tiefster Einsicht, **jedem** an der Erhaltung des Gesamten das aufzubürden, was ihm dank seiner angeborenen Veranlagung und damit seinem Werte entspricht. Dieser Grundsatz ist von einer hohen Gerechtigkeit, weil er in sich logisch und vernünftig ist. Er ist anwendbar auf alle Funktionen des Lebens und damit auch auf das Gesamtgebiet der politischen Führung eines Volkes. Es war

damit nur entscheidend, durch welche Methode man diese Menschen finden würde, die als Nachfolger und damit Erbträger der einstigen Schöpfer unseres Volkskörpers heute seine Forterhalter sein können. Es gab hier nur eine Möglichkeit: Man konnte nicht von der Rasse auf die Befähigung schließen, sondern man mußte von der Befähigung den Schluß auf die rassische Eignung ziehen. **Die Befähigung aber war feststellbar durch die Art der Reaktion der einzelnen Menschen auf eine neu zu proklamierende Idee.** Dies ist die unfehlbare Methode, die Menschen zu suchen, die man finden will. **Denn jeder hört nur auf den Klang, auf den sein Innerstes abgestimmt ist.**

Man propagiere die Gewinnsucht als Inhalt einer Bewegung, und alle Egoisten werden sich ihr anschließen. Man predige die feige Unterwerfung, und was unterwürfig ist, wird kommen. Man erhebe den Diebstahl, Raub und Plünderungen zu Idealen, und die Unterwelt organisiert sich in Ringvereinen. Man denke nur an den Besitz und rede von Geschäften und kann dann seine Anhänger in Wirtschaftsparteien vereinen. **Man fordere aber Opfer und Mut, Tapferkeit, Treue, Glauben und Heroismus, und melden wird sich der Teil des Volkes, der diese Tugenden sein eigen nennt.**

Dies war aber zu allen Zeiten jener Faktor, der Geschichte machte. Die Bildung der Völker und Staaten, sowie ihre Erhaltung ist aber der Inhalt dessen, was wir mit dem Wort Geschichte umfassen.

So habe ich im Jahre 19 ein Programm aufgestellt und eine Tendenz niedergelegt, die der pazifistisch-demokratischen Welt bewußt ins Gesicht schlug. Gab es in unserem Volke noch Menschen dieser Art, dann war der Sieg unausbleiblich. Denn dann mußte dieser Fanatismus der Entschlossenheit und der Tat die ihm verwandten Menschen anziehen. Wo immer sich Träger dieser Eigenschaft befanden, mußten sie eines Tages die ihrem Blut zueigne Stimme vernehmen und, sie mochten wollen oder nicht, der Bewegung folgen, die der Ausdruck ihres eigenen innersten Wesens war. Das konnte fünf und zehn und zwanzig Jahre dauern, aber **allmählich entstand im Staat der Demokratie der Staat der Autorität, im Reiche der jammervollen Gesinnungslosigkeit ein Kern fanatischer Hingebung und rücksichtsloser Entschlossenheit ...**

Es war dann nur mehr eine Frage der Zeit, wann diesem gehärteten Menschenmaterial die Führung der Nation zufiel! Und daher konnte ich auch 14 Jahre warten, immer mehr erfüllt von der Erkenntnis, daß unsere Stunde einmal kommen mußte. Denn in diesen Jahren hat unsere Bewegung so, wie ein Magnet die stählernen Späne an sich zieht, die staatenbildende Kraft und damit auch ihre erhaltende im deutschen Volk gesammelt. Aus allen Ständen und Berufen und Lebensschichten heraus. Es hat sich wieder erwiesen, daß man ein großes Geschäft sehr wohl führen kann, aber oft nicht einmal eine Gruppe von acht Mann. Und es hat sich umgekehrt gezeigt, daß aus Bauernstuben und Arbeiterhütten heraus die geborenen Führer gesprungen sind. Denn das war das Wunderbare dieser Zeit der Propagierung unserer Idee, daß sie ihre Wellen hinaustrug über das ganze Land und nun Mann um Mann und Frau um Frau in ihren Bannkreis zog. Während die bürgerlichen Politiker um unser Programm fragten, ahnten sie nicht, daß Hunderttausende sich dieser Bewegung ergaben, einfach weil ihr innerer Empfänger auf die Wellenlänge dieser Idee abgestimmt war. So hielt plötzlich der Handwerker in seiner Werkstatt inne, ergriffen von dem Gefühl, dort gehörst du hin, der Knecht ging vom Pfluge weg mit dem Entschluß, sich einzuschreiben, der Arbeiter meldete eines Tages seinen Beitritt an, der Student wirft seine Pandekten hin und fühlt die Gewalt eines Zwanges, der ihn hineinführt in diese gärende Kraft seines Volkes!

Und darin liegt die gewaltige klassenversöhnende Mission dieser Bewegung. **Eine neue Wertung der Menschen tritt ein. Nicht nach den Maßstäben des liberalistischen Denkens, sondern nach den gegebenen Maßen der Natur.**

Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag 1933.

Hans Karl Leistritz:

Die Wendung gegen den Materialismus

Es war ein Tiefstand im Leben der Deutschen, als eine Weltauffassung breiten Raum gewann, die den materiell-äußeren Dingen die Fähigkeit zuerkannte, die Gestaltungskraft für alle Vorgänge in sich zu bergen. Dieser geschichtliche Augenblick mußte ein Entscheidungspunkt zwischen endgültigem Niedergang und Neubesinnung sein, denn das deutsche Wesen hat Gewicht und Schwere in der Verinnerlichung, in einer vertieften Auffassung alles Geschehens, im unaufhörlichen Spüren nach dem, was „hinter" den Dingen oder „in" ihnen steckt. Der Deutsche von Ernst und Gedankentiefe begnügt sich nicht mit der äußeren Oberfläche des Alltags. Er will durch sie hindurchsehen und die inneren Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten des äußeren Geschehens in die Helle und Klarheit seines Bewußtseins heben.

So war es von vornherein eine Entscheidung gegen die natürliche rassische Veranlagung des deutschen Menschen, als es der rohen Weltbetrachtung des Materialismus gelang, die Zahl ihrer Anhänger sprunghaft aufschnellen zu lassen und der Anhängerschaft durch die Organisationsformen des Marxismus die politische Bedeutung zu geben, die sie in der Hand rassefremder herrschsüchtiger Demagogen zum Sprengstoff der alten politischen Ordnungen des deutschen Lebens werden ließ.

Die Sprengkraft der materialistischen Weltauffassung, wie sie der Marxismus vortrug, und die Hilflosigkeit der Vertreter der alten deutschen Reichsordnung waren aber nicht dem Umstande zuzuschreiben, daß jene Weltauffassung das geniale schöpferische Produkt der fähigsten Köpfe gewesen wäre, das mit der Überlegenheit, die jeder besseren und fähigeren Lösung zukommt, zum Siege gelangen mußte. Die materialistische Weltauffassung des Marxismus war nichts schöpferisch Neues, sondern lediglich die Weiterentwicklung von Grundanlagen der bürgerlichen Welt, wie sie der zum Angriff ausholende Jude, der seine geschichtliche Stunde erkannte, vorfand. Der Jude Karl Marx-Mordechai sagte das unverblümt genug in der von ihm verfaßten Adresse des Generalrates der internationalen Arbeiterassoziation an die Pariser Kommune (1871):

„Die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben."

Die Hauptbestandteile der marxistischen Lehre waren bereits in der Wirklichkeit des bürgerlichen Lebens vorgezeichnet, und der Marxismus machte lediglich zum theoretischen Prinzip seiner Doktrin, was vom verfallenden Bürgertum längst Tag für Tag gezeigt wurde, wenn er „die ökonomischen Faktoren" zur Deutungsgrundlage aller Vorgänge erhob. Denn — wie Adolf Hitler es auf dem Reichsparteitage 1933 aussprach (vgl. Zitat am Beginn dieser Folge) — das deutsche Bürgertum war in seiner Auslese nach ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt. „Geld und Besitz" waren die Maßstäbe dieses Wertbildes. Geldzuwachs und Besitzanstieg waren gleichbedeutend mit Werterhöhung, Geldverlust schien geeignet, eine Wertminderung des Menschen zu bewirken. Das Leben besaß seinen Schwerpunkt im Wirtschaftlichen. Alle anderen Werte mußten sich eine Umdeutung, eine Umrechnung auf diesen Nenner gefallen lassen — allzu oft auch dann, wenn sie, wie Ehre und Arbeit, durch Geld nicht ausdrückbar sind.

Vom Marxismus ist diese Eigentümlichkeit des bürgerlichen Gesellschaftszustandes anerkannt worden. Er hat die bürgerlich-kapitalistische Lebensart nicht ausrotten, sondern lediglich in ihren Erfolgen auf sich beziehen wollen. So schildert August Bebel, wie „die Gesetze der kapitalistischen Produktion" von selbst eine im Sinne der marxistischen Auffassung gelegene Umbildung der Gesellschaft und ihrer Vorgänge bewirken.

„. . . nicht nur der einzelne Unternehmer verschwindet als selbständige Person, auch die Aktiengesellschaft wird dienendes Glied in einer Kette, die ein Kapitalistenausschuß in der Hand hat, dessen Aufgabe es ist, das Publikum zu pressen und zu plündern. Eine Handvoll Monopolisten wirft sich zum Herrn der Gesellschaft auf; diese diktieren ihr die Preise für die Waren und den Arbeitern die Lohn- und Lebensbedingungen. Diese Entwicklung zeigt, wie überflüssig der Privatunternehmer geworden ist . . ."

Der Marxismus sah sich in wesensverbundener Einheit mit den Entwicklungstendenzen des bürgerlich-kapitalistischen Lebens, und seine Frage war lediglich: Wer wird eines Tages die Herrschaft ausüben? Das bürgerlich-kapitalistische System wurde in seinen Grundzügen nicht verneint, sondern bejaht. Es ging allein darum, aus den Entscheidungsstellen „die Kapitalistenklasse" zu vertreiben und „die Arbeiterklasse" an ihre Stelle treten zu lassen. Es war Kampf um die Herrschaft, nicht um neue Ideale, nicht um neue Grundlagen und ein neues politisches Gefüge des Lebens. Und alle Versuche deutschblütiger Sozialisten, zu Tieferem vorzudringen, unterlagen der jüdischen Tendenz des Marxismus.

Bei Kenntnis dieser Zusammenhänge überrascht es nicht, daß der Zentralbegriff des bürgerlichen Kapitalismus, der zugleich der Zentralbegriff des jüdischen Händlertums war, in ebensolcher zentralen Stellung im Denksystem des Marxismus auftaucht. So führt Friedrich Engels in seiner Besprechung einer Schrift von Marx-Mordechai aus (in der Zeitschrift „Das Volk", London 1895):

„Die politische Ökonomie fängt an mit der Ware, mit dem Moment, wo Produkte — sei es von einzelnen, sei es von naturwüchsigen Gemeinwesen — gegeneinander ausgetauscht werden. Das Produkt, das in den Austausch tritt, ist Ware."

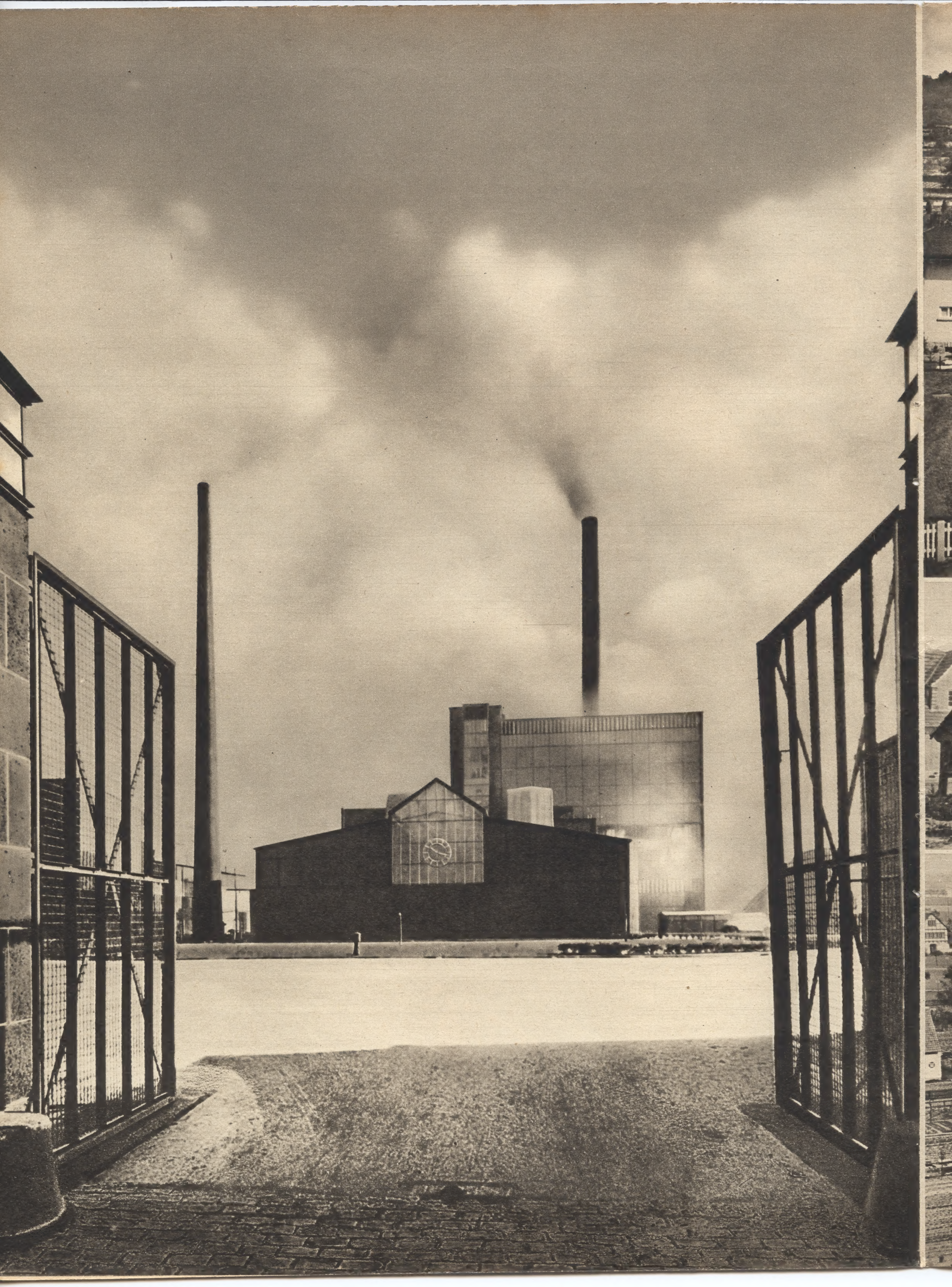
Nun scheint Engels irgendwie ein Gefühl dafür zu haben, daß dieser materialistische Ausgangspunkt, die Grundlegung eines politischen Systems auf das bloß Äußere, das Ding an sich, die Sache, die Ware, — daß dieser Ausgangspunkt fehlerhaft ist, weil er den Menschen vergessen läßt. Er fährt deshalb — scheinbar berichtigend — fort:

„Es ist aber bloß dadurch Ware, daß sich an das Ding, das Produkt, ein Verhältnis zwischen zwei Personen oder Gemeinwesen knüpft, das Verhältnis zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten . . ."



Aufn.: A. Winterer

Die Goldene Fahne



Der Mensch scheint in diesem Gedankengange sichtbar zu werden und die materialistische Kruste zu durchbrechen. Doch das ist nur ein gelegentlicher Augenblick. Es ist gleichsam ein Versehen, das sofort wieder ausgelöscht wird. Und die restlose Materialisierung wird unverkennbar und klarer denn je, wenn Engels nun erklärt:

„. . . Diese Verhältnisse sind aber stets an Dinge gebunden und erscheinen als Dinge."

Im Mittelpunkt des marxistischen Denksystems steht (allgemein ausgedrückt:) das Ding, (speziell ausgedrückt:) die Ware. Und dadurch ist es auf dem Nenner, der zur jüdischen Rasse gehört, von der der Jude Marx-Mordechai selbst sagte:

„Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf. Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen und verwandelt sie in eine Ware."

Im theoretischen Denksystem des Marxismus folgt diese „politische Ökonomie" aus der materialistischen Geschichtsauffassung. Was besagt diese?

Mit den Worten von Marx-Mordechai[1]):

„Daß die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt bedingt."

Mit den Worten von Friedrich Engels[2]):

„In jeder Gesellschaft mit naturwüchsiger Produktionsentwicklung — und die heutige gehört dazu — beherrschen nicht die Produzenten die Produktionsmittel, sondern die Produktionsmittel beherrschen die Produzenten."

Das ist die Lehre des geringwertigen Menschen, der sich einer Eigengesetzlichkeit des Arbeitsmittels unterwirft und die Maschine zu seinem Herrn erklärt. Pg. Ellersiek hat in der vorigen Folge des Schulungsbriefes („Mensch und Maschine") dargestellt, daß der deutsche Arbeiter auf Grund seiner Rasse über der Maschine steht. Der deutsche Arbeiter ist Herr der Maschine. Er ist der Fachkönner, dem die Maschine nichts anderes ist als sein verlängerter Arm, sein Werkzeug, sein Mittel, nicht aber umgekehrt. Die Dauerkrise der Sowjetindustrie beruht auf dem Mangel an rassisch hochwertigen Fachkräften, die über den Dingen stehen (vgl. „Schulungsbrief" 5/38, Seite 170 ff.).

Die materialistische Geschichtsauffassung ist rassisch bedingt und der Versuch einer Weltdeutung durch den rassisch Geringwertigen, durch den im Grunde seines Wesens unschöpferischen Menschen. Sie paßt zu dem, der nicht die Kraft hat, die Dinge zu meistern und zu gestalten, der sich nicht dagegen wehren kann, von ihnen getrieben zu werden. Sie paßt nicht zu unserer Rasse.

Was entspricht uns? Die Antwort auf diese Frage muß gegeben werden, und sie ist mit der bloßen Ablehnung der materialistischen Lehre noch nicht gefunden, sondern erst vorbereitet. Sie ist auch dann noch nicht ermittelt, wenn sie im reinen Gegensatz zur materialistischen Lehre gesucht wird. Mit dem billigen Mittel der Schwarz-Weiß-Malerei ist keinem Probleme recht auf den Grund zu kommen, und die sind im Irrtum, die nun meinen, die Abkehr vom Materialismus enthalte notwendig einen Verzicht auf die gegenständliche Welt. Die Abkehr vom Materialismus fordert nicht jenen im Gegensatze zur Sachwelt begriffenen Idealismus, der einer reinen Welt der Gedanken die Gestaltungskraft und den Kern alles Geschehens zuschreibt und das, was sich der unmittelbaren Anschauung bietet, zur bloßen „bunten Rinde" (Hegel) erklärt. Die Abkehr vom Materialismus fordert nicht die Abspaltung der materiellen Dinge, ihr vorschnelles Beiseitelegen als zweitrangiges Zubehör — ein Verfahren, das, wie die Geschichte bewiesen hat, immer zu einer unvollkommenen Erledigung der praktischen Alltagsaufgaben geführt hat. Unser Widerspruch gegen den Materialismus soll uns nicht der gekonntesten Bewältigung der Sachaufgaben entziehen, sondern gerade auch für sie bereit machen.

Dazu wird kein Denken in der Lage sein, das eine Zerspaltung in eine ideelle und eine materielle Sphäre voraussetzt, sondern lediglich eine Weltanschauung, die die Einheit der Wirklichkeit erhält und deren Erkenntnis als ihre Stärke empfindet.

Die nationalsozialistische Geschichtsauffassung besitzt in ihrer Mitte die Rasse. Sie hat dadurch einen Deutungsmittelpunkt für alle geschichtlichen Vorgänge gewonnen, der die Einheit der Wirklichkeit erhält. Rasse ist kein materialistischer Tatbestand für sich gesehener grob-körperlicher Merkmale. Wenn Alfred Rosenberg die Geschichte als einen Kampf der Rassenseelen bezeichnet, so ist gerade damit die Wendung gegen den Materialismus besonders betont ausgesprochen. Zugleich ist darin aber auch der Abstand von Geschichtslehren enthalten, die sich auf den gestaltlosen Begriff einer allgemein menschlichen Seele gestellt haben, in Wirklichkeit aber ebenfalls eine Ausdrucksform ganz bestimmter Rassenseele sind. In Ausführungen von Werner Kaegi in der Schweizer Monatsschrift „Corona" (1938 I) wird die Sprengung des christlichen Geschichtsbildes durch die Gegenwart und sein rassenseelischer Hintergrund besonders deutlich:

„Das uralte Bild christlicher Geschichtsbetrachtung schildert den Gang des Menschen durch diese Welt gleichsam wie eine Altartafel in drei biblischen Szenen. Das Mittelstück gibt die Geburt Christi oder seinen Tod, je nach der Variante, von den beiden Flügeln schildert derjenige links Adams Austreibung aus dem Paradies oder ein anderes Thema aus der Schöpfungsgeschichte, der Flügel rechts die Wiederkunft Christi und das Jüngste Gericht. Dies sind die großen Hauptepochen: Schöpfungsgeschichte, Leben des Erlösers und Weltende. Zwischen diesen Hauptszenen malt dann die literarische Geschichtserzählung wie eine unendliche Predella den Lauf der Menschen durch die Jahrhunderte, beginnend mit der jüdischen Geschichte nach den Berichten des Alten Testaments, gelegentlich ausgreifend in die Geschichte der großen Weltreiche Ägyptens und Mesopotamiens, dann kurz vor Christi Geburt einen Abriß römischer Geschichte interpolierend, mit dem Leben des Heilands einbiegend in den Gang der römischen Reichsgeschichte und ausmündend in ein breites Gemälde der jeweiligen Gegenwart des betreffenden Geschichtsschreibers . ."

Die epochemachende Umgestaltung des Geschichtsbildes, die endgültige Sprengung des traditionellen christlichen Rahmens ist, wie Kaegi ausführt, vom Erlebnis einiger gewaltiger Realitäten gekommen:

„. . . indem man von Zeiten erfuhr, die durchaus über den chronologischen Bereich der alttestamentlichen vier- oder fünftausend Jahre hinausreichten, wurde der Anfangspunkt der bisherigen Weltgeschichte, die Schöpfungsgeschichte, für den Aufbau des wissenschaftlichen Geschichtsbildes außer Kurs gesetzt. Der linke Flügel des alten Altarbildes mußte verschwinden, und mit ihm fiel auch der rechte, der durch sein Wissen über die Endzeit sinnfällig zeigte, daß nicht wissenschaftliche Erkenntnis, sondern eine andere Seelenkraft ihn gemalt hatte. Indem man zweitens Genaueres von Ländern und Kulturen erfuhr, die durchaus außerhalb des Mittelmeerbereichs lagen und sicher der klassischen und mittelalterlichen Kulturwelt an Wert und Differenziation mindestens vergleichbar waren, wurde die Zentrierung des Geschichtsbildes auf

---

[1]) Friedrich Engels „Über den Materialismus und die Dialektik bei Marx"; Marx „Kritik der politischen Ökonomie".

[2]) Friedrich Engels „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", 1878.

Der Blatner.



Der Plattner (16. Jahrh.

das Mittelmeergebiet in Frage gestellt und die beherrschende, konstruktive Rolle der jüdisch-christlichen Mittelachse ausgeschaltet."

Von der Rasse her erhalten wir einen tieferen Blick für die Wirklichkeit, für die Zusammenhänge des Geschehens, für die Hintergründe menschlicher Deutungsversuche der Welt. Rassisch gegründete Erkenntnis ist von Tiefe und Schwere. Sie entspricht der innerlichen Veranlagung des Deutschen.

Unser Blick ist wieder dem Menschen, wie er wirklich ist, d. h. wie er rassisch ist, unmittelbar zugewendet, und darin liegt die Wendung gegen den Materialismus. Wie sich diese Wendung vollzieht, das ist je nach dem Orte, der betrachtet wird, verschieden.

Gehen wir in großen Zügen durch die wesentlichsten Räume unserer politischen Arbeit. Der deutsche Arbeiter lehnt den marxistischen Materialismus ab, der ihn unter die äußeren Dinge der Welt stellt. Er läßt sich nicht, wie es durch das Judentum geschah, zum Zubehör der Maschine erklären, und er lehnt mit gleicher Entschiedenheit die bürgerlich-kapitalistische Denkweise ab, die ihn als Betriebszubehör — wenn auch als „unumgängliches" — ansieht. Wir Nationalsozialisten sehen den Wert eines Betriebes nicht nur in den Dingen, die mit dem juristischen Begriff des Privateigentums durchgängig erfaßt werden, dem investierten Kapital, dem Maschinenpark, den Fabrikanlagen, im ganzen: der äußeren Sachwelt, sondern in der Gemeinschaft der schaffenden Deutschen, die mit diesen Sachen Tag für Tag für das Volk arbeiten (vgl. unten Seite 209).

Die Vertiefung, die unser Denken im Raume des Betriebes vernimmt, ergab sich ganz gleichzeitig im großen Raume des — der Ausdruck sei vergleichend gebraucht — „Staatsbetriebes". Nicht dessen äußere Merkmale, die Existenz einer Herrschaft, eines umgrenzten Raumes, eines Behördenapparates, nicht alle diese „gemachten" Dinge führen zur Mitte seines Wertes, zu Ziel, Sinn und Zweck seiner Existenz, sondern die Menschen, die in ihm im natürlichen Zusammenhange wieder sichtbar wurden, das Volk, die ewige Blutsubstanz. Der Nationalsozialismus nahm den öffentlichen Einrichtungen den Anschein des Selbstzweckes, in den sie durch die materialistische Staatslehre geraten waren, und machte sie zu den Dienern des Volkes. Auf allen Gebieten vollzieht sich der gleiche Vorgang: der wirkliche Mensch tritt durch die Kruste der Sachwelt hindurch und wird wieder ihr Herr.

Die Gemeinde wird nicht mehr als äußerliche, nur durch eine Einwohnerkartei zu einem gewissen Zusammenhang gebrachte formale Seßhaftigkeit beliebiger Menschen aufgefaßt, sondern als deutsche Volksgemeinde, die ihre Sorge nicht nur der Erhaltung der Gemeindewege und der äußeren Sachen zuwendet, sondern auf ein volksgenössisches Verhältnis der Deutschen achtet. Die Ortsgruppe der Partei, die Gliederungen und die angeschlossenen Verbände sind die Schaffenden an dieser neuen Verinnerlichung des deutschen Gemeindelebens.

Im Recht vollzieht sich ein folgenreicher Wandel, der den Schwerpunkt der Rechtsfrage von der rein materiellen Seite, dem Geldanspruch, hinwegverlegt zum charaktervollen volksgenössischen Verhalten, und in der Gerichtsbarkeit der Partei, ihren Gliederungen und Verbänden ist dieser Vorgang einer Vertiefung der Rechtsfrage zur Ehrenfrage, zur Charakterfrage, bereits am weitesten fortgeschritten (vgl. Schulungsbrief Folge 5/36).

In der Erziehung das gleiche: die äußere materielle Stellung der Eltern ist nicht mehr maßgebend für den Erziehungsgang der Kinder. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ist heute jeder rassisch hochwertige Deutsche in der Lage, durch Adolf-Hitler-Schulen, Nationalpolitische Erziehungsanstalten, Ordensburgen und die mannigfachen Förderungseinrichtungen der Hochschulen seinen Weg in die höchsten Entscheidungsstellen der Nation zu nehmen.

Die Wendung gegen den Materialismus ist längst über die bloße Forderung hinaus Teil unserer geltenden politischen Wirklichkeit geworden. Die bürgerliche und marxistische Lehre von der Bestimmungskraft der ökonomischen Faktoren, der wirtschaftlichen Verhältnisse, der materiellen Seite des Lebens, ist durch das nationalsozialistische Aufbauwerk widerlegt. Die Front des Materialismus ist im deutschen Volksraume zersprengt, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die letzten Reste von Versprengten, die sich in diesem und jenem Winkel unseres Berufslebens zu halten versuchen, den nachwachsenden Kräften das Feld der Gestaltung überlassen müssen.

Man verläuft sich mitunter in eine geistige Richtung, welcher unsere Begabung widerspricht; eine Zeitlang kämpft man heroisch wider die Flut und den Wind an, im Grunde gegen sich selbst: man wird müde, keucht; was man vollbringt, macht einem keine rechte Freude, man meint, zu viel bei diesen Erfolgen eingebüßt zu haben. Ja, man verzweifelt an seiner Fruchtbarkeit, an seiner Zukunft, mitten im Siege vielleicht. Endlich, endlich kehrt man um – und jetzt weht der Wind in unser Segel und treibt uns in *unser* Fahrwasser. Welches Glück! Wie *siegesgewiß* fühlen wir uns! Jetzt erst wissen wir, was wir sind und was wir wollen, jetzt geloben wir uns Treue und dürfen es – als Wissende.

Friedrich Nietzsche

Die neuen Zahlen

Gegenstand	Einheit	Deutsches Reich		Österreich		zusammen
Gebiet und Bevölkerung						
Gebietsumfang ...	qkm	—	470417	—	83868	**554284**
Bevölkerung:						
insgesamt	Zahl	1933	66029448	1934	6760233	**72789681**
je qkm	Zahl		*140,4*		*80,6*	*131,3*
fortgeschriebene Bevölkerung	Zahl	Mitte 37	67831000	Mitte 37	6756000	**74587000**
	Zahl	1. 1. 38	68072000	1. 1. 38	6755000	**74827000**
Geschlecht:						
männlich	Zahl	1938	33180000	1938	3247000	**36427000**
	v. H.		*48,7*		*48,1*	*48,7*
weiblich	Zahl	1938	34892000	1938	3508000	**38400000**
	v. H.		*51,3*		*51,9*	*51,3*
Alter:						
unter 15 Jahre	Zahl	1938	15874000	1938	1439200	**17312200**
	v. H.		*23,3*		*21,3*	*23,2*
15 bis unter 30 Jahre	Zahl	1938	16184000	1938	1559500	**17743500**
	v. H.		*23,8*		*23,1*	*23,7*
30 bis unter 65 Jahre	Zahl	1938	30822000	1938	3177500	**33999500**
	v. H.		*45,3*		*47,0*	*45,4*
65 Jahre u. darüber	Zahl	1938	5192000	1938	578800	**5770800**
	v. H.		*7,6*		*8,6*	*7,7*
Religionszugehörigkeit:						
evangelisch	v. H.	1933	*62,2*	1934	*4,4*	*56,8*
katholisch	v. H.	1933	*33,0*	1934	*90,5*	*38,3*
Glaubensjuden	v. H.	1933	*0,8*	1934	*2,8*	*1,0*
Sonstige	v. H.	1933	*4,0*	1934	*2,3*	*3,9*
In Gemeinden						
über 2000 Einw. ..	Zahl	1933	44406559	1934	[1]) 4103178	**48509737**
	v. H.		*67,3*		*60,7*	*66,6*
unter 2000 Einw. ..	Zahl	1933	21622889	1934	[1]) 2652329	**24275218**
	v. H.		*32,7*		*39,2*	*33,4*
Eheschließungen...	auf 1000	1937	*9,1*	1937	*6,9*	*8,9*
Geburten	auf 1000	1937	*18,8*	1937	*12,8*	*18,3*
Sterbefälle.......	auf 1000	1937	*11,7*	1937	*13,4*	*11,8*
Erwerbspersonen insg.	Zahl	1933	32622100	1934	3389900	**36012000**
männlich	Zahl	1933	21055400	1934	2100700	**23156100**
weiblich	Zahl	1933	11566700	1934	1289200	**12855900**
Davon:						
Land- u. Forstwirtsch...	Zahl	1933	9388100	1934	1223600	**10611700**
	v. H.		*28,8*		*36,1*	*29,5*
Industrie u. Handwerk	Zahl	1933	13235400	1934	1168300	**14403700**
	v. H.		*40,6*		*34,5*	*40,0*
Handel u. Verkehr ..	Zahl	1933	5993600	1934	522200	**6515800**
	v. H.		*18,4*		*15,4*	*18,1*
Öffentl. Dienst u. priv. Dienstleistungen ..	Zahl	1933	2724500	1934	297300	**3021800**
	v. H.		*8,3*		*8,8*	*8,4*
Häusliche Dienste ..	Zahl	1933	1280500	1934	178500	**1459000**
	v. H.		*3,9*		*5,2*	*4,0*
Landwirtschaft						
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	J.-D. 1931/36	29119863	J.-D. 1930/35	4356667	**33476530**
Davon:						
Ackerland	ha	1931/36	20086090	1930/35	1959000	**22045090**
Wiesen	ha	1931/36	5537599	1930/35	965070	**6502669**
Viehweiden	ha	1931/36	2743084	1930/35	1308410	**4051494**
Waldfläche	ha	1931/36	12810452	1930	3138000	**15948452**
Anbau:						
Weizen	ha	1931/36	2190937	1931/36	229000	**2419937**
Roggen	ha	1931/36	4478386	1931/36	383167	**4861553**
Gerste	ha	1931/36	1606926	1931/36	166500	**1773426**
Hafer	ha	1931/36	3089024	1931/36	303500	**3392524**
Körnermais	ha	1931/36	8256	1931/36	63833	**72089**
Kartoffeln	ha	1931/36	2837062	1931/36	201167	**3038229**
Zuckerrüben........	ha	1931/36	345585	1931/36	43667	**389252**
Wein	ha	1931/36	82701	1931/36	32500	**115201**
Klee und Kleegras..	ha	1931/36	1651688	1930/35	139167	**1790855**
Luzerne	ha	1931/36	336015	1930/35	39679	**375694**

Gegenstand	Einheit	Deutsches Reich		Österreich		zusammen
Ernte:		J.-D.		J.-D.		
Weizen	t	1931/36	4742272	1931/36	363533	**5105805**
Roggen	t	1931/36	7702808	1931/36	573083	**8275891**
Gerste	t	1931/36	3281330	1931/36	273633	**3554963**
Hafer	t	1931/36	6041367	1931/36	414150	**6455517**
Körnermais	t	1937	121446	1931/36	135533	**256979**
Karoffeln	t	1931/36	44793293	1931/36	2563183	**47356476**
Zuckerrüben........	t	1931/36	10091365	1931/36	1085733	**11177098**
Wein	hl	1931/36	3062409	1931/36	1098667	**4161076**
Heu..............	t	1931/36	34409910	1930/35	3859626	**38269536**
Viehbestand:						
Pferde (ohne Militärpferde)	Stck.	1937	3429586	1934	261200	**3691000**
Rindvieh	Stck.	1937	20469049	1934	2348600	**22818000**
Schweine..........	Stck.	1937	23805076	1934	2823000	**26628000**
Schafe	Stck.	1937	4683569	1934	263400	**4947000**
Ziegen	Stck.	1937	2617565	1934	326500	**2944000**
Hühner	Stck.	1937	85198495	1934	8678600	**93877000**
Bienenstöcke	Stck.	1937	2431246	1934	408000	**2939000**
Milcherzeugung ...	Mrd.	1937	25,4	1934	2,5	**27,9**
Buttererzeugung .	1000	1937	517	1937	23	**540**
Gewerbliche Erzeugung						
Eisenerzförderung .	1000 t	1937	8522	1937	1885	**10407**
Magnesitförderung	1000 t	1937	21,4	1937	397,9	**419,3**
Förderung v. Blei- und Zinkerzen ..	1000 t	1937	464	1937	119	**583**
Roheisen.........	1000 t	1937	15958	1937	389	**16347**
Rohstahl	1000 t	1937	19849	1937	650	**20499**
Walzwerkserzeugnisse	1000 t	1937	14118	1937	434	**14552**
Zellstoff	1000 t	1937	1430	1937	304	**1734**
Papier	1000 t	1937	2836	1937	232	**3068**
Pappe	1000 t	1937	733	1937	64	**797**
Zucker (Rohzuckerwert)	1000 t	1937	2200	1937	157	**2357**
Bier	1000 hl	1937	43599	1937	2209	**45808**
Elektrizitätserzeugung	Mrd. kWh	1937	[2]) 50,5	1937	[2]) 3,0	**53,5**
Verkehr						
Eisenbahnstreckennetz	km	1936	68577	1936	6776	**75353**
je 1000 qkm	km	1936	*146*	1936	*81*	*136*
Kraftfahrzeugbestand:						
Personenkraftwagen	1000 Stck.	1937	1126	1937	35	**1161**
Lastkraftwagen	1000 Stck.	1937	322	1937	15	**337**
Krafträder	1000 Stck.	1937	1327	1937	65	**1392**
1 Kraftwagen auf Einwohner	Zahl	1937	*47*	1937	*135*	*50*
Rundfunkhörer ...	Zahl	1. 5. 38	9622925	1. 5. 38	613072	**10235997**
je 1000 Einwohner .	Zahl	1. 5. 38	*141*	1. 5. 38	*91*	*137*
Beschäftigung						
Arbeitslose	Zahl	Sept. 1937	469053	Sept. 1937	[3]) 262508	—
	Zahl	Jan. 1938	1051745	Jan. 1938	[3]) 401001	—
	Zahl	April 1938	422530	April 1938	[4]) 416000	—
Beschäftigte in der Industrie:						
Arbeiter	Zahl	Sept. 1937	7152000	Sept. 1937	265853	**7418000**
Angestellte	Zahl	1937	937000	1937	47012	**984000**

[1]) Außerdem 4726 Personen (0,1 v.H.) ohne festen Wohnsitz. — [2]) Geschätzt. — [3]) Zur Vermittlung Vorgemerkte. — [4]) Bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose. Quelle: Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich, Jg. 1938, Nr. 9. Mit der bisherigen Reihe nicht vergleichbar.

Wilhelm Hartig:

Wer ist Träger der Wirtschaft?

Der Mensch oder der Sachwert?

Die Wirtschaft der vergangenen Epochen zeigt sich mit ihren ganzen Irrungen besonders deutlich in der Art der Führung von Produktionsbetrieben. Damals galt das Kapital, galten die Maschinen, die Werkzeuge, Halb- und Fertigfabrikate und der sogenannte Markt als das Wesen eines Betriebes. Der Mensch innerhalb des Betriebes war unwesentlich und womöglich notwendiges Übel und besser heute als morgen durch Maschinen zu ersetzen. Alle Vorgänge innerhalb der Produktionsstätte waren möglichst festgelegt und unveränderlich, nur das Lohnkonto war veränderlich. Man hütete sich, in die Rechte der Kapitalgeber einzugreifen, aber man hütete sich nicht, den Lohn zu kürzen oder Entlassungen vorzunehmen oder Kurzarbeiten verrichten zu lassen. Die Lohnsparte war innerhalb der Bilanz die wichtigste.

Mit dem Durchbruch der nationalsozialistischen Idee änderte sich alles dieses insofern, als nun derjenige, der führen wollte, nicht mehr Sachwerte, sondern Menschen führen mußte. Er durfte nicht mehr von anderen die erste Pflichterfüllung verlangen, sondern mußte selbst der erste Arbeiter seines Betriebes sein. Er durfte den Betrieb nicht mehr aus Maschinen und Gebäuden zusammengesetzt sehen, sondern er mußte Führer einer Gefolgschaft sein. So tritt in das Leben des Betriebes etwas Neues ein, nämlich die Aufgabe der Menschenpflege, die nur gelöst werden kann, wenn man sie total anfaßt. Man kann, das wurde klar, niemanden durch Lohn allein zufrieden machen, man kann ihn auch nicht durch die Gewährung von Sonderzuwendungen oder nur durch Siedlung zufrieden machen, sondern man muß ihn körperlich und geistig aufrichten und in eine Gemeinschaft hineinführen, in der er sich wohlfühlt, in der er geborgen und gesichert ist. Das Gebot, den einzelnen dadurch in das Leben hineinzustellen, daß man ihn durch eine starke, ihn umgebende Gemeinschaft sichert, war bindend geworden.

Es ist nicht verwunderlich, daß mit diesem Gedanken sich urplötzlich der Gedanke der Leistungssteigerung verbindet. Ein gesunder, in der Gemeinschaft stehender fähiger Mensch leistet selbstverständlich mehr als ein ungepflegter. Damit ist die Besserstellung des Gesamtbetriebes naturgemäß verbunden, und mit dieser Besserstellung ist dem Betrieb die Möglichkeit gegeben, Kraft zu sammeln, um den einzelnen Menschen in der Betriebsgemeinschaft zu fördern. Der Begriff der Leistungssteigerung verbindet sich aber ebensosehr mit der Ideenwelt von der Wirtschaft überhaupt, und so wird Wirtschaft ein Begriff des Umganges von Menschen untereinander, der nunmehr eindeutig die Ideologie von der Wirtschaft als bloßem Sachgüteraustausch zerstört. Das Leben des einzelnen Menschen im Betrieb wandelt sich in demselben Maße, in dem man den Menschen pflegt.

Die liberalistische Auffassung von Wirtschaft und Arbeit, die den Begriff der mengenmäßigen Leistung als Grundsatz vertritt, fällt mit der Aufgabe der Menschenführung und ihrer Durchführung. Der Arbeitende, der an die Maschine gelangte, um dort stumpfsinnig Tag um Tag und Jahr um Jahr seine Handgriffe zu erledigen, erwacht und verlangt, daß ihm das Wesen dieser Arbeit, der Sinn seines Tuns bekanntgegeben wird. Er will lernen und wissen, was er tut. Die Dinge, mit denen er umgeht, sind für ihn nicht mehr fremde Gegenstände, sondern ein Mittel, mit dem er seinen eigenen Willen gestaltet. Der Führer hat einmal ausgesprochen, daß den Beruf eines Menschen das ausmache, was er aus seiner Berufung heraus tue. In diesen Worten liegt, daß der Wille zur Gestaltung, der eine Eigenschaft des germanischen Menschen ist, in seiner Arbeit eine Form finden muß.

Die höhere Stufe der Gestaltung ist die schöpferische Leistung des arbeitenden Menschen. Sie wird von rassisch hochwertigen Menschen erreicht, deren blutsmäßige Anlagen in hochstehender Form erhalten sind. Die schöpferische Leistung ist aber die Grundlage für die Schaffung von Kulturgütern, und deshalb ist die Menschenpflege immer höher zu schrauben und zu versuchen, alle Anlagen, die in unserem Volke enthalten sind, zur Entwicklung zu bringen. Die höchste Leistung unseres Volkes kann erst dann vollbracht werden, wenn alle gegebenen Anlagen unserer Volksgenossen zur schöpferischen Gestaltung entwickelt sind. Dann wird auch der Höchststand der Arbeit, der Leistung, erzielt sein und aus dieser Leistung die höchste Blüte der Wirtschaft entstehen. Es wird verständlich, daß die Arbeit nach den menschenführerischen Gesichtspunkten niemals zum Zwecke haben kann, nur eine mengenmäßige Leistung zu erzeugen. Im Gegenteil muß die Arbeit zuerst gütemäßig hochstehen. Vielfache Beobachtungen und Erfahrungen weisen aus, daß jemand, der eine hohe Güteleistung hervorbringt, immer allein aus seiner Berufsehre und seinem Berufsstolz heraus auch gleichzeitig eine mengenmäßig hochstehende Leistung erzeugt. Das unterscheidet die nationalsozialistische Auffassung vom Wert der Arbeit wiederum von der liberalistischen, die nur die Mengenleistung kannte und selbst bei den sogenannten Arbeitern der Stirn sich immer bemühte, diese zu mengenmäßigen Höchstleistungen zu bringen. Die Entfaltung der einzelnen Menschen war dadurch gehemmt, und das Ausmaß der Zerstörung wird ersichtlich aus dem Rückgang der Lehrberufe in Deutschland bzw. der Anzahl der beschäftigten ungelernten und angelernten Menschen,

die in Deutschland in Industriebetrieben normal mehr als die Hälfte aller Beschäftigten ausmacht. Dieses Heer unbefriedigter und an der Schaffung von Kulturwerten nicht beteiligter Menschen war unfähig, die Warenerzeugung zu steigern, und auch nicht in der Lage, den Verbrauch von Gütern, die im deutschen Volke geschaffen wurden, vorzunehmen. Sie unterlagen dem Verlangen einer unklaren Menge von Warenverbrauchern, denen es genügte, Massenwaren für sich zu verwenden. Was ist Wirtschaft anderes als der Ausdruck für den Tausch geleisteter Arbeit, und wie könnte die Wirtschaft anders blühen als dadurch, daß genügend denkende und hochstehende Menschen die Erträgnisse dieser Arbeit würdigen und für sich in Anspruch nehmen. Die Arbeit ist zuerst Notwendigkeit zum Leben, der Sachwert aber entweder Mittel zur Leistung der Arbeit oder der Ausdruck einer Leistung, wenn er Kulturgut ist. Wirtschaft kann nur sinnvoll sein, wenn das Schaffen, also Arbeit und Leistung, ihre Träger sind.

Diese Erkenntnisse sind aus den Ereignissen der Geschichte, besonders denen der deutschen Industrie, zu belegen. Wie wäre es möglich gewesen, durch die Herstellung von künstlichen Farben die Herrschaft eines internationalen Farbenmarktes zu brechen, wenn nicht deutsche Chemiker durch ihr geniales Können zu dieser Leistung gelangt wären. Diese Männer, die den Weg zur Herstellung der künstlichen Farben erkannten, waren sicher keine Leistungsmenschen nur auf mengenmäßigem Gebiete, sondern sie verstanden die Art der praktischen Arbeit und dazu die letzte Phase der theoretischen Erkenntnisse zu ermitteln. Die großen Erfolge unseres Aufstiegs sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es deutschen Menschen von genialer Größe gelang, aus Rohstoffen, die einem Laien als Nichts erscheinen, allein in der Idee die Stoffe zu entwickeln, die wir brauchen, um frei zu sein. Sie waren aber nicht nur Theoretiker, sondern genau so geniale Praktiker, die auch die Werkzeuge schaffen konnten, die sie brauchten, um die Natur zu bändigen. So entstand eine Industrie der künstlichen Faser, eine Industrie der Treibstoffe und die des künstlichen Gummis. So entstand die ungeheure Mannigfaltigkeit der Kunststoffe, die ein beredter Ausdruck eines genialen Schaffens ist, und so wurden dem deutschen Volke viele Werte gegeben, die, nur aus einer Idee geboren, die dem Blut entsprang, dem deutschen Volke Arbeit gaben und in alle Zukunft die Wirtschaft bestimmen werden.

Aufgabe der Menschenführung ist es, zu erkennen, daß die Leistung abhängig ist von der Befähigung, und die Befähigung ist bei dem hohen rassischen Stand unseres Volkes eine Angelegenheit der Erziehung.

F. H. Quadflieg:

Egoismus gegen Soldatentum

Die geschichtliche Lehre eines falschen Appells

Der Weltkrieg brachte eine der letzten großen Entscheidungen in der Auseinandersetzung dieser beiden Welten: Appell an die soldatische Ehre und Opferwilligkeit auf der einen Seite, Aufruf eigennütziger Gewinntriebe auf der anderen Seite. Das Ergebnis war eine unbesiegte Front und eine zusammengebrochene Heimat.

Nicht am Punkt der tödlichsten Gefahr, sondern am Punkt des geringsten seelischen Widerstandes ist das Volk zusammengebrochen.

Nicht Knappheit an Waffen und Gütern, sondern die sittliche Tiefe der aufgerufenen Haltung entschied letztlich die Auseinandersetzung.

Die Heeresgeschichte lehrt von Cromwells Eisenreitern über das preußische Offizierkorps bis zu den Freiheitskriegen, daß diejenige Truppe unüberwindlich ist, die an eine Idee glaubt, dieser Idee sich verpflichtet fühlt, und aus dieser Haltung einen einheitlichen Typ als Träger und Ausdruck dieser Idee stetig herauszustellen vermag. Ja, die Neuzeit bricht überhaupt erst an, als der mittelalterliche Söldnertyp mit seinem durch die Höhe des Soldes begrenzten Leistungswillen abgelöst wird. Sie bricht an in dem Soldatentyp des Befreiungskrieges, der, nur mehr der Idee seiner Nation verpflichtet, auf den Anruf der höchsten Tugenden des germanischen Menschen mit grenzenloser Hingabe antwortet. Man hatte also erlebt, daß die Bewährung des Heeres auf der sittlichen Haltung der Verpflichtung der Nation gegenüber und auf dem Bewußtsein beruhte, daß es eine Ehre sei, den soldatischen Rock zu tragen.

Die politische Führung des vorigen Jahrhunderts zog aber nicht die Lehre, daß der Auftrag der Wirtschaft auf der gleichen Ebene wie der des Heeres lag. Das Arbeitertum der Stirn und der Faust war ebenso Willensträger einer dem Volke verpflichteten Aufgabe wie der Soldat des Heeres. Folglich mußte dasselbe auch für das Arbeitertum gelten, was im Wehrdienst gültig war: Die grundsätzliche Haltung gegenüber Arbeit, Betrieb, Volk, Staat und Wehrgedanken und die sittliche Tiefe dieser

Haltung mußten die Grundkraft der Wehrkraft und der Wirtschaft sein.

Was jedoch die politische Führung nicht sah, erkannte der Jude: Seine Macht über die Wirtschaft, die er als Händlertyp kapitalmäßig errungen hatte, konnte so lange nicht als gesichert gelten, als es ihm nicht gelang, den Menschen als den Willensträger der Wirtschaft geistig und seelisch seinem Willen unterzuordnen. In der Haltung des Arbeitertums lag sein Erfolg ebenso wie die Möglichkeiten eines unüberwindbaren Widerstandes gegen seinen Herrschaftswillen.

Die Angehörigen der jüdischen Rasse griffen daher, zwar von verschiedenen Ausgangsstellungen, aber zielbewußt und stetig, im immer gleichen zersetzenden Geiste den Arbeiter an.

Sie unterschieden sich von Marx über Lassalle, Bernstein, Singer, Kautsky, Liebknecht, Radek, Rosa Luxemburg und Trotzki bis Lenin zwar in unwesentlichen Punkten der Taktik, aber sie waren einig im Appell an die primitivsten Instinkte des Geldes und der Herrschaft.

Ihr klar erkannter Gegner waren das Blut des germanischen Menschen und diejenigen Einrichtungen seines Lebens, die, aus diesem Blut geschaffen, weiterhin noch gestaltend und erziehend wirkten. In erster Linie natürlich das preußische Heer.

Daher ist das 19. Jahrhundert eine einzige Auseinandersetzung zwischen germanischem Blut und jüdischem Zersetzungswillen. Eine Auseinandersetzung der soldatischen Welt der Verpflichtung und der Welt egoistischer Gewinninstinkte. Besonders zeigte sich das in dem Bereich der Wirtschaft.

Kriege sind im Leben eines Volkes unparteiische Entscheidungen der Geschichte über die Richtigkeit des Maßstabs von Gut und Böse in der Vergangenheit. Sie entscheiden unerbittlich über den völkischen Wert einer Haltung.

So mußte auch der Weltkrieg entscheiden: Verbürgte wirklich der Aufruf des Eigennutzes, wie der Jude Ricardo gelehrt und das Bürgertum aufgenommen hatte, die höchstmögliche wirtschaftliche Leistung? War nicht der Aufruf soldatischer Ehr- und Pflichtauffassung der dauerhaftere Garant der Leistung?

Marx hatte den Weltkrieg vorausgesagt und in seinen Berechnungen als den Zeitpunkt festgesetzt, in dem ihm der Sieg zufallen mußte. Um unter dieser Voraussetzung den Sieg vorzubereiten, hatte Marx von Anfang an dem deutschen Arbeitertum den Geist des Standesegoismus, der internationalen Klassensolidarität und der Verneinung familiärer, betrieblicher, volklicher und staatlicher Bindungen einzuimpfen versucht.

Wieweit hatte aber das Judentum Erfolg? Wieweit war das deutsche Arbeitertum eindeutig in diesem Geiste ausgerichtet, daß ein andersartiger Appell in der Kriegswirtschaft erfolglos bleiben mußte? Sprach wirklich die Tatsache, daß sieben Zehntel der deutschen Arbeiter marxistisch gewählt hatten, für den restlosen Untergang blutlicher Werte?

Eine nüchterne Schau muß den endgültigen Sieg des Judentums zu dieser Zeit verneinen.

Blutliche Anlagen und traditionsbedingte Werte waren durchaus noch gegenüber dem marxistischen Vorstellungsgebäude lebendig.

Das deutsche Arbeitertum war rassisch im ganzen durchaus das Spiegelbild der blutsmäßigen Zusammensetzung des ganzen Volkes. Mochte die umfangreiche Einwanderung aus dem Osten das rassische Bild um einen Schatten verändern — diese Menschen schoben sich erfahrungsgemäß in den Raum der ungelernten Arbeit, in die untersten Leistungsschichten ein. Sie machten eher die blutlich leistungsfähigeren Kräfte frei zum Aufrücken in verantwortlichere Stellen.

Mochte der Aufbau der deutschen Industrie in bestimmten politischen Grenzräumen das Bild ebenfalls beeinflussen, weil nachweislich die Industrie vorwiegend von dort her ihre Räume aufbaute. Aber gerade der

Der Schrifftgiesser.



Ich geuß die Schrifft zu der Druckrey
Gemacht auß Wißmat/Zin vnd Bley/
Die kan ich auch gerecht justiern/
Die Buchstaben zusammn ordniern
Lateinisch vnd Teutscher Geschrifft
Was auch die Griechisch Sprach antrifft
Mit Versalen/Puncten vnd Zügn
Daß sie zu der Truckrey sich fügen.

16. Jahrhundert

Westen z. B. erhielt mächtigen Zuzug aus den westfälischen Gebieten. Berlins Arbeiterschaft erhielt im 19. Jahrhundert seinen Hauptzuzug, der Größe nach geordnet, aus Brandenburg, Provinz Sachsen, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen (nach der alten Reichseinteilung), Ober- und Niederschlesien und dem Königreich Sachsen.

In dieser wertvollen Blutzufuhr beruhten vor dem Kriege die Hochleistungen und der Ruf der Arbeitertypen der einzelnen Gaue.

Aber dieser Anteil wertvollen Blutes war in seiner Bedeutung noch gesteigert: Der Leistungsschichtung der Betriebe entsprach eine Rassenschichtung der Arbeiter. Das Gesicht der Meister, der Vorarbeiter, das Gesicht der gelernten gegenüber dem der ungelernten Arbeiter, die Haltung einer so hochentwickelten Abeiterschaft wie der Kruppschen, wie sich im Ruhrkampf später bestätigte, war vorwiegend nordisch.

Wäre also tatsächlich die Verkündung eines gleichen, umweltbedingten Proletariertyps durch Marx restlos zum politischen Bewußtsein des Arbeitertums geworden, so hätte es längst den untersten Bodensatz zur Herrschaft bringen und jene blutsbedingte Leistungsordnung zerstört haben müssen.

Aber über diesen wertvollen Blutsanteil und seine Schichtung hinaus waren noch besondere Werte lebendig: Auf Menschen handwerklicher und bäuerlicher Herkunft hatte sich nämlich der ursprüngliche Stamm der hochwertigen Arbeiter aufgebaut. Noch während des Krieges stammte ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft selbst vom Lande oder aus dem Handwerk. Zumindest war über ihre Eltern in ihnen noch ein Teil der alten Tradition lebendig.

Die alte Aufgabe der Zünfte als Amt und Verantwortung innerhalb der Wehrverfassung der Städte war im Berufsstolz, im Organisationsprinzip und im Ausbildungswesen noch lebendig. So brachten die Arbeiter handwerklicher Herkunft neben bürgerlich aufklärerischen Ideen auch den Leistungsstolz, das Kameradschaftsgefühl und das Organisationsprinzip in das Arbeitertum mit. Daneben wirkte in ihnen das germanische Arbeitsethos besonderer Prägung fort, das sich in den gotischen Domen des Mittelalters mit ihrer unendlichen Fülle schöpferischen Einzelschaffens bewiesen hatte.

Das bäuerliche Element aber hatte, soweit es gesund war, bäuerliche Beharrlichkeit und Ausdauer, seine ruhige Haltung und charakterliche Zuverlässigkeit mitgebracht. Noch im kleinsten Schrebergarten fand die Liebe zur Scholle eine letzte Ausflucht.

Diese Werte also waren durchaus noch lebendig und bewiesen sich im Leistungsstand der deutschen Industrie.

An diese Menschen und ihre Werte war der Jude mit seiner Weltanschauung herangetreten.

Der jüdische Angriff

Wissen ist Macht! verkündete der Liberalismus. Damit drängte er den Arbeiter in das Minder-



Buchdruckerei aus dem 17. Jahrh. (Holzschnitt von Abrah. von Werdt)

wertigkeitsgefühl einer mangelnden Bildung und riß die völkische Gemeinschaft in Klassen auf. Der Arbeiter aber griff zum pseudowissenschaftlichen Vorstellungsgebäude des Juden Marx.

Die Vernunft allein ist fähig, die natürliche und bestmögliche Ordnung der Welt zu erkennen und zu verwirklichen! rief die Aufklärung und konstruierte den Staatsvertrag, den Ehevertrag, den Arbeitsvertrag. Also kämpfte der Arbeiter verbissen um die Freiheit des Arbeitsvertrages, der im strategischen Plan des Juden die Aufgabe hatte, alle Bindungen aufzulösen.

Geld und Reichtum sind die Maßstäbe für Stellung und Wert im Staat! rief das Bürgertum eines Dreiklassenwahlrechts, ja, den Beweis der göttlichen Gnade sahen vermessen puritanische Elemente in den Reichtümern ihrer Geldschränke. Harmlose bürgerliche Kathedersozialisten und Politiker aber glaubten, die soziale Revolution durch Hebung der materiellen Lage verhindern zu können. Enteignet die Besitzenden, und eure Klasse hat Stellung und Wert im Staate! greift wiederum der Jude Marx den Ball auf, den ihm sein Rassegenosse Ricardo durch die Vergiftung der bürgerlichen Welt zugeworfen hatte. Der Arbeiter aber nahm den Klassenkampf auf.

Eines ergibt sich hieraus: Soweit auch der Arbeiter marxistische Ideen aufnimmt, immer waren sie ihm im liberalistischen Bürgertum vorgezeichnet. Im Betriebe aber, im Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter, entlud sich die Spannung auf Kosten des Volkes. **Hier in der Lebenszelle des Betriebes schließt sich der gewaltige Kreis des jüdischen Angriffs:** Er wurde vorgetragen von Ricardo über den Unternehmer und von Marx über das Arbeitertum. In der Schicksalsgemeinschaft der Betriebe vereinten sich die Angriffssäulen, die getrennt marschierten und nun vereint die germanische Ordnung schlagen sollten.

Hier erweist sich der Grundsatz des Nationalsozialismus geschichtlich: Der Betrieb ist eine Einheit, die nur unter einem Gesetz leben kann. Solange der Gewinn Ziel und Grenze des Denkens des Unternehmers war, antwortete der Arbeiter, aufgerufen durch den Juden Marx, mit eindeutigem Lohnegoismus.

Das Maß des Erfolges der marxistischen Idee in der Arbeiterschaft wird nun deutlich: Im Arbeitertum bestand ein Zwiespalt zwischen ererbten charakterlichen Werten und dem aufgedrängten politischen Vorstellungsgebäude. Er erklärt das unruhige Wandern des Arbeiters von Partei zu Partei. Die Weltgeltung deutscher Qualitätsarbeit bewies die Lebendigkeit hoher charakterlicher, blut- und traditionsbedingter Werte. Verantwortungsbewußtsein, Leistungsstolz, Pflichtgefühl, Disziplin, Stetigkeit und Sauberkeit der Leistung und des Werkstücks, Pünktlichkeit und Hilfsbereitschaft bewiesen einen arbeitsethisch soldatischen

In Deutschland erfolgten von 1919 bis 1931 33 800 Streiks und Aussperrungen, davon wurden betroffen

491 400	**Betriebe, 2 379 000 Arbeiter,**
287 000 000	**verlorene Arbeitstage,**
1 500 000 000	**Mark verlorene Lohnsummen,**
6 000 000 000	**Mark Produktionsverlust,**
7 500 000 000	**Mark Verlust der deutschen Volkswirtschaft.**

Kern. Er hatte im Arbeitertum diejenigen Elemente an die Leistungsstellen gezogen, aus deren rassischer Bedingtheit in der übrigen politischen Geschichte der Typ des preußischen Offiziers und Unteroffiziers gezeugt und getragen worden war.

Aber alle diese blutlichen und charakterlichen Werte sind im Hintergrund des politischen Bewußtseins geblieben. Sie sind nie durch den Mund der berufensten Sprecher des Volkes in Gedicht oder Sang zum bewußten Erlebnis geworden. Sie wurden damals nicht Inhalt einer Bewegung des Volkes.

Der Sieg des Judentums aber stellt sich im Vorstellungsgebäude des Arbeitertums dar. Einer seelenlosen Arbeit gegenüber war dieses politische Glaubensbekenntnis fast zur Religion geworden. Dieses Glaubensbekenntnis war stetig und zielbewußt aus allen Sprachrohren in das Arbeitertum hineingehämmert worden. Es war Inhalt einer straff organisierten Bewegung. Der Erfolg hatte nicht ausbleiben können.

Das Programm der Gewerkschaften als des größten Sammelbeckens (vgl. Schulungsbrief 5/37) stellte diesen jüdischen Geist klar heraus: „Unser Ziel ist es, durch die Macht unserer Organisationen den Arbeitsvertrag zugunsten des Arbeiters zu gestalten."

Das Ergebnis des jüdischen Angriffs war also folgendes: Indem der Jude dem Arbeiter die Vorstellung übermittelt hatte, daß die Konstruktion des Arbeitsvertrages das Werkzeug seines Daseinskampfes sei, untergrub er die betriebliche Ordnung.

Indem der Arbeiter sich nunmehr als Klasse fühlte und durch die Wucht seiner Massenorganisation die Macht im Staate anstrebte, führte der Jude den Angriff auf die staatliche und völkische Ordnung.

Indem er den Arbeiter gelehrt hatte, daß in der Lohnhöhe der Sinn seiner Arbeit liege, entseelte er die Arbeit und entzog im Appell an den Eigennutz jeder völkischen Haltung der Verpflichtung den Boden.

Um diese verstandesmäßig eingeschulten Begriffe zur inneren Haltung zu vertiefen und zugleich die-

jenigen Elemente aus der Masse in führende Stellungen herauszuheben, die aus ihrer blutlichen Veranlagung dieser Haltung am meisten Bereitschaft entgegenbrachten, exerzierte der Jude diese Haltung in dauernden Streiks. Sieg oder Verlust des einzelnen Streiks vermochte dabei vielleicht zwar bei den Gewerkschaften, nicht aber bei der jüdischen politischen Führung eine Rolle zu spielen.

Äußerlich war daher die Haltung des Arbeitertums gegenüber Arbeit, Betrieb, Volk, Staat und Wehridee durch eine jüdisch bestimmte Vorstellungswelt gekennzeichnet, die den Eigennutz und das Klasseninteresse allen diesen Werten voranstellte.

Nichts aber beweist daneben deutlicher die Wahrheit, daß die gesunden rassischen Werte noch lebendig waren und zur Tat gerufen werden konnten, als die Bewährung des Arbeiters an der Front. Eine Haltung, die auch in den Briefen im Felde stehender Marxisten zum Ausdruck kommt: „Gegenwärtig gehört mein Leben dem Vaterlande" oder „Ich will auch siegen oder sterben" oder „Wir sind zuerst Angehörige einer Nation, dann erst einer Klasse" oder „Eine Nation, die so zusammenhält, kann nicht untergehen."

Der Weltkrieg mußte nun die endgültige Entscheidung über den Sieg des jüdischen Planes bringen. Ein Jahrhundert hatte das Judentum Bürgern und Arbeitern die Berechtigung ihres Egoismus eingehämmert. Das Gesetz des Handelns lag nun bei der Front. Es konnte in dem Augenblick auf die Heimat zurückgreifen, wo diese in die Widerstandslinie mittelbar einbezogen wurde. Ein Appell an soldatische Werte hätte dann in der Aufrichtung einer gesunden Leistungs- und Führungsordnung den jüdischen Angriff kurz vor dem Ziele noch abgeschlagen.

Nun aber vereinten sich alle Kräfte der Wirtschaft und des politischen Lebens: das liberalistische Unternehmertum sowohl wie die jüdische Führung der marxistischen Partei einschließlich des Zentrums. Gegenüber allen staatlichen Eingriffsversuchen stellten sie die Behauptung auf, daß allein die freie Gewinn- und Lohnbewegung das Höchstmaß an wirtschaftlicher Leistung verbürge.

Dagegen hätte die Front aufstehen und sich verwahren können. Ihr Lebensgesetz hieß, daß die Freiwilligkeit der Pflicht und die Ehre der Leistung für das Ganze die höchsterreichbare Leistung sichere. Die Front aber hatte anderes zu tun.

Eine durch das jüdische Gift innerlich geschwächte und lahme bürgerliche Regierung versuchte daher weiter, auf der Grundlage des Gewinn- und Lohnanreizes der Not und der Knappheit der Arbeitskräfte Herr zu werden. Der Arbeitsplatzwechsel wuchs. Die Löhne stiegen. Die Preise, die Gewinne, die Sittenverwilderung nahmen zu. Ein staatlicher Eingriff wurde unumgänglich.

Wie vorauszusehen, kam wirklich der erste Anstoß von einer kämpfenden Stelle. Aber nicht vom Kriegsministerium als der verantwortlichen Stelle, sondern von der Front als der Hüterin soldatischen Erbes.

Im Heer hatte man in der Vorkriegszeit den deutschen Menschen erfolgreich in überkommenen, wenn auch vielfach nur noch formellen Bahnen zum Soldaten erzogen. Man konnte im Ernstfall mit seiner Bewährung wie mit der Durchschlagskraft einer Granate rechnen. Jedem Befehl kam der freie Wille zur Pflichterfüllung entgegen. Diese Einheit aber sicherte den Erfolg. Man war vielleicht etwas Militär geworden und hatte vergessen, daß die Überzeugung und der Glaube die Voraussetzung zur Erfüllung der Pflicht sind. Den Arbeiter hatte man volkspolitisch nicht erzogen. Seine Haltung schien sich im marxistischen Vorstellungsgebäude zu erschöpfen. Man glaubte nicht, ohne weiteres mit einer freiwilligen Pflichterfüllung rechnen zu können. Wesentliche Momente des militärischen Lebens, wie das der unmittelbaren Feindsicht, des Handlungszwanges, der Formation, der Exerzierung der Leistung und Gemeinschaft schienen im wirtschaftlichen Leben wegzufallen.

So drückte dann der Chef der Obersten Heeresleitung (OHL.), General Falkenhayn, schon zu Anfang des Krieges mehrfach den Wunsch aus, daß ein Arbeitszwang für Zivilpersonen in privaten Betrieben eingeführt werde.

Es war dies der erste, wenn auch mehr militärischen denn soldatischen Geist atmende und darum nicht ganz zielklare Angriff auf den jüdischen Plan, durch einen Appell an den Egoismus die Grundlage der heimatlichen Wehrkraft zu zerstören.

Das Unternehmertum war einverstanden, weil man von einer Erfassung des Unternehmers in diesem Zwange nicht sprach. Der Marxismus und das Zentrum waren selbstverständlich dagegen. Das Parlament daher auch. Die Regierung aber war von gleicher Art.

Und das Kriegsministerium, auf das gleich zu Beginn des Krieges die gesamte Verantwortung übergegangen war? Wieder hatte der Jude die



„Alle die Millionen deutscher Arbeiter, sie wissen es, daß an der Spitze des Reiches kein fremder Literat oder internationaler Revolutionsapostel steht, sondern ein Deutscher aus ihren eigenen Reihen."

Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1937.

Stelle erkannt, wo die Entscheidung über die weitere Haltung des Arbeitertums und der Wirtschaft fallen mußte.

Nichts beweist deutlicher die Durchsetzung des jüdischen Willens und die Instinktunsicherheit auch dieser verantwortlichen militärischen Stellen in Dingen der politischen Führung und der Kriegswirtschaft als die Einsetzung des Juden Rathenau als Chef der Rohstoffabteilung im Kriegsministerium. Weder die militärischen Beschaffungsstellen noch die Arbeitsnachweise und Vermittlungsstellen hatten das Recht eines zwangsmäßigen Eingriffs. Allein die Kriegsrohstoffabteilung und ihre Rohstoffgesellschaften hatten eine Macht: das Beschlagnahmerecht. Damit lag die Schlagader der Wirtschaft in jüdischen Händen. Als Rathenau ging, saßen in dem ganzen Apparat seine Leut'.

Im Januar 1915 wird dann ein Referat für Zurückstellung Wehrpflichtiger eingerichtet, um den Arbeiterbedarf der Rüstungsindustrie sicherzustellen. Leiter dieses Referats wird der „Kaufmann Sichler". Das Referat wird verschiedentlich in andere Abteilungen eingeordnet, es erhält die Aufgabe der Bewirtschaftung aller Arbeitskräfte. Aber Leiter bleibt über das Hilfsdienstgesetz hinaus der „Kaufmann Sichler".

Er nimmt als Verantwortlicher zu den Wünschen Falkenhayns folgendermaßen Stellung:

Der Hinweis auf die glänzende Bewährung des militärisch disziplinierten Zwanges bei der Truppe verkennt den grundlegenden Unterschied zwischen dem Dienst der Landesverteidigung, in dem alle Glieder ohne persönliche Vorteile nur für das gemeine Wohl arbeiten, und dem kapitalistischen Arbeitsverhältnis, bei dem durch die Leistung des Arbeiters für den Unternehmer ein Kapitalzins entsteht.

Der Angriff auf die Herrschaft des Eigennutzes, der Gewinninstinkte, der Angriff eines deutschen Heerführers gegen Marx und Ricardo ist im deutschen Kriegsministerium abgeschlagen!

Die Front lebt weiter vom soldatischen Willen; in der Heimat treiben Lohnegoismus, Kriegsgewinne, Klassenkampf und Streik weiter ihr Unwesen.

Nach der Somme-Schlacht, der Brussilow-Offensive, dem Eintritt Rumäniens in den Krieg wird die Lage gespannt. Hindenburg und Ludendorff übernehmen die Oberste Heeresleitung. Das Hindenburg-Programm fordert den Einsatz der letzten Reserve.

Wieder ist es der soldatische Geist des Heeres, aus dem heraus Ende 1916 Ludendorff vom Reichskanzler und Kriegsministerium ein Kriegsleistungsgesetz fordert.

„In Heer und Heimat haben gleiche Opfer, gleiche Pflicht und gleiche Gesetze zu herrschen. Arbeit ist jetzt Pflicht und gibt keinen Anspruch auf besondere Rechte."

Die OHL. erhoffte sich von diesem Gesetz „eine starke aktive Gegenwirkung gegen die zersetzenden internationalen revolutionären Einflüsse, die Wiedergeburt des sinkenden kriegerischen Geistes". Das Gesetz müsse ein Damm sein gegen die unwürdige Gewinn- und Vergnügungssucht.

Wieder wehrt sich der jüdische Geist: Das Kriegsministerium antwortet unter dem Einfluß Sichlers:

„Ein Arbeitszwang würde nicht nur keine neuen Werte schaffen, sondern die in der angestrengten Arbeitswilligkeit der deutschen Arbeiter beruhenden Träger der kriegsindustriellen Erzeugung schwächen."

Aber auch der Reichskanzler erkennt nicht, daß es nicht mehr um die Aufrechterhaltung einer Scheinordnung, sondern um Sein oder Nichtsein des in seiner seelischen Grundlage bedrohten Widerstands-

Fortsetzung Seite 218

Der Gürtler.



Hie sind jr Gürtel wol gemacht
Von Läder/ artlich vnd geschlacht/
Von Rincken/Senckel/hübsch ergrabn/
Von Lauberck Meisterlich erhabn/
Gestempfft/glatt/breit vnd auch schmal/
Mannsgürtel auff das best zumal/
Mach auch stempffeyßn vnd Brenneysen/
Grab Sigel/ wie ich kan beweißn.

16. Jahrhundert

Friedrich Kopp:

Das Erste Reich im Blick

konfessionell

Das Erste Reich der Deutschen war nicht eine zeitbedingte Vorstufe zu einem deutschen Volksreich, sondern nur ein weltlicher Arm, eine politische Waffe der römischen Weltkirche. Mit dem Sturz dieses Reiches wurde in erster Linie das Wohl der römischen Kirche verletzt. Denn dieses Reich war ein Wall gegen die aufbrechenden reinen Nationalstaaten, die die Kirchenherrschaft gefährden mußten. Zudem enthielt das Reich eine Menge von behäbigen Kirchenstaaten (reichsfürstlichen Bistümern und Reichsklöstern). Das Reich war und ist nach Meinung der politischen Kirche seinem Wesen nach nur ein Glied einer allgemeinen kirchlich-priesterschaftlichen Herrschaftsordnung. Es ist abhängiger und zum Kirchendienst verpflichteter Stand in einer universalen kirchlich geleiteten Ständeordnung über der gesamten Menschheit.

Dieses Erste Reich sei vor dem „unsittlichen", kirchenfeindlichen Strom der abendländischen Aufklärung und vor dem weltlichen und letztlich „sündigen" Machtstreben der deutschen Fürsten und Frankreichs zerborsten. Das Zugrundeliegen germanischen Geistes in einem Teil der Aufklärung und die nationalstaatliche Zukunft der Deutschen ist vor der weltkirchlichen Betrachtungsweise unerheblich. Der Sturz der alten Herrschafts- und Ständeordnung, die von kirchenstaatlichen Gewalten durchsetzt und geheiligt war, ist um so beklagenswerter, weil nunmehr den unkirchlichen, weltlichen Anschauungen des Völkischen und später des Rassischen ein Zugang geöffnet wird. Rückhaltlos habe sich nun die „verderbliche" Einigung aller Deutschen durchsetzen können.

Mit dem alten Reichsgebäude verschwinden die vielen Bischofssitze und geistlichen Hoheitsgebiete, die so recht das eigentliche „Herzland" des deutschen volkhaften Lebens gewesen seien. Die Verstaatlichung (Säkularisation) der geistlichen Herrschaften in Deutschland, so klagt ein neuerer konfessioneller Historiker, zerstörte „Gebilde und Einrichtungen, die von der Stunde an, da es ein Deutschland gab, aufs innigste mit dem Reich verbunden waren und dem Volk die wertvollsten Dienste geleistet hätten"*). Vor allem wurde das Haus Habsburg in seiner für das politisch-kirchliche Rom so wertvollen Machtstellung geschwächt, die sich oft auf die Reichsbischöfe stützte.

Das Ende des mittelalterlichen, weithin konfessionellen Geistes- und Gesellschaftslebens habe die breite Grundlage der politischen Kirche für alle Zeiten aufgelöst. Zwar hat die Kirche sich allmählich auf den modernen Zustand umzustellen gesucht, und sicher ermunterte der Einsturz des alten Reiches die deutsche Geistlichkeit in ihrem kirchlichen Eifer — aber alle konfessionelle Politik in Deutschland strebt im Grunde nur nach einer Wiederherstellung gewisser spätrömischer und deutsch-mittelalterlicher Zustände, in denen der Staat zum Kirchendiener geworden war. In einer politisch-konfessionellen Rechtslehre (1937) wird folgendes Ideal entworfen: Die höhere Intelligenz liege „in den Vertretern der Kirche, welche sich im Hintergrunde hält und Männer auf der Weltbühne handeln läßt, welche, durch tausend Zufälle emporgekommen, physisch imstande sind, sich in den äußeren Tumulten zu behaupten, auf die Massen autoritär zu wirken. Diese äußeren Repräsentanten der Autorität sind es nun, die immer wieder dem Wechselspiele von Intrigen, Mord und Verrat zum Opfer fallen, während die regenerierende Ideenwelt konstant und folgerichtig ihren Einfluß weiter übt."

*) Fr. Zoepfl: „Das Reich als Schicksal und Tat" (Freiburg, 1937), S. 369.

bürgerlich — liberal

Das Erste Reich der Deutschen bezeichnet der bürgerliche Liberalismus als eine staatliche Einrichtung, die dem ungebundenen Freiheitsbedürfnis und Erwerbsstreben des Einzelmenschen schwere Fesseln auferlegte. Das in der Reichsverfassung noch bestehende Lehensverhältnis wird nicht als germanische Gefolgschaftshaltung erkannt, sondern als rückständige und unsichere politische Form verworfen. Der Sturz dieses Reiches war mit politischer Willkür und mit Rechtsbrüchen verbunden. Er habe zwar zugunsten Frankreichs die Interessen und die Geistesfreiheit der deutschen Weltbürger im einzelnen gehemmt, trotzdem habe er schließlich dem gesellschaftlichen und menschlichen Fortschritt breite Bahn gebrochen. Denn die Menschenrechte und die gewerblichen Errungenschaften der „vernünftigen" französischen Revolution, die das Reich zerschlug, dienten dem Einzelmenschen. Vornehmlich wurde dabei der Aufstieg des geschäftigen Erwerbs- und Handelsbürgertums und des „entrechteten" Judentums gefördert. Nicht entscheidend sei dabei, daß der eigentümlich germanische Freiheitswille im alten halb kirchenstaatlichen Reich gehemmt wurde und daß den Deutschen ein starker, arteigener Staat fehlte. Im Endzweck komme es ja allein auf den Menschheitsfortschritt an.

Mit dem Zerfall des alten Reichsbaues müssen die deutschen Einzelstaaten allmählich zu Stätten der individuellen Wohlfahrt werden. Das Schwergewicht liegt im geistigen und materiellen Fortschritt aller Einzelwesen. Deshalb kann die Vereinfachung der deutschen Staatenkarte der Anfang sein zu einer wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Einheit Deutschlands, in der die Wirtschaft und mit ihr die Einzelwohlfahrt als Mitte alles politischen Lebens ungehindert aufblühen können. Vom Ende des Ersten Reiches geht es logisch weiter zum Zollverein und zum Zweiten Reiche. Das Werden eines deutschen Einheitsstaates und das nun einmal gegebene Band der Volkseinheit dürfen jedoch niemals das Wohlbehagen und die Freizügigkeit des einzelnen einschränken. Letzten Endes ist Deutschland überhaupt nur abhängiges Glied einer Menschheit, welche die Rassen und Völker allmählich vermischt und einebnet, indem sie zur Vernunftgerechtigkeit und zum friedlichen, harmonischen Miteinander aller fortschreitet. Das alte Reich habe nicht fallen müssen, weil es dem völkischen Einheits- und Machtwillen nicht genügte und weil es den französischen Nationalismus hinderte. Es mußte stürzen, weil es überaltert war und dem Aufschwung der aus Westeuropa kommenden bürgerlichen Aufklärung unterlegen gewesen sei.

Der liberale Staat habe dem geistigen Freiheitsstreben und dem materiellen Gewinnstreben der einzelnen — der gewerblichen städtischen Bürger voran — Sicherheit und Raum zu geben. Diese Wohlfahrtsaufgabe müsse mit der allmählichen Überleitung Deutschlands in einen Menschheitsstaat verbunden werden. Wenn der deutsche Staat die „Freiheit" des deutschen Bürgertums antastete, fühlte sich der fortschrittsgläubige Bürger mit den Bürgerschichten aller anderen Länder zu einer internationalen Freiheitsfront verbunden. Im Innern war mit dem Ersten Reich die zunft- und standesmäßige Bindung gefallen. Ohne Rücksicht auf die bäuerlichen und arbeitertümlichen Belange konnte das geldstarke Bürgertum besonders in Handel und Industrie seinem Interesse folgen.

feld der Weltanschauungen

marxistisch — materialistisch

Das Erste Reich der Deutschen erscheint dem Marxismus nur als ein Machtwerkzeug, mit dem eine herrschende Gesellschaftsklasse die unterdrückten arbeitenden Schichten niederhielt. In der Lehensverfassung dieses Reiches verkörpere sich nicht eine sittliche Treue-Idee, sondern es verberge sich in ihr nur ein wirtschaftliches Machtverhältnis. Vor diesem materiell gegebenen Tatbestand treten die rassisch-völkischen Dinge und die weltanschaulichen Spannungen im römisch-deutschen Reiche als unwesentlich zurück. So etwa die Spannung zwischen dem priesterlichen Allherrschaftsanspruch Roms und dem germanischen Freiheitswillen. Alle geistigen Anschauungen und Kämpfe seien lediglich Ausfluß und Verhüllung wirtschaftlich-materieller Bedingungen. Wenn nach Vereinfachung der alten Gebietszersplitterung größere geschlossene Staatsgebiete in Deutschland entstehen, dann diene dies letzten Endes nur dem Werden eines proletarischen Weltstaates. Denn nunmehr können sich die entscheidenden Wirtschafts- und Klassenkämpfe viel machtvoller in größeren Räumen vollziehen. Nach dem Einsturz der alten Stände- und Gildenverfassung habe die Arbeit „ihren wahren Charakter" als Ausbeutungsmittel und als Klassenkampfverhältnis enthüllt.

Ähnlich wie die konfessionell-kirchliche Betrachtung Deutschland nur als dienendes Glied einer allgemeinen Kirchenherrschaft sieht, so betrachtet der Marxismus Deutschland und den sich aus wirtschaftlichen Ursachen bildenden modernen deutschen Einheitsstaat letztlich als Bestandteil einer proletarisch-kollektiven Europa- und Welteinheit. Gegen diese heraufkommende proletarische Einheit seien die Völker mit ihrer Geschichte und ihrem „scheinbaren" Eigen- und Gemeinschaftsleben, mit ihrer besonderen rassisch-blutlichen Zusammensetzung nur „unvernünftige, unwirtschaftliche Rückstände" — Rückstände, die mehr und mehr absterben müßten vor dem Industrieproletariat, das im Gegensatz zum Gesellschaftsaufbau des alten Reiches stehe und deshalb mit dem finanziell tätigen städtischen Bürgertum und dem überstaatlichen landlosen Judentum auf einige Zeit gemeinsame Interessen habe.

Das Erste Reich sei nicht dem nationalen Machtstreben des französischen Volkes und dem politischen Wachstumsbedürfnis der großen deutschen Einzelstaaten erlegen, sondern der wirtschaftlichen Entwicklung Europas: Nachdem die bürgerlichen Klassen zuerst in England und dann in Frankreich die unbeschränkte Industrie- und Handelswirtschaft entfaltet hatten, sei der ältere Kapitalismus Englands mit dem jüngeren Kapitalismus Frankreichs in Konflikt geraten. Als England aus wirtschaftlichen Gründen sich des noch landwirtschaftlich-feudalen deutschen Reichsstaates gegen den französischen Nebenbuhler bediente, habe das industriell und gesellschaftlich stärker entwickelte Frankreich das rückständige ländliche Reichsgebilde zerschlagen. Napoleon sei lediglich Handlanger und Vollzieher des wirtschaftlichen Ausdehnungsbedürfnisses der französischen Kapitalistenklasse.

Die Einreißung des alten vielköpfigen Reichsgefüges sei nur ein Schritt bei der Überwindung der nationalen Verschiedenheiten in Europa. Die Aufhebung der nationalen Eigentümlichkeiten bezeichnet der historische Materialismus als die wichtigste Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung im Weltmaßstabe.

nationalsozialistisch

Alfred Rosenberg hat*) die tragische Zwiespältigkeit des Ersten Deutschen Reiches deutlich umrissen: „Die Übernahme des römischen Christentums bedeutete grundsätzlich das Aufgeben des organisch-germanischen Königsgedankens als Maßstabs weltlichen Handelns zugunsten der erdgelösten Kaiseridee, wie sie als Erbe des alten Roms von der Kirche übernommen war . . . Zwar waren auch die Staufen selbstbewußt genug, ihr Kaisertum als deutsch und unabhängig von Rom zu erklären, doch wurde dieses Selbstbewußtsein nicht auf einer grundsätzlich festgelegten Lehre von der Vorherrschaft des Kaisers über den Papst aufgebaut, somit nicht Überlieferung und weiter wirkende typenbildende Kraft." Das mittelalterliche Reich der Deutschen ruhte, wie Rosenberg weiterhin feststellt, stark auf dem kriegerischen Gefolgschafts- und Lehnswesen des „germanischen Rittertums", doch wurde sein Gefüge immer stärker vom Priestertum lahmgelegt. Schon lange vor der Reformation Luthers und dem Sturz des Reiches war nur noch seine leere Hülle vorhanden.

Das Erste Reich war eine noch sehr lose Vorform des deutschen Volksreiches. In seinem innersten Wesen war es dadurch belastet, daß es ein mißglückter Ausgleichsversuch zwischen dem rompriesterlichen Anspruch auf Alleinherrschaft und dem rassisch bedingten ewigen germanischen Willen zur Seelenfreiheit und zum Eigenrecht war. Diese unzureichende Form des Reiches mußte vor dem um sich greifenden französischen Nationalstaat zerbrechen, in dem sich das neue Zeitalter der reinen Nationalstaaten ankündigte.

Im Zuge der rassischen Geschichtsbetrachtung ist Frankreichs Sieg nicht zuletzt auf die geniale Führerpersönlichkeit Napoleons und den rassischen Wert seiner Unterführer zurückzuführen. Die ehrwürdige, längst machtlose Reichshülle zerbrach vor der Willkür Napoleons einerseits und dem drängenden Landhunger der deutschen Fürsten andererseits. Das deutsche Volk, das seit langem ohne ein waches Bewußtsein von sich selbst war, verlor sein letztes staatliches Einheitsband. Aber der größte deutsche Einzelstaat, Preußen, gehorchte dem inneren Zwange zur deutschen Einheitsbildung. Und machtvoll brach die deutsche Volksgemeinschaft durch alle staatlichen Schranken hindurch. Diese naturhafte, rassisch-völkische Zwangsläufigkeit wurde erleichtert durch die Verminderung der deutschen Staaten von dreihundert auf vierzig. Das lebendige Volk vermochte später — nach vier Menschenaltern — auch die gesellschaftlichen und klassenmäßigen Schichtungen zu überwinden, als es einen revolutionären Führer gefunden hatte.

Deutschlands universale Bindung an ein mittelalterlich-konfessionelles Abendland wurde mit dem Sturz des Ersten Reiches völlig gelöst. Nun konnten klare völkische Ziele aufgerichtet werden: ein Volksreich, das nie zum abhängigen, unmündigen Bestandteil einer internationalen „Gesamtheit" herabgewürdigt werden darf. Diese künftige Volksordnung durfte nicht ein loser Bund von selbständigen Einzelstaaten bleiben, sondern mußte ein fester, führerischer Machtstaat sein, der um des Volkes willen alle Einzelrechte und Einzelbelange zusammenfaßte und einsetzte. Deshalb war es eine Wendung zum Besseren, daß die kirchenstaatliche Verknöcherung der konfessionellen Aufspaltung, die mit der Macht der geistlichen Fürstentümer gegeben war, aufhörte.

Der Sturz des Reiches kann nicht auf die Wirkung eines allmächtigen wirtschaftlich-gesellschaftlichen und geistigen Fortschrittes (Aufklärung) zurückgeführt werden. Jedoch war die ständische und mittelalterlich-zunftmäßige Verkastung und Fesselung des Volkes bis 1800 tatsächlich ein Hindernis für die Verwirklichung der Volksgemeinschaft. Ein Hemmnis für die Erkenntnis der rassischen und völkischen Grundlagen der deutschen Volkseinheit.

*) „Mythus des XX. Jahrhunderts", bes. S. 523 u. 492.

Fortsetzung von Seite 215

willens geht. Er antwortet nämlich, daß „ein Zwang die gesunde Anpassung stören und den ganzen Aufbau der Wirtschaft ins Wanken bringen" müsse.

Aber zäh stößt Ludendorff aufs neue gegen diesen Ungeist vor. Sein Vorschlag scheint endlich in der Form des Vaterländischen Hilfsdienstes durchzudringen. Immer noch versucht der jüdische Wille durch Sichler Sturm zu laufen. Das Gesetz sei „unheilvoll und untauglich". Es erfordere einen umfangreichen Apparat. Ja, das Gesetz würde darum seinen Zweck nicht erreichen, da es die Freizügigkeit innerhalb der kriegswichtigen Betriebe zulasse. Aus dem Saulus ist ein Paulus geworden!

Ludendorffs Vorschlag enthielt nur einen wesentlichen Paragraphen: Jeder Deutsche vom 15. bis zum 60. Lebensjahr ist hilfsdienst-, d. h. arbeitspflichtig.



Die Geschützgießer (16. Jahrh.)

Ein militärisch kurzer Befehl, wie er einem überlasteten Heerführer zukommen mag. Er enthielt aber nicht einmal einen formalen Appell an das Ehrgefühl und die Idee. Diesen Appell überließ er den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats.

Siegte nun endlich das Gesetz der Front? Gelingt endlich der Appell an eine soldatische Haltung?

Ludendorff wußte, daß ein Befehl ohne die Grundlage der Überzeugung und des Glaubens „reinen Zwang" bedeutete. „Von dem versprach ich mir nichts", sagt er in seinen Erinnerungen. Um die entsprechende Haltung zu wecken, benötigte er die Zustimmung des Volkes. Wozu hatte man einen Reichstag? Also bat Ludendorff den Reichskanzler, die Zustimmung des Reichstages zu seinem Gesetz zu erwirken.

Hier aber saßen wiederum Juden und hielten als Fraktionsvorstände der wichtigsten Parteien die Majorität und damit die Entscheidung in den Händen.

Ein propagandistischer Vorstoß im Reichstag, der die Unterschriften Bernstein, Cohn, Dittmann, Haase, Herzfeld, Ledebour, Stadthagen und Wurm trägt, zeigt klar das Ziel der Reichstagsarbeit: ein Gesetz, das als soziale Ordnung das Programm des Marxismus sichert und den Plan der jüdischen Herrschaft zum Siege führt.

Nach Beratungen mit dem Zentrum erhält das Gesetz eine Form, die das Ziel nicht mehr offen nennt, aber die taktischen Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung schafft.

Als neue verantwortliche Namen tauchen in den Unterschriften auf: Ebert, Erzberger, Legien, Noske, Stresemann, Arnstadt und Genossen.

Das neue Gesetz enthält die Einschaltung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern in allen Organisationsstellen der sozialen Ordnung. In der Erteilung des Mitbestimmungsrechtes liegt der erste Schritt zur jüdischen Machtergreifung. Es enthält die Einrichtung von Arbeiterausschüssen. Damit sollte der Klassenkampf von seiner breiten parteipolitischen und gewerkschaftlichen Basis auch organisatorisch in die Lebenszellen der Wirtschaft, in die Betriebe unmittelbar hineingetragen werden. Es enthält die Zusicherung der Koalitionsfreiheit, damit der Jude in seinen Massenorganisationen auch die Früchte seines Sieges zum Sturm auf den Staat sammeln kann.

Es erklärt weiterhin in § 8, daß der Antritt einer Arbeit abgelehnt werden könne, wenn der Lohn nicht angemessen erscheine. Es erklärt in § 9, Abs. 3, daß eine angemessene Verbesserung der Lohnbedingungen ein Grund zum Arbeitsplatzwechsel sei. Und das mitten in dem Bluten Millionen Deutscher! Die Bestimmung: „Bei der Entscheidung der Frage, ob ein wichtiger Grund zur Abkehr vorliegt, ist auf die Bedürfnisse des Vaterländischen Hilfsdienstes

Rücksicht zu nehmen" ist bewußt vom Reichstag fallen gelassen worden!

Damit wurden diese Bestimmungen zum gesetzlich verankerten Sieg des jüdischen Angriffsplanes. Als Aufruf der niedrigen materiellen Instinkte beraubten sie den Gedanken einer Arbeitspflicht seiner inneren Grundlage. Nicht Leistung und völkische Notwendigkeit sollten entscheiden, ob und wo der einzelne arbeitete. Der einzelne sollte nur insoweit zur Ableistung seiner völkischen Pflicht herangezogen werden können, als es mit seinem persönlichen Wohlergehen vereinbar war.

Nach wenigen Tagen wurde überdies noch dem Gesetz ein Kriegsamtserlaß nachgeschickt, in dem ausdrücklich erklärt wurde, daß der Hilfsdienstpflichtige die Arbeit auf Grund eines freien Arbeitsvertrages antrete.

Dieser Erlaß wurde notwendig, weil man den Unternehmer nicht in der gleichen Verpflichtung erfaßt hatte, und daher dem Willen der Arbeitervertreter nachgeben mußte.

Aber: freier Arbeitsvertrag und Dienstpflicht schließen einander begrifflich und praktisch aus. Die Betonung der Sicherung des freien Arbeitsvertrages gegenüber dem Dienstzwang bedeutete die **Verkündung des Eigennutzes gegenüber der Idee der Gemeinschaftsverpflichtung.**

Das Hilfsdienstgesetz ruft in schrankenloser Offenheit zur Verfolgung eigennütziger, gewinnsüchtiger Motive auf. Von einem soldatischen Inhalt ist nichts geblieben. Keine Strafe steht auf Arbeitsverweigerung oder Arbeitssabotage. Kein Wort über eine sittliche Verpflichtung ist in ihm enthalten. Es ist von dem Entwurf Ludendorffs durch die Mitarbeit der „Volksvertretung" zu einem politischen Programm geworden. Marx und Ricardo haben gesiegt. Nach jahrhundertlangem Kampf haben sie in einem deutschen Gesetz über die Welt soldatischer Haltung gesiegt.

Schon nach drei Monaten zeigen sich die verheerenden Folgen dieses Appells an den Egoismus in einer erschreckenden Landflucht. In dieser Lage findet der Chef des Kriegsamts im Kriegsministerium, Groener, der nach dem Erlaß des Gesetzes seine Hände mit der Begründung in Unschuld gewaschen hatte, er sei kein „Politiker", das treffende Wort: „Wer um weniger Groschen Mehrverdienst vom Pfluge weg zur Stadt eilt, begeht Fahnenflucht."

Im gleichen Atemzug aber fährt er, leider nicht militärisch folgerichtig, fort: „Haltet solche Weichlinge mit Vorbild und Wort zurück."

Auf Fahnenflucht steht der Tod. Auf großen Worten ohne entsprechende Härte der Tat die Lächerlichkeit. Hier jedoch ging es um die Nation. Wo das Soldatische auch von seinen berufensten Vertretern verleugnet wurde, mußte dem Egoismus Tür und Tor geöffnet sein.

Welches waren die Folgen eines solchen Aufrufs der eigennützigen Lohn- und Gewinninstinkte?

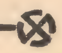
> „Man propagiere die Gewinnsucht als Inhalt einer Bewegung, und alle Egoisten werden sich melden."
>
> (Adolf Hitler 1933)

Da nicht die Leistung aufgerufen wurde, sondern der Lohnanspruch, ging die Führung in den Betrieben auf diejenigen über, die diesen Lohnanspruch am lautesten auch ohne entsprechende Leistung zu vertreten wußten. Es meldete sich also die unterste Leistungsschicht, insbesondere die ungelernten und angelernten Arbeiter. Sie wurden zu Sprechern der Betriebe.

Zu gleicher Zeit erhob die Front aus dem Appell an Opfermut und Pflichterfüllung das beste Menschenmaterial ohne Rücksicht auf Rang und soziale Herkunft in die Stellung eines Führers, und sei es auch nur eines Stoßtrupps oder einer Patrouille.

Der Appell an den Eigennutz aber gab den brutalen und rücksichtslosen Elementen die Autorität. Gerade diejenige Schicht meldete sich am lautesten zu Worte, die am meisten von fremdem Blut unterwandert war.

Insbesondere meldeten sich die jugendlichen Arbeiter in den Rüstungsindustrien zu Wort. Ohne den Vater vielfach aufgewachsen, bis dahin durch keine betrieb-



Wenn jemand ein vortreffliches Werk in Erz, Stein oder Holz geliefert haben will, so übergibt er es einem Deutschen. Ich habe deutsche Goldschmiede, Juweliere, Steinmetzen und Wagner unter den Sarazenen Wunderdinge machen sehen; sie übertrafen die Griechen und Italiener an Kunst. Noch im vergangenen Jahre bediente sich der Sultan von Aegypten des Rates, des Kunstfleißes und der Arbeit eines Deutschen, als er den Hafen von Alexandria mit einer Mauer umgab, die vom ganzen Morgenlande angestaunt wird; die Deutschen gelten als die ersten Bauwerker der Welt.

Felix Fabri im Jahre 1484

übertragen von Johannes Janssen

liche Erziehung geformt, bindungs- und hemmungslos nahmen sie die Fahne der neuen Bewegung in die Hand. Sie und weibliche Elemente füllten die Gewerkschaften. Aber auch die gelernten Arbeiter wurden von dem Gift ergriffen, das, einmal in die Blutbahn gelangt, alles durchpulste. Sie allerdings fanden die Befriedigung ihrer Lohnansprüche eher ohne den Rückhalt ihrer Gewerkschaft und ohne revolutionäre Reden.

So stiegen die Löhne seit dem Einschnitt des Hilfsdienstgesetzes um das Zweieinhalbfache. Sie konnten durchgesetzt werden, weil sie in den Kriegsgewinnen ihr moralisches Gegengewicht fanden. Die Betriebe sahen ihre Arbeiterschaft im Laufe der beiden letzten Kriegsjahre viermal kommen und gehen.

Die Autorität der Meister und Vorarbeiter, der Hüter einer rassisch bedingten Leistungsordnung, wurde von den neuen Sprechern verhöhnt und untergraben.

„Mehr verdienen", nicht: „Mehr leisten", war die Losung. Die Minderwertigkeit war mobilisiert.

Aber dies war nur die erste Angriffsphase des Juden. Sein Ziel war der Staat. Daher sammelte er zuerst Truppen. Das Hilfsdienstgesetz hatte die Zielsetzung der Gewerkschaften gerechtfertigt. Es sicherte ausdrücklich die Koalitionsfreiheit. War damit nicht ausdrücklich der Klassenkampf ausgerufen?

Also füllten diese Elemente die Reihen der Gewerkschaften. Diese verließen die letzte Grundlage ihres Berufsstolzes und ergaben sich dem Herrschaftsantritt der Masse. Die freien Gewerkschaften wachsen von 1916 bis 1918 um das Dreifache. Die christlichen Gewerkschaften machen ein noch besseres Geschäft. Warum hätten sie auch sonst das Gesetz unterschrieben? Allein die christliche Metallarbeitergewerkschaft wächst um das Siebenfache.

Mit diesen Truppen — den christlichen Gewerkschaften schrieben die freien Gewerkschaften das Gesetz des Handelns vor —, mit dieser Wucht einer in ihren niedrigsten Instinkten aufgeputschten Masse berannte nun der Jude den Staat.

Infolge der Auflösung der traditionellen Grundsätze waren nämlich schon 1917 maßgebende Gewerkschaften in völlige Abhängigkeit von den „Radikalen" geraten, deren Namensliste von Bernstein bis Wurm uns ihre rassische Zugehörigkeit beweist. Es war ein leichtes, die aufgestachelten und nicht mehr zu dämmenden Begierden in den Streik zu hetzen. Die eigennützigen Instinkte, einmal geweckt, staatlich und gesetzlich gerechtfertigt, kennen keine Grenzen mehr.

1915 gab es erst 300 000 streikende Arbeiter, 1916 erst 650 000, aber 1917 schon 1 500 000 Streikende, die von der Statistik erfaßt werden.

Nachdem die Ordnung in den Betrieben gelöst war, mußte die Ordnung im Staate nachfallen.

Der 9. November 1918 entschied in der Auseinandersetzung Egoismus gegen Soldatentum: Er brachte dem Judentum als Frucht einer hundertjährigen Zersetzungsarbeit den Sieg, dem deutschen Volke und seinen blutlichen Werten die Niederlage.

Ein Jahrhundert hat der Jude den Egoismus gepredigt. Er hat ihn in einer Bewegung organisiert. Er hat die politischen Entscheidungsstellen besetzt. Er hat diesen Egoismus im entscheidenden Augenblick gesetzlich verankert. Als gefügige Werkzeuge meldeten sich alle die, die auf den Aufruf des Egoismus aus innerer Veranlagung antworten mußten: die untersten Leistungs- und Rassenschichten.

Das soldatische Gesetz ist in diesem Jahrhundert nicht gepredigt worden. Es wurde nicht in einer Bewegung des gesamten Volkes organisiert. Es hatte die politischen Entscheidungsstellen nicht besetzt. Im entscheidenden Augenblick wurde es nicht zum allgemeinen Gesetz erhoben.

Was ergibt sich als geschichtliche Lehre?

1. Der Betrieb ist eine Lebenszelle der Nation. Er ist nicht nur eine technische, sondern auch eine haltungsmäßige Einheit. So scheiterte die Durchführung der Arbeitspflicht nicht zuletzt an dem Hinweis auf den Gewinnegoismus des Unternehmers.

Betriebsführung und Gefolgschaft sind im gleichen Maße Willensträger des Betriebes und seiner Leistung. Folglich kann für beide auch nur **ein** Gesetz gültig sein.

2. Weil Deutschland auf allzu engem Raum im Herzen Europas immer dem Druck seiner Nachbarn ausgesetzt ist, muß seine Wirtschaft Wehrwirtschaft sein. Sie hat die Aufgabe der Sicherung der Nahrungsmittel und Rohstofffreiheit wie das Heer die Sicherung der äußeren Freiheit. Ihre Menschen stehen daher an der gleichen Front wie die Waffenträger der Nation.

Eine Front kann immer nur unter einem Gesetz leben. Dieses Gesetz wird von dem Punkte des härtesten Angriffs bestimmt.

Dieses Gesetz kann also nur ein soldatisches sein. Weil aber auch im Betrieb, der ja auch eine „Front" im Ringen um die Erfüllung seiner Aufgabe darstellt, nur ein Gesetz herrschen kann, müssen ihm Arbeiter und Unternehmer in gleicher Härte und Gerechtigkeit unterworfen sein.

Dieses soldatische Gesetz hat dabei unter Berufung auf die geschichtlichen Erfahrungen die Aufgabe, einen einheitlichen Typ des arbeitenden Menschen in klarer Prägung herauszustellen.

3. Das Judentum hatte seine Ideen dem Arbeitertum in den Streiks eingexerziert. Auch die soldatische Haltung, der Typ des Arbeitssoldaten, muß wie beim Heer anerzogen, erprobt, immer wieder „exerziert" werden.

4. Dieser Appell an Ehre und Pflichtbewußtsein, diese soldatische Haltung fördert bei Verwirklichung des Leistungslohnes die Leistung bis zum höchstmöglichen Grad. Auf ihrer Grundlage wird die schon vor-

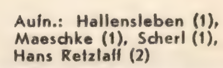




Der Führer
am 24. 4. 1923 in München:

Sie müſſen ſich gegenſeitig wieder achten lernen, der Arbeiter der Stirn und der Arbeiter der Fauſt und umgekehrt. Keiner von beiden beſtünde ohne den anderen. Die beiden gehören zuſammen und aus dieſen beiden muß ſich ein neuer Menſch herauskriſtalliſieren – der Menſch des kommenden Deutſchen Reiches




Aufn.: Hallensleben (1), Maeschke (1), Scherl (1), Hans Retzlaff (2)



Be=
ng
nit
en,
en
at
Ley

(1),

Der deutsche Facharbeiter setzt die Tradition des alten deutschen Handwerks fort

Bild 1 und 2:
Arbeit mit der Feile

Bild 3 und 4:
Zweimal Bohrmaschine

Bild 5 und 6:
Drahtzieher: unten an der Kabelspinne

Bild 7 und 8:
Aber die Arbeitsplätze sind meist schöner geworden





Aufn.: Köhler (1), Michaelis-Reportagen (1), Dr. Wolff und Tritschler (1), Schaerer (1), Historia-Photo (3), Siemens & Halske (1)









Wir haben dem Schaffenden das Gefühl für die Würde und Bedeutung seiner Arbeit wiedergegeben. Nicht mit Worten und leeren Versprechungen, sondern indem wir den Gedanken der Schönheit der Arbeit in die Tat umsetzten. **Dr. R. Ley**

Reichstagung Nürnberg 1936

Aufn.: Scherl (1), Petri (1), Berliner Bild-Bericht (1), Dr. Wolff und Tritschler (1)

handene Leistungs- und Rassenschichtung zur Führungsschichtung erweitert.

Der Appell an Eigennutz und Gewinnsucht dagegen hat zur Umkehrung der Leistungs- und Führungsschichtung und zum Herrschaftsantritt der minderwertigen Elemente geführt.

5. Die Überwindung des materialistischen Lohn- und Gewinndenkens und die Erziehung des arbeitenden Menschen in dem Glauben an die Idee und in dem Gefühl der Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber ist eine Aufgabe, die weder allein Klugheit und Verstand noch allein ein Organisationstalent lösen kann.

Weil aber die Erziehung des arbeitenden Menschen zum gläubigen politischen Soldaten nur von der Glut und der Kraft eines noch unendlich tieferen Glaubens aus erfolgen kann, darum hat der Führer mit dieser Aufgabe den Mann betraut, der ihm im Laufe seines Kampfes als einer seiner größten Idealisten begegnet war: Robert Ley.

Karl Miedbrodt

„Gib, daß ich tu mit Fleiß!"

Der Span läuft vom Stahl und rollt sich zu langen Eisenlocken. Als so die Maschine den Stahl über das Werkstück zieht, wandern die Gedanken des Drehers Heinrich Schmidt einen eigenartigen Weg. Paul Schmidt, der seine Maschine vor dem Heinrich hat, steht neben ihm, auch er hat Schnitt, auch sein Stahl zieht in der Kraft der Maschine über das Werkstück. Doch er denkt an nichts besonderes. Da sagt Heinrich aus seinen Gedanken heraus:

„Mensch, Paul, wenn ich, du verstehst mich, so an Span und Span denke, dann habe ich mich einmal um die Erde gedreht."

In Pauls Kopf reiht sich Span an Span zu Meter und Kilometer und immer weiter, er schüttelt den Kopf, sieht Heinrich an:

„Nee, Heinrich, soweit biste noch nicht."

„Na jut, aber von hier nach Pankow bin ick schon."

„Ja, das biste. — Aber was haste dabei gewonnen?"

„Dich, Paul!"

Weit über die Maschinen hinweg, durch die Halle sucht sein Blick den Sinn dieses „Dich", und dann fragt er:

„Wieso, mir?"

„Dett hest mich."

Paul winkt mit der Hand ab, ob mir oder mich, und so sagt er:

„Also schön, mich, aber wieso hast du mich?"

Sie sehen sich beide an, und das ist ein langes Aug-in-Auge-Sehen, dann geht Heinrichs Blick über die Hände von Paul und bleibt auch da eine Weile haften. Mit diesem Blick auf die Hände wandern die Gedanken von Heinrich unausgesprochen in das Gehirn von Paul, und als Punkt braucht er dann nur zu sagen:

„Na, Paul, ich habe dich und du mich, wir sind doch Freunde?

„Ja, — das sind wir."

Sie schweigen, jeder denkt an die Jahre, die sie gemeinsam gearbeitet haben. Das ist ein langer Weg. Keiner, an dessen Rain Blumen stehen, sondern die Späne der Drehbank, wie ein buntflirrendes Stahlband, säumen ihn. Und wie sie sich nun beide ansehen und Heinrich auf Pauls Lippen noch das „Ja" zur Freundschaft sieht, kann er nicht anders, er muß sagen:

„Na, und ist das nicht schön?"

Paul nickt, ja, schön ist das, in männlicher Freundschaft in der Arbeit zu stehen, und da er dies überdenkt, spricht er:

„Freunde sind wir in der Arbeit geworden, so wie Soldaten im Kriege zu Kameraden geworden sind."

Heinrich horcht auf, wenn Paul hochdeutsch spricht — nicht mehr icke, dette, kiekemal — dann hat es ihn immer irgendwie am Herzen gepackt, und was er dann zu sagen hat, ist immer wie ein Kilometerstein auf ihrem Wege gewesen. Er braucht nicht lange auf das Wort Pauls zu warten:

„In der Arbeit sind wir Freunde geworden, in was für einem Irrtum lebt doch dann eigentlich die Welt, die da behauptet, die Arbeit sei ein Fluch. Nee, Heinrich, für mich ist die Arbeit nie ein Fluch gewesen."

Paul sieht aus seiner sinnenden Betrachtung auf, Heinrich nickt ihm zu, auch er liebt seine Arbeit und, da er meint, der Freund will Antwort auf seine Feststellung haben, sagt er:

„Ja, Paul, dett is wohl so, unn, wenn man dett nu so bedenkt, denn liegt eigentlich für uns Arbeiter da der Hase im Pfeffer, wenn man die Arbeit verflucht, verflucht man uns."

Paul sucht wieder über die Maschinen hinweg, nun nicht den Freund, den weiß er neben sich, den Fluch, der über den tausend und abermals tausend, über den Millionen Menschen ruhen soll, den sucht er. Ein Lächeln legt sich auf seinen Mund:

„Hinter diesem Fluch verbirgt sich die Faulheit derer, die da meinen, das Geld sei die Achse des Lebens, und die sich auch darum in ihrem Gewissen beruhigten und sich für die ganz großen Arbeiterführer hielten, wenn sie uns immer wieder einredeten, daß wir zu wenig Geld für unsere Arbeit bekommen."

Heinrich hat Paul nicht recht verstanden, aber da er zurückdenkt, stehen Streik, Aussperrung und Arbeitslosigkeit vor ihm, und nun arbeitet er schon fünf Jahre ohne Streik, Aussperrung und was da sonst die Arbeit und den Arbeiter in einen Höllentanz versetzt hat. Paul spricht weiter:

„Das Denken dieser, die da meinten, ihre Faulheit durch Geld verstecken zu können, hat nie begriffen, daß Arbeit überhaupt nicht bezahlt, daß es im Grunde überhaupt keinen die Arbeit ganz ausdrückenden Lohn geben kann, weil man Arbeit nicht entlohnen kann, ebensowenig wie den Soldaten. Der Mensch, der arbeitet und der Mensch, der sich als Soldat vor sein Volk stellt, lebt nicht im Geld, sondern in der Ehre. So wie es eine Ehre ist, Soldat zu sein, so ist es


Burgbau (nach einer mittelalterl. Handschrift)

auch mit dem Arbeiter. Darum mußte das Gelddenken auch zu Klassen führen und den Sinn des Sozialismus im Sieg der einen Klasse über die andere suchen. Wenn uns die Welt des Geldes heute nicht versteht, ja, wohl auch nicht will, dann magst du auch darin erkennen, wie wenig dieses Denken die Arbeit liebt und ehrt."

„Ehnen Momang, Paul", unterbricht Heinrich das Wort Pauls, „willste damit sagen, dett wir Arbeiter auch an Geld gedacht haben."

„Ja, Heinrich, dett haben wir."

Beide sehen auf den Fortgang ihrer Arbeit. Aber dies ist nun nicht, weil der Stahl nicht mehr in der Kraft der Maschine über das Arbeitsstück wandert, sondern, weil sie sich schämen, und wie sich dann wieder ihre Blicke treffen, sagt Paul:

„Ja, Heinrich, siehste, dett ist der i-Punkt bei mir, wo ick Adolf zu verehren angefangen habe, als ick durch ihn und seine Arbeit begriff, dett ick ja auch nich anders war als die Kapitalisten, ja noch blöder, ich hab se beneidet."

„Ja, und heute?"
— stellt Heinrich als Frage vor Paul hin.

„Bedaure ich sie!"

„Wieso?"

„Ich fühl mich in der Ehre für dich und du für mich, und daß wir beide für die anderen und die wieder für uns arbeiten können, da fühl ich mich so sicher wie in Gottes Hand, sicherer wie Rothschild mit seinem ganzen Geld. Ich fühl mich nicht nur sicher, sondern auch glücklich, und siehst du, das kann sich Rothschild mit seinem Geld nicht kaufen, ich aber mit meiner Arbeit erarbeiten."

In Heinrichs Augen brennt ein kleines Feuer, das ist ein liebes Feuer, wie die Flamme auf dem Herd, sie wärmt, und dann lacht er in dieser Wärme, und seine Stimme streichelt Paul, als sei sie seine Mutter:

„Ja, Paul, wir sind Freunde."

„Und?"

„Mecker nich, die andern och und —"

Heinrich schweigt, die grauen Augen seines Freundes legen sich wie eine Hand auf seinen Mund.

„Heinrich, das meinte ich nicht, in der Arbeitsehre ist die Freundschaft selbstverständlich, wie die Feindschaft im Geld, ich meine, daß ich in den fünf Jahren wieder besinnlich geworden bin."

Durch Heinrich ruckt es, was ist denn nun das mit dem Paul, doch der spricht schon weiter:

„Ja, Heinrich, siehste, als ich vorhin den Turbinenkörper auf die Bank nahm, da habe ich so denken müssen, nun kostet der Körper mit schmieden, bohren und fräsen und Material schon über 50000 Reichsmark, ja, und wenn ich nun das Ding vermauere, wenn ich nicht aufpasse — da habe ich so an meine Verantwortung gedacht und an so manches andere auch noch, ja auch daran, was ich vorhin gesagt habe, daß man meine Arbeit nicht bezahlen kann, aber auch daran, und das war eine große Freude in mir, daß ich mir durch meine Leistung dieses Vertrauen vom Meister verdient habe, solche Arbeit zum guten Ende zu bringen. Ja, Paul, und da habe ich an den Vers aus meiner Kindheit denken müssen: ‚Gib, daß ich tu mit Fleiß, was mir zu tun gebühret!'"

Er schweigt einen Augenblick, hart und kantig ist sein Gesicht. Heinrich meint in ein holzgeschnittenes Gesicht zu sehen. Weiter spricht Paul:

„Ja, Heinrich, daran habe ich denken müssen und habe den Vers dann auch still vor mir hin gesagt, und auch das habe ich gesagt: ‚Find't sich Gefährlichkeit, so laß mich nicht verzagen.'"

Heinrich gibt Paul die Hand, der braucht nicht weiterzusprechen — er hat ihn verstanden. Jawohl, denkt er, das ist ein Wort, das ist, wenn die Arbeit nicht will, wenn das Material seine Schwierigkeit hat, wie ein In-die-Hände-Spucken, wie: nun erst recht. Und das brauchen sie sich auch nicht zu sagen, daß ein solch Wort die Augen des Mannes blank macht und seine Hand sicher; und wie es weit in die Vergangenheit zurück Soldaten die Hand reicht, die mit diesem Lied in die Schlacht von Leuthen gegangen sind, nicht um zu verzagen, sondern zu siegen. Ja, noch mehr, die Männer damals durchbrachen den arbeitsfernen Glauben, daß das Heil der Seele nur im Jenseits zu finden sei und das irdische Tun ein Fluch, sie sagten jubelnd zum Leben „ja" und stellten das Heil in das Volk, für das sie siegend und auch sterbend in die Schlacht zogen — mit dem Wissen, daß sie mit diesem irdischen „Ja" zum Volk, mit blanken Augen vor Gott stehen können, ja erst damit im Gesetz ihres Blutes stehen. Heinrich und Paul stehen einen Augenblick noch schweigend Hand in Hand, ein leiser Druck, sie gehen an ihre Maschinen. Neben dem Wort steht die Tat. Sei für den anderen da! In diesem Gesetz haben sie ihr Heil gefunden, darin sehen sie das männliche Wort:

„Gib, daß ich tu mit Fleiß, was mir zu tun gebühret!"

Bernhard Köhler, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Das Recht auf Arbeit

Am 20. Februar 1938 hat der Führer die Sicherung des Rechtes auf Arbeit als eine der gewichtigsten Errungenschaften der nationalsozialistischen Führung bezeichnet und hat damit zum erstenmal auf diesen Begriff ausdrücklich Bezug genommen. Er hat damit gleichzeitig ausgesprochen, daß eine gewaltige Anstrengung notwendig war, um dieses Recht auf Arbeit zu sichern, und somit zu erkennen gegeben, daß das Ziel einer solchen Anstrengung ihrer auch wert ist.

Vor allem sind damit die Zweifel jener beseitigt, die sich fragten, ob denn das Recht auf Arbeit eine so ausdrückliche nationalsozialistische Forderung wäre, zumal man ja auch schon früher von diesem Begriff etwas gehört habe. Aber Freiheit und Einigkeit des deutschen Volkes, Ehre, Treue und Pflicht des Volksgenossen waren ja auch schon vor der nationalsozialistischen Revolution nicht ganz unbekannte Begriffe. Die nationalsozialistische Revolution hatte sich ihnen gegenüber nur die Aufgabe zu stellen, sie aus der Verschüttung und Schändung durch die jüdische Vergewaltigung der deutschen Seele wieder zu befreien und sie zu den tragenden Kräften des deutschen Lebens zu machen. Revolutionen sind Neuschöpfungen der Völker, und nur solche Empörungen und Bewegungen verdienen diesen Namen, die in der Besinnung auf die letzten und unveräußerlichen Kräfte des Volkes bestehen. Solche echten Revolutionen setzen sich die Verwirklichung des eigentlichen Wesens ihres Volkes zum Ziel, weil sie getragen werden von Männern, die wissen, daß nur die Treue zum eigenen Wesen ein Volk erhalten kann.

Es ist daher gar nicht notwendig zu fragen, ob eine solche Forderung wie diejenige nach dem Recht auf Arbeit schon einmal vorher ausgesprochen worden war oder ob sie ausdrücklich bei der Entstehung der Bewegung formuliert worden ist. Denn die Wiederherstellung der Freiheit und der Lebensrechte des deutschen Volkes bedeutet eben auch für seine Arbeit und damit für die Arbeit aller Volksgenossen die Befreiung und die Wiederherstellung des Rechts. Selbst wenn in den Reihen des Nationalsozialismus niemals die Forderung nach dem Recht auf Arbeit erklungen wäre, selbst wenn man vermieden hätte, sie auszusprechen, weil sie durch die Verfälschung und Verdrehung einer pazifistisch-sentimentalen und feige-materialistischen Zeit kaum einem richtig verständlich sein konnte, hätte der Nationalsozialismus in der Ausübung seiner Macht und seiner Verantwortung trotzdem das Recht auf Arbeit zu sichern und zu verwirklichen gehabt.

Denn hierin hat die nationalsozialistische Revolution die Zeit der „Menschenrechte" endgültig überwunden, aus denen angeblich auch das Recht auf Arbeit folgen sollte: Sie hat als entscheidende Tatsache alles politischen und persönlichen Lebens das Volk aufgerichtet, das lebendige, persönliche, blutsmäßige, von Natur einige und unantastbare Volk. Und nur aus dem Recht, das dieses Volk genießt, zu beanspruchen, zu erkämpfen und bis zum letzten zu verteidigen bereit ist, kann auch ein Recht des Volksgenossen erwachen. Nur aus der Hand seines Volkes kann der Volksgenosse das Recht empfangen. Keine Menschheit und kein allgemeines Sittengesetz, keine internationale Konvention und keine Menschheitsverbrüderung kann ihm das Recht verschaffen oder auch nur begründen, das nicht sein Volk aus seinem Lebensanspruch zu behaupten gewillt und aus seiner Kraft zu verwirklichen mächtig ist.

Aus dem Lebensrecht des Volkes, das durch nichts zu begründen ist als durch sein Dasein und seine Lebenskraft, das aber auch niemals einer weiteren Begründung bedarf, folgt sein Anspruch darauf, Raum und Freiheit für die Entfaltung seiner Arbeitskraft zu haben, denn seine Arbeitskraft ist nichts anderes als seine Lebenskraft. An dem Maße, in dem es seine Arbeitskraft entfalten kann, hängt der Raum, den es für sich besitzen, hängt der Wohlstand, den es sich verschaffen kann, hängt die Höhe seiner Kultur und die Pflege seiner besten und edelsten Fähigkeiten, hängt schließlich die Zahl und der Wert seiner Volksgenossen selbst. Ein unfreies und bedrücktes Volk muß schon aus Mangel an Futter schwinden und eingehen, wenn es nicht den Mut findet, sich eines Tages den Raum und die Freiheit für seine Arbeit, seine Lebenskraft, zu schaffen. Ein freies Volk aber kann groß werden, kann sich vermehren und mit der Zahl seiner Volksgenossen auch die Auslese der Tüchtigen, die Ausmerze der Untüchtigen und somit seinen Bestand in eine unabsehbare Zukunft sichern.

Das Recht auf Arbeit für das deutsche Volk war somit schon in Punkt 2 des Programms gefordert: **„Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen"** . . . und in Punkt 3: **„Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses."** Gleichberechtigung, das heißt: das deutsche Volk will nicht entrechtet und rechtlos gegenüber anderen Völkern, will nicht minderen Rechtes unter den anderen sein. Es will kein entrechteter Proletarier sein, der sich in seiner Lebenserhaltung auf die Gewährung der Lebensmöglichkeit durch fremde Arbeitgeber angewiesen sieht.

Das deutsche Volk hatte nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges die Quittung dafür be-

kommen, daß es sich freiwillig, ohne Erkenntnis der ungeheuren Wichtigkeit einer unantastbaren Arbeitsfreiheit in die wirtschaftliche Abhängigkeit anderer begeben hatte. Der Weltkrieg war nur der Schlußstrich unter eine Entwicklung, die längst vorbereitet war und die, so oder so, zur Versklavung des deutschen Volkes führen mußte.

Es gehörte zu den nachdrücklichsten und am zähesten verfochtenen Lehren unserer internationalen Feinde und Zerstörer, daß das deutsche Volk eben aus Naturgesetz ein Arbeitnehmer-Volk sei, d. h. ein Volk, das nur dann arbeiten und nur dann sein Leben erhalten könnte, wenn es von anderen Arbeit bekäme. Es war der Stolz gelehrter Nationalökonomen, nachweisen zu können, daß die deutsche Volkswirtschaft auf der Veredelung fremder Produkte aufgebaut sei, und daß wir eben nur dann das Brot für unsere Ernährung verdienen könnten, wenn wir die Rohstoffe fremder Völker gegen Lohn für die anderen verarbeiteten. Und bis zu seiner grausamsten Konsequenz ist der Lehrsatz von dem proletarischen Arbeitnehmer-Volk der Deutschen gepredigt und verwirklicht worden, als man uns erklärte: „Nur das Weltkapital kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland mildern. Von ihm hängt es ab, ob die deutschen Männer arbeiten, ob sie ihre Familien erhalten, ob die jungen deutschen Menschen heiraten und Familien gründen, ob überhaupt 50 oder vielleicht nur 45 oder auch nur 40 Millionen Deutsche leben dürfen."

Es war gleichzeitig die Quittung dafür, daß das deutsche Volk vergessen hatte, den *Grundsatz jeder Volksgemeinschaft, das gleiche Recht für alle Volksgenossen*, zu achten und nach ihm zu leben. Denn genau wie das deutsche Volk unter den Völkern als proletarischer Arbeitnehmer zu leben gezwungen schien, genau so hatte es, seiner selbst und seiner Ehre unbewußt, geduldet, daß die Volksgenossen in Berechtigte und Entrechtete geschieden wurden. Was den deutschen Arbeiter, der sich zur revolutionären Sehnsucht nach einer neuen Gesellschaftsordnung bekannte, quälte und zur Empörung trieb, das war nicht der Neid oder der Wunsch nach weniger Arbeit. Nur der Marxismus und seine jüdischen Prediger hatten diese niedrigen Regungen benutzt, um die natürliche Empörung für ihre eigenen Zwecke auszunützen. Was den deutschen Volksgenossen zum Revolutionär machte, das war das Bewußtsein, ein Volksgenosse minderen Rechtes sein zu sollen — und womöglich noch mit gewichtigeren Pflichten.

Den Entschluß mit der Entrechtung, mit der Trennung der Volksgenossen in Bevorrechtete und Rechtlose zu brechen, spricht Punkt 9 des Programms aus: „Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen." Wenn man fragt, wo denn im Programm das Recht auf Arbeit verankert sei, so kann man nur diesen Artikel nennen. Denn das Recht auf Arbeit ist die Aufhebung jener Entrechtung der einen und der Bevorrechtung der anderen: des Vorrechts dieser, arbeiten zu dürfen, und der Entrechtung jener, nur dann arbeiten zu können, wenn ein anderer es gestattet.

Aus diesem Unrechts-Zustand, der dem einen das Recht zugestand, Arbeit und Leistung nach Belieben zu betätigen, und dem anderen das Recht verweigerte, zu arbeiten, es sei denn, die „Konjunktur" oder das „Kapital" usw. habe es ihm gestattet, folgte dann jene irrsinnige Scheidung des Volkes in „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer", d. h. solche, die das Vorrecht hatten, anderen Arbeit geben oder verweigern zu können, und in solche, die verurteilt waren, zu warten, zu hoffen, zu bitten, ob ihnen Arbeit gegeben würde.

Der ganze Irrsinn des Kapitalismus, seine Leugnung der selbstverständlichen Voraussetzung einer Volksgemeinschaft spricht sich in diesen Begriffen „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" aus — ein Irrsinn, den sich der leibliche Bruder des Kapitalismus, der Marxismus, naturnotwendig auch zu eigen gemacht hat, indem er die Meinung verfocht: Stets ist die Arbeit dem Kapital untertan! Nur daß der Marxismus für sich daraus die Folgerung zog, daß eben das Kapital darum enteignet werden müsse.

Es gibt nur *einen* Arbeitgeber, *einen*, der darüber verfügt, ob das Volk arbeitet oder nicht, und das ist das Volk selbst, das politisch geeinte, eifersüchtig über seiner Freiheit und seiner Würde wachende Volk. Und so gibt es auch nur einen Arbeitgeber für jeden einzelnen Volksgenossen, sei es nun, daß man danach fragt, für wen eigentlich die Verbrauchsgüter geschaffen werden, sei es, daß man fragt, wer eigentlich die Bildung von Werksanlagen und Produktionsstätten aller Art in Auftrag gibt, sei es auch, daß man nach dem Auftraggeber für die höchsten Kulturleistungen fragt: Eben das Volk. Wenn das Volk sich seines Rechtes und seiner Kraft, allen seinen Volksgenossen Arbeit zu geben, nicht bewußt ist, dann ist alles andere „Arbeitgebertum" nichts als hohle Redensart und Hochstapelei und schließlich Ausbeutung.

So ist die nationalsozialistische Revolution als politische Befreiungs- und Einigungs-Tat des deutschen Volkes gleichzeitig die große und entscheidende sozialistische Revolution gewesen. Sie verwirklichte schon im ersten Augenblick ihren Namen: „Nationalsozialismus", denn sie schuf mit dem Recht, der Freiheit und der Ehre der Nation auch gleichzeitig Recht, Freiheit und Ehre aller Volksgenossen.

Mit dem Recht auf Arbeit wurde der deutsche Arbeiter aus dem Proletariat, aus der Entrechtung und Entwürdigung befreit. Mit dem Recht auf Arbeit hatte das deutsche Volk erklärt, daß keiner seiner Volksgenossen jemals noch in seiner Arbeit und in seinem Leben von jemandem anderen abhängig sein dürfe als vom Willen des deutschen Volkes selbst. Damit waren alle Volksgenossen zu Gliedern gleichen Rechtes und gleicher Pflichten erklärt, und die fortschreitende Auswirkung des Rechtes auf Arbeit machte jedem einzelnen, wo er auch früher gestanden hatte, klar, daß niemals mehr im deutschen Volk Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern immer nur gleichberechtigte und gleichverpflichtete *Arbeitsbeauftragte des Volkes* einander gegenüberstehen.

Zum erstenmal konnte der Deutsche wieder empfinden, daß es ein gleichberechtigter, kein unterworfener

und auch kein überlegener Volksgenosse ist, mit dem er über eine Leistung oder über einen Arbeitsplatz und seine Bedingungen verhandelt. Und zum erstenmal in der Geschichte der modernen Industrie findet sich nunmehr auch das Volk in der Lage, eine wirkliche *Wirtschaft* zu treiben.

Denn gerade einem der gemeinsten Lehrsätze des Kapitalismus und des Marxismus haben wir einen leidenschaftlichen und siegreichen Widerspruch entgegengesetzt: Der Lehre, daß die gesellschaftlichen Beziehungen von den wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt würden. *Das Leben eines Volkes wird nicht von seinen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt, sondern von den Eigenschaften, die ihm der Schöpfer mit auf seinen Weg durch die Jahrtausende gegeben hat, von denjenigen unverlierbaren Wesenszügen, die es von allen anderen unterscheiden* und die es daher nur dann aufgeben kann, wenn es sich selbst, seine Pflicht zum Leben und den vom Schöpfer erhaltenen Auftrag aufgibt. Das deutsche Volk aber wird, solange es deutsch sein will, bestimmt sein von den Eigenschaften und Kräften der Treue, des Pflichtbewußtseins, der Freiheitsliebe, des Stolzes, der Wahrhaftigkeit und der Ehre. Kein wirtschaftlicher Wohlstand könnte das deutsche Leben erhalten, wenn es dieser Kräfte entraten zu können glaubte. Und nur wenn es aus diesen Kräften sein Leben aufbaut, kann es auch seine Wirtschaft nützlich gestalten. Der Jude Spinoza sagt, daß das gut ist, was nützlich ist. Wir sagen, daß das nützlich ist, was gut ist, und wissen, daß nur das gut sein kann, was der Ehre des deutschen Blutes entspricht.

Unehrenhaft aber wäre es, wenn das deutsche Volk sich auf Gnade und Ungnade einem fremden Arbeitgeber „Weltwirtschaft" oder „Weltkapital" ausliefern würde, und unehrenhaft wäre es, wenn es duldete, daß in seiner Volksgemeinschaft Bevorrechtete und Entrechtete sind. *Eine Volksgemeinschaft kann nur aus Gliedern gleichen Rechtes bestehen, und wo Entrechtete unter Bevorrechteten leben sollen, gibt es keine Gemeinschaft.*

So hat der kühne Ansturm des Nationalsozialismus auf die Arbeitslosigkeit von Millionen unserer Volksgenossen nicht nur die Entrechtung des Kapitalismus und die Haß- und Neidlehre des Marxismus, sondern auch jenen dummen und niedrigen Aberglauben zu Boden geschlagen, der behauptet, die wirtschaftlichen Dinge geschähen außerhalb oder unabhängig von der sittlichen Welt. Bis auf die Knochen blamiert sind diejenigen, die meinten, Ideale seien höchstens so eine Art Blumenstrauß, den man ja einmal am Arbeitsplatz aufstellen könne, der aber schließlich eben doch immer nur *neben* der Arbeit steht. Die ideale Forderung nach dem Recht auf Arbeit für Volk und Volksgenossen hat es fertiggebracht, daß das Volk nunmehr auch wieder richtig zu rechnen gelernt und eingesehen hat, daß wirtschaftliche Blüte nur dann entstehen und bestehen kann, wenn die aus der Kraft des Volkes



Der Lastenträger
Plastik am neuen Verwaltungsgebäude der Reichsbahn-Güterabfertigung in Berlin – Spreeufer (Bildhauer Kupsch).

hervorgegangene und jedem einzelnen zugeteilte Arbeitskraft auch voll eingesetzt wird.

Wenn es schon Pflicht ist, zu arbeiten, dann ist es zu allererst ein Verbrechen, jemanden an der Arbeit, d. h. an seiner Pflichterfüllung zu hindern. So fordert auch Punkt 10 des Programms das Recht auf

Arbeit. Wenn es aber möglich sein soll, zu wirtschaften, so muß eben vorher gearbeitet werden, und nur die ganze Gedankenlosigkeit und Verblendung der Vergangenheit konnte auf den Gedanken kommen, daß es jemals eine echte Blüte der Volkswirtschaft geben könne, wenn innerhalb dieser Volkswirtschaft Arbeitslose am Arbeitsertrag des Volkes zu zehren gezwungen sind, ohne an der Arbeitsleistung ihres Volkes teilnehmen zu dürfen.

Je mehr gearbeitet wird, desto mehr ist da. Und je mehr da ist, desto mehr kann auch verteilt werden. So sichert das Recht auf Arbeit, das jedem Volksgenossen die Entfaltung seiner Leistungsfähigkeit verschafft, auch gleichzeitig den größten Arbeitsertrag des Volkes und seinen höchsten wirtschaftlichen Wohlstand. Selbst wenn wir also einmal vergäßen, daß unsere Ehre und die Würde unseres Volkes fordert, das Recht auf Arbeit aufrechtzuerhalten und notfalls gegen jeden mit den schärfsten Mitteln zu verteidigen, müßten wir schon aus nüchternster wirtschaftlicher Überlegung daran festhalten.

Damit ergibt sich für jeden Arbeitsbeauftragten des Volkes, sei er Bauer oder Beamter, sei er Unternehmer oder Arbeiter, schaffe er, wo er wolle, aus dem Recht auf Arbeit die Sicherheit, daß er auch stets eine Anwendung seiner Fähigkeit und Tüchtigkeit findet. Und wir sehen heute schon, wie diese Forderung nach Arbeitskräften uns eine Auslese unter den Volksgenossen auferlegt, die dem Tüchtigen eine immer bessere Aussicht eröffnet. Der Kapitalismus rechnete mit einem gewissen Bestand überzähliger Arbeitskräfte und glaubte, daß dies Naturgesetz sei. Der Sozialismus des freien deutschen Volkes ruft mit dem Recht auf Arbeit stets nach Arbeitern. Die Aufgaben, die der Führer seinem Volk stellt und die das deutsche Volk in seiner politischen Führung immer wieder neu stellen wird, schaffen eine stete Nachfrage nach Arbeitskräften. Sie halten für jeden jungen Volksgenossen, der in die Arbeitsgemeinschaft des Volkes einzutreten befähigt ist, Arbeitsplätze frei. Sie rufen nach Arbeitern, und niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Kinder in eine „wirtschaftliche Krise" hineinwachsen, in der sie dann, wenn sie mit Hingabe und Opfern aufgezogen sind, als überflüssige Proletarier recht- und arbeitslos herumgestoßen werden. Das Volk darf sich wieder seiner Kinder freuen. Es darf seine Lebenskraft froh zur Auswirkung bringen. Denn es ist auch entschlossen, für alle Zukunft für den Raum zu sorgen, der allen seinen Volksgenossen Brot und Arbeit sichert.

Das Recht auf Arbeit ist ein nationales Recht, das das deutsche Volk unter den Völkern für sich in Anspruch nimmt und für das es sich den nötigen Raum schafft. Es ist ein sozialistisches Recht, das jedem Volksgenossen den Raum für seine Kraft, sein Leben und seinen Zukunftswillen gewährt. Es ist ein Recht, das das deutsche Volk für seine Volksgenossen erkämpft hat und zu verteidigen gerüstet ist.

Es ist kein allgemeines Menschenrecht, das das deutsche Volk verpflichtet wäre, jedem zu gewähren, der zufällig sich in seinen Grenzen aufhält. Daher fordert der Punkt 7 des Programms ausdrücklich: „daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen", d. h. wer nicht Volksgenosse ist, nimmt an diesem Recht auf Arbeit nicht teil. Er kann zugelassen werden. Er darf die Genehmigung erhalten, im Raum des deutschen Volkes sein Leben zuzubringen und für seine Lebenserhaltung zu schaffen. Aber an dem Recht des deutschen Volkes hat er keinen Anteil.

Dagegen greift das Recht auf Arbeit des deutschen Volkes als Rechtsbewußtsein und Lebensforderung schon über die Grenzen hinaus. Entrechtete Volksgenossen finden im Reich Arbeit, die ihnen anderswo verweigert wird, und der Glaube an das Recht auf Arbeit des deutschen Volkes und das in der Kraft des Volkes gesicherte Recht des Volksgenossen wirbt mit dem Bewußtsein der unverlierbaren Volksgemeinschaft für die große Einheit aller Deutschen, die in einer heute den meisten unvorstellbaren Gestalt verwirklicht werden wird.

Und wenn eine nationale Revolution geeignet ist, eines Tages mit den unwiderleglichen sittlichen Forderungen eines neuen Rechtes und eines neuen Glaubens eine bessere Welt zu schaffen, so ist es die nationalsozialistische mit dem Recht auf Arbeit.



Schuhmacherwerkstatt (aus einer Handschrift vom Ende des 16. Jahrh. Germ. Museum)

Bernhard van Oterendorp:

Arbeitsführung statt planlose Wirtschaft

Im geschichtlichen Ablauf gesehen war es nur eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne, da die „klassischen Lehren" der nationalökonomischen Wissenschaft der Wirtschaft Ziel und Richtung zu geben versuchten. Nie hat es dagegen eine Zeit gegeben, in der die Wirtschaft als Einheit vollkommen dem Automatismus, der Selbstregulierung, der Eigengesetzlichkeit überlassen wurde. Immer bewegte sie sich in Grenzen und Bindungen, mögen sie sich hier und da auch vereinzelt wenig bemerkbar gemacht haben. Die nicht zutreffende Redeweise von einer ganz und gar „freien" Wirtschaft wird uns heute höchstens noch von unentwegten Verfechtern eines (nicht vorhandenen) demokratischen Ideals vorgeredet, die in ihrem blinden Haß gegen autoritäre Staats- und Wirtschaftsführung recht weitherzig mit geschichtlichen Fälschungen umgehen.

Krisentheoretiker ohne Zahl

Die besonders in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit großer zeitlicher Regelmäßigkeit auftretenden Wirtschaftskrisen (z. B. in dem damals stabilsten Industrie- und Handelsstaat England in den Jahren 1825, 1836, 1847, 1857) haben denkende Köpfe schon frühzeitig veranlaßt, den Krisenursachen nachzugehen, um ihre Wirkungen abzustellen bzw. abzuschwächen. Leider waren es stets reine Theoretiker oder Wirtschaftler, die sich um neue Erkenntnisse bemühten, nicht dagegen Politiker. Das Ergebnis aller Forschungsarbeiten war aber auch mehr als kläglich, und dieser Tatsache ist es wohl zuzuschreiben, daß die nationalökonomische Wissenschaft in weiten Kreisen der öffentlichen Meinung arg in Verruf geraten ist.

Es wurden Überproduktions- und Unterkonsumtionstheorien aufgestellt; andere betrachteten die Verschiebung der normalen Verhältnisse zwischen den einzelnen Produktionszweigen und verkündeten so ihre Disproportionalitätstheorien. Um sich an einige Verfasser zu halten: Der englische Nationalökonom Malthus sah den Grund aller Krisen in einer allgemeinen Überproduktion und einer einseitigen Kapitalanhäufung. Sismondi, Owen und Rodbertus betrachteten den Grund allen Übels in einer falschen Einkommensverteilung. Andere machten die stürmisch fortschreitende Technik dafür verantwortlich, daß die Fiktion einer „im Gleichgewicht befindlichen" Volkswirtschaft nicht in die Tat umgesetzt werden könnte. Jevons und Moore sahen in den schwankenden Welternteerträgen, die „Currency-Schule" in der nicht richtig abgestimmten Geld-Gütermenge die hauptsächlichsten Krisengründe. (Im Heft 7 des 4. Jahrgangs vom Juli 1937 haben wir uns eingehender mit den Krisentheoretikern auseinandergesetzt.)

Zum Erstaunen der Wissenschaftler aller Länder (und ebenso der Praktiker) hat der Nationalsozialismus, als er vor der Aufgabe stand, unmittelbar nach der Machtübernahme wirkungsvoll gegen die größte deutsche Wirtschaftskrise anzukämpfen und das Erbe einer unseligen und unfähigen Systemzeit für immer zu vernichten, auf keine einzige der tiefgründigen Krisentheorien zurückgegriffen, sich überhaupt nicht um theoretische Auseinandersetzungen gekümmert, sondern als Bewegung der Tat sich an einfachste Grundwahrheiten gehalten und darauf sein Handeln abgestellt. Nur einige wenige Leitsätze hat der Nationalsozialismus herausgestellt, diese allerdings mit eiserner Konsequenz durchgeführt und so zum Erstaunen der Welt einen Wirtschaftsaufschwung eingeleitet, der jenseits unserer Grenzen nur mystisch als „Wunder" begriffen wird.

Aber man sollte drüben nicht vergessen, daß „vor den Erfolg die Götter den Schweiß gestellt haben" und diese Erfahrungstatsache ist auch dem Nationalsozialismus nicht erspart geblieben. Für uns ist die Wirtschaftspolitik ein Teil der Gesamtpolitik und unsere Wirtschaft ist deshalb eine politisch geführte Wirtschaft, deren Grundlage und magnetisches Kraftfeld das Volk ist. Die Politik bestimmt das Wirtschaftsziel, nicht die Wirtschaftstheorie. Grundlage jeder Volkswirtschaft sind das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Leistung. Dieses Recht auf Arbeit für den einzelnen Volksgenossen und das Recht des Volkes auf Leistung bilden eine unteilbare Einheit. Werden diese Erkenntnisse verwirklicht, so ist die Wirtschaft für uns lediglich noch ein Organisationsproblem.

Halbe Maßnahmen — unzulängliche Wirkungen

Diese wenigen Grundweisheiten lassen erkennen, daß für den Nationalsozialismus Wirtschaft und Arbeit ein Begriff sind. Man sollte nun meinen, daß diese Erkenntnisse ohne weiteres auch auf andere Volkswirtschaften zu übertragen wären; unter einer, allerdings der wichtigsten Voraussetzung sind sie es auch, nämlich bei Wahrung des unbedingten Vorrangs der politischen Führung. Was bei uns in Deutschland aus verstandesmäßiger und politisch-instinktiver naturbedingter Erkenntnis zugleich wuchs, nämlich der grundsätzliche Wandel wirtschaftspolitischer Führungsaufgaben, gebar die Not bei den „Demokratien", allerdings mit weniger wirksamen Abwandlungen. Weniger wirksam deshalb, weil auf der anderen Seite der Mut und der politische Wille zur restlosen Folgerichtigkeit, der unbeugsame Drang zum entschlossenen Bruch mit der Vergangenheit, fehlte. Unsere klare wirtschaftspolitische Führung blieb in anderen Ländern im Experiment, im Abtasten neuer Möglichkeiten hängen, und nach einem Naturgesetz gebar das Halbe nur unzulängliche Wirkungen. Solange die demokratisch-liberalistische Meinung

vorherrscht, daß die Wirtschaft ein „Ding an sich" ist, daß sie ihre „Eigengesetzlichkeiten" hat, daß die Politik der Wirtschaft nicht dreinzureden hat, solange werden auf die Dauer alle Ankurbelungsversuche in Anfangserfolgen steckenbleiben, und selbst diese in der nächsten Weltkrise zunichte gemacht werden.

Immerhin kann die Welt sich nicht länger der tausendfältig zahlenmäßig zu belegenden Tatsache verschließen, daß die deutsche Wirtschaftspolitik im anhaltenden Aufstieg überaus große Erfolge zu verzeichnen hat, daß unsere Wirtschaftspolitik richtig ist, und daß Deutschland sich zumindest von internationalen Krisenrückwirkungen freigemacht hat. Langsam aber sicher gelangen auch andere Völker wieder zu der Erkenntnis, daß die Arbeit das Fundament der Wirtschaft und daß ein Volk so reich ist, wie es zu gestalten und die Arbeit zu organisieren vermag. In mehr oder minder starker Anlehnung an das deutsche Vorgehen geht man jetzt auch im Auslande daran, der Wirtschaft Richtung und Gehalt zu geben, sie zu lenken und planmäßig zu steuern. Im nachfolgenden soll untersucht werden, welche Methoden dabei Anwendung finden, mit welchen Erfolgen man aufwarten kann bzw. wie sehr man in Experimenten steckengeblieben ist.

Wehr und Rüstung greifen ein

Wir betonten bereits anfangs, daß die nicht autoritär geführten Staaten in stärkerem Maße zur Wirtschaftsplanung und -lenkung übergingen infolge der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Not. Im mindestens gleichen Ausmaße wurde diese Tendenz durch wehrwirtschaftliche Erwägungen hervorgerufen. Auch hier erkennt man immer mehr die Totalität und Allgemeingültigkeit der deutschen Grundansichten an, denn nach unserer Meinung muß die Volkswirtschaft, weil sie eine Lebensäußerung des Volkes ist, immer zugleich Wehrwirtschaft sein. Professor Hunke stellt eindeutig fest, daß „Friedenswirtschaft auch immer Wehrwirtschaft sein muß, oder sie ist keine wahre Volkswirtschaft". So sehen wir in fast allen Ländern der Erde, wie letzten Endes alle wirtschaftlichen Maßnahmen und Anordnungen von wehrwirtschaftlichen Erwägungen beeinflußt werden. Die Aufrüstung innerhalb der einzelnen Nationalwirtschaften ist nicht nur ein konjunkturpolitisches Moment, sondern die gesamte Wirtschaft bis in ihre „zivilsten Ecken" wird bereits in Friedenszeiten durch die Kriegswirtschaft bestimmt. Dies ist durchaus keine neuere Erkenntnis, wie aus einer Feststellung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt hervorgeht, der bereits während des Weltkrieges die Feststellung traf: „In dem Sinne, in dem wir an Armeen zu denken gewohnt sind, gibt es in diesem Kriege keine Armee. Ganze Nationen sind es, die bewaffnet sind. Es bilden die Männer, die zu Hause bleiben, um den Boden zu bestellen und die Werkstätten zu bemannen, nicht weniger einen Teil der Armee, als die Soldaten unter der Fahne. Es ist nicht eine Armee, die wir bilden und für den Krieg schulen müssen, es ist eine Nation."

Autoritäre Staaten

Am stärksten äußert sich die enge Verbindung und Verflechtung zwischen Friedens- und Wehrwirtschaft bei den autoritär geführten Staaten. Sie zeigt sich am deutlichsten bei den beiden Nationen, die in letzter Zeit kriegerische Aktionen zu bestehen hatten, bzw. noch in ihnen stehen: Italien und Japan. Schon vor dem Abessinienfeldzug war die italienische Wirtschaft entsprechend organisiert und planvoll gelenkt. Die gesamte italienische Wirtschaft befindet sich nach den erfolgreich abgewehrten Sanktionen in latentem Kriegszustande. Alle Kräfte des Landes unterstehen einer dauernden Mobilisierung für den Ernstfall. Für Italien ist die wirtschaftliche Autarkie die unbedingte Voraussetzung für die Sicherstellung von Leben, Zukunft und Macht des Imperiums (Mussolini). Es würde hier zu weit führen, sämtliche italienischen Gesetze und Maßnahmen aufzuzählen, die in Italien verkündet wurden, um die Wirtschaftskraft seines Landes und seiner Menschen unter ständiger Betonung des Primats der Arbeit bis aufs höchste zu steigern.

Nicht minder einschneidend sind die zahlreichen Gesetze, die Japan erlassen hat, um in jeder Hinsicht für den Krieg in China wehrwirtschaftlich gerüstet zu sein. Japans Wirtschaft steht schlechthin unter Kriegsrecht, und der Regierung ist es trotz parlamentarischer Widerstände gelungen, auf allen Gebieten wirtschaftlicher Betätigung ihr Kontrollrecht durchzusetzen. Dies gilt sowohl für die unmittelbaren Rüstungsbetriebe, für die Kontrolle des Kapitalmarktes und des Außenhandels, als auch für das Verkehrswesen und die Energiewirtschaft. Weitgehende Eingriffe sichern die Rohstoffversorgung und die immer stärkere Ausnutzung der heimischen Wirtschaftskräfte. Ein wehrwirtschaftlich ausgerichteter zweiter Fünfjahresplan soll die Industrie einer lückenlosen Staatskontrolle unterwerfen, die auf eine zentrale Lenkung der gesamten Produktion abzielt. Man darf sicher sein, daß trotz mancher Gegenströmungen der finanz-kapitalistisch orientierten Riesenkonzerne und der für Japan typischen Kartellverflechtungen die Oberaufsicht des Staates über die Wirtschaft auch nach siegreicher Beendigung des Chinakrieges nichts an Intensität einbüßen wird.

England paßt sich an ...

Von den „demokratisch" regierten Ländern fällt es England am schwersten, sich auf die neuen Zeiterfordernisse einzustellen. In dem Ursprungsland des Freihandels ist die überlieferte Ideologie der „freien" Wirtschaft in dem Bewußtsein der Öffentlichkeit noch so stark wirksam, daß es der Regierung außerordentlich schwer fällt, die Einmischung des Staates in die Wirtschaft den Massen populär zu machen, sie ihrem Verständnis näherzubringen. Die Regierung tut alles, um dem Volk den Glauben an seine (angeblichen) individualistischen Freiheiten zu lassen, wobei sie sich jedoch, besonders in wehrwirtschaftlicher Hinsicht, nicht

Die Lebenshaltungskosten in der Welt

Indexziffern der Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise wichtiger Nahrungsmittel in einigen Ländern	Deutsches Reich[1])				Frankreich (Paris)				Großbritannien[3]) (630 Gemeinden)				Ver. Staaten v. Amerika[4]) (51 Gemeinden)			
	Dezember				Dezember[2])				Dezember				Dezember[13])			
	1934	1935	1936	1937	1934	1935	1936	1937	1934	1935	1936	1937	1934	1935	1936	1937
Indexziffern	1913/14 = 100				1. Halbjahr 1914 = 100				Juli 1914 = 100				Juli 1914 = 100			
Lebenshaltung	122,2	123,4	124,3	124,8	504	478	540	658	143	147	151	159	132,7	138,7	142,3	146,4
Ernährung	119,1	120,9	121,0	121,1	516	481	362	684	125	131	136	145	118,0	130,0	131,4	130,9
Wohnung	121,2	121,3	121,3	121,3	375	363	363	.	156	158	159	159	114,8	126,1	140,5	152,4
Heizung und Beleuchtung	127,5	126,9	126,8	125,9	595	551	585	.	172,5	175,0	177,5	182,5	152,1	150,7	150,4	149,6
Bekleidung	116,1	118,4	124,2	127,9	490	483	551	.	187,5	185,0	192,5	210,0	131,9	127,4	126,5	132,6
Verschiedenes	140,4	141,0	141,7	142,4	580	575	587		172,5	170,0	170,0	175,0	157,8	158,5	160,3	164,5
Einzelhandelspreise	RM. je kg[5])				Francs je kg				Pence je lb[6])				Cents je lb[7])			
Weizenmehl	0,49	0,49	0,49	0,51	2,85	.	.	.	12,50	13,25	15,25	16,25	5,1	5,4	4,9	4,7
Weißbrot[8])	0,33	0,33	0,33	0,33	1,88	1,60	2,20	2,60	7,75	8,25	9,00	9,50	8,3	8,6	8,2	8,9
Rindfleisch[9])	1,51	1,63	1,69	1,70	7,60	7,50	9,15	11,40	13,75	13,50	13,50	14,50	16,9	23,8	23,2	28,3
Schweinefleisch[10])	1,60	1,60	1,60	1,60	9,35	9,90	13,20	16,50	13,75	13,50	14,50	15,25	24,1	34,8	31,4	37,2
Hammelfleisch (Brust)	1,85	2,40	2,35	2,18	5,10	5,35	6,60	9,20	7,50	7,25	7,50	8,00	—	—	—	—
Butter[11]), frisch	3,10	3,20	3,12	3,13	20,60	22,65	21,75	31,65	13,75	15,25	15,25	17,50	35,3	40,1	40,0	42,3
Milch, 1 l	0,24	0,24	0,24	0,24	1,40	1,25	1,52	1,96	6,50	6,75	6,75	7,00	11,7	11,6	12,2	12,7
Eier, je 12 Stück[12])	0,12	0,11	0,12	0,12	11,15	11,65	12,95	15,85	2,00	2,25	2,00	2,25	38,5	41,7	44,7	42,1
Schmalz, inländisch	2,23	2,09	2,08	2,08	5,20	6,00	10,45	12,95	—	—	—	—	15,4	19,3	16,8	17,1
Zucker	0,75	0,75	0,75	0,74	3,55	3,30	3,95	4,90	2,25	2,25	2,25	2,50	5,6	5,8	5,5	5,8
Kartoffeln	0,39	0,39	0,38	0,38	0,97	0,79	1,06	1,14	5,75	7,00	7,25	6,25	1,7	2,3	3,2	1.9

[1]) Einzelhandelspreise für Berlin. — [2]) Bei den Indexziffern jeweils für das 4. Vierteljahr. — [3]) Die amtlich auf den Monatsanfang berechneten Indexziffern und Einzelhandelspreise sind jeweils für das Ende des Vormonats eingesetzt. — [4]) Die Indexziffern sind vom National Industrial Conference Board berechnet, ausgenommen die Gruppe Ernährung, die vom Bureau of Labor Statistics auf der Basis 1913 = 100 berechnet ist. Die Einzelhandelspreise werden vom Bureau of Labor Statistics erhoben (Durchschnitt aus 2 bzw. 3 Stichtagen) ab Juli 1936 Monatsmitte. — [5]) Kartoffeln 5 kg. — [6]) Weizenmehl 7 lbs, Weißbrot 4 lbs, Kartoffeln 7 lbs, Milch 1 qt. — [7]) Milch 1 qt. — [8]) Deutsches Reich (Berlin) ortsübliches Roggenbrot. — [9]) Deutsches Reich, Italien und Frankreich: Suppenfleisch; Großbritannien: Rippen; Vereinigte Staaten von Amerika: Schulter. — [10]) Deutsches Reich: Bauchfleisch; Frankreich: Rücken; Großbritannien: durchwachsener Speck; Vereinigte Staaten von Amerika: Kotelette. — [11]) Deutsches Reich: Dezember 1934, 1936, 1937 feine Molkereibutter, Dezember 1935 Markenbutter; Italien: Naturbutter. — [12]) Deutsches Reich (Berlin) und Großbritannien je Stück. — [13]) Bei den Einzelhandelspreisen = Oktober. — 1 lbs = 0,453 kg; 1 quart = 1,14 l.

scheut, *dort bestimmend* in die Wirtschaft einzugreifen, wo es *nationale* Notwendigkeiten erfordern. Wir erinnern hier nur an den Aufbau der Schattenindustrien, an die mancherlei Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, zur Auffüllung riesiger Vorratslager, zur Sicherung der Zufahrtswege und die aus strategischen Erwägungen notwendige durchgreifende räumliche Planung für Industrie-, Energie- und Verkehrswesen. Wenn auch nicht betont, so doch im *Tatsächlichen* hat insgesamt gesehen auch England bereits *weitgehend* die liberaten Freihandelsgrundsätze *über Bord geworfen*.

... und Frankreich versagt

Schon seit Jahren ist wohl in keinem anderen Lande die Wirtschaft so bewußt den kriegs- und wehrwirtschaftlichen Belangen des Staates untergeordnet wie in *Frankreich*. Es ist bezeichnend, daß in diesem Lande der Volksfrontregierungen die Militärbehörden diese Tendenz mit Freuden aufgegriffen haben, um die für die Rüstungen so bedeutsamen Betriebe unter ihre Kontrolle zu bringen. Nicht minder einschneidend als das Gesetz zur Nationalisierung der Rüstungsbetriebe vom August 1936 ist die Verfügung vom September 1937 zur Aufteilung der *Arbeitskräfte* zwischen kämpfender Truppe und produzierendem Hinterland. Diese Anordnung stellt „die letzte Stufe in der Vorbereitung der verwaltungsmäßigen, industriellen und wirtschaftlichen Mobilmachung auf dem Gebiet des Personals dar". Die Sicherung des Energie- und Ernährungsbedarfs, sowie die Verlegung wichtiger Kriegsindustrien ins Innere des Landes haben auch in Frankreich einen *weitgehenden Einfluß* der Staatsmacht auf die Wirtschaft zur Folge gehabt. Ein gleiches gilt von der Aufstellung der verschiedenartigsten Sozialreformen, wobei es für die Charakterisierung der planwirtschaftlichen Tendenzen Frankreichs unerheblich ist, daß alle diese Maßnahmen bisher *nicht* konjunkturbelebend, sondern im Gegenteil *wirtschaftshemmend* sich ausgewirkt haben.

USA. fehlt die starke Faust

Die *Vereinigten Staaten von Nordamerika* haben unter ihrem Präsidenten Roosevelt sich am stärksten in „Lenkungsexperimenten" versucht, allerdings mit recht geringem Erfolg. Milliardenbeträge wurden im Verfolg des New-Deal-Kurses und der Fürsorgemaßnahmen für die Landwirtschaft in die Wirtschaft gepumpt; große Arbeitsvorhaben auf dem Baumarkt und dem Sektor der Energiewirtschaft wurden in Angriff genommen, und trotzdem verminderte sich das Heer der Arbeitslosen von rund 10 bis 11 Millionen nicht. Die Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts beleuchteten grell Breite und Tiefe der gegen Roosevelt anstehenden Opposition.

Der „*Anwalt des Volkes*" wird von der Gegenseite als lästiger *Diktator* verschrien und in all seinen planwirtschaftlichen Maßnahmen gehandikapt. Roosevelt droht zur *tragischen wirtschaftspolitischen Figur* zu werden, wenn es ihm nicht gelingt, seinem Bemühen um den „forgotten man" die nötige *politische Durchschlagskraft* gegenüber den Wirtschafts-, Konzern- und Finanzgewaltigen zu geben. Amerika ist weithin sichtbar, ein Beispiel dafür, daß die wirtschaftlichen Reformen von der *politischen Führung nur dann* erfolgreich durchgeführt werden können, wenn sich zu dem Willen des Reformators die starke politische Faust gesellt.

Auch dem Präsidenten Roosevelt ist es noch nicht gelungen, wie in Deutschland eine glückliche *Synthese* zwischen *Kapital und Arbeit* zu finden,

die Einheit zwischen Arbeit und Wirtschaft herzustellen. Die Angst vor weiterem Konjunkturrückgang mit all ihren verheerenden Folgen ist in Amerika ebenso groß wie der Widerstand, den man der Planwirtschaft des Präsidenten entgegensetzt.

Kleine Staaten stehen nicht zurück

Richten wir zum Schluß den Blick noch auf einige kleinere Länder, um darzutun, wie überall in der Welt die politische Führung mit mehr oder minder größerem Erfolge in den Mechanismus der Wirtschaft eingreift. Polen kann man wohl ohne Übertreibung als ein klassisches Land staatlicher Wirtschaftslenkung bezeichnen. Im Sommer 1936 legte der Finanzminister Kwiatkowski im Warschauer Parlament einen Vierjahresplan vor, der bestimmend wurde für die regulierende Oberaufsicht des Staates für die meisten Gebiete wirtschaftlicher Betätigung. Große Summen wurden für die öffentliche Arbeitsbeschaffung, für Investitionen, für den Aufbau neuer Industrien und die Behebung der Bauernnot ausgeworfen. Die Währungs- und Außenhandelswirtschaft unterliegt weitgehend der staatlichen Kontrolle. Der Kern der polnischen Wirtschaftsplanung ist die Schaffung eines neuen Industriegebietes unter dem Namen „Polen C" in Mittelpolen in dem Raum südlich von Warschau mit dem Zentralpunkt Sandomir. Die Verwirklichung dieses Planes wird einen Vereinheitlichungs- und Ausgleichsprozeß einleiten, der die gesamte wirtschaftliche Struktur des Landes, besonders unter wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten, umzuwandeln berufen ist.

Von ähnlicher Wirkung ist für Bulgarien das im August 1936 verkündete neue Industriegesetz, das die Beziehungen zwischen Staat und Industrie regelt. Ohne Zustimmung des Handelsministeriums darf in Bulgarien keine Fabrik errichtet oder erweitert werden. Auch in diesem Lande hat die Staatsmacht erheblichen Einfluß auf Standort und Leistungsfähigkeit des industriell-gewerblichen Sektors einschließlich der Energie- und Landwirtschaft genommen.

Werfen wir jetzt noch einen Blick auf Südamerika, so sehen wir auch hier, wie seit Beendigung des Weltkrieges in allen iberoamerikanischen Ländern sich die Tendenz verstärkt, in der Schaffung starker und unabhängiger Nationalwirtschaften zu einer immer wirkungsvolleren staatlichen Wirtschaftsplanung zu gelangen. Unter teilweiser Zurückdrängung ausländischer Finanzinteressen besinnen sich diese Länder auf ihre nationalwirtschaftlichen Eigenarten. In vielen Ländern, so in Brasilien und Bolivien, bestimmen autoritäre Regierungssysteme auch weitgehend Struktur und Entwicklung der Nationalwirtschaften.

Überall ist man an der Arbeit, die nationalen Wirtschaften beschleunigt auszubauen, die Ausbeutung der heimischen Bodenreichtümer in eigene Regie zu nehmen, und die Wirtschafts- und Handelspolitik nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen und zu leiten. Aber der Erfolg all dieser Versuche wird von dem Maße abhängen, in dem die Höchstform der Einheit von Arbeit und Wirtschaft, wie sie unter dem soldatischen Lebensgesetze des neuen deutschen Menschen Wirklichkeit wurde, erreicht wird.

Hans Koch:

Die Ehren- und Disziplinargerichtsbarkeit der Deutschen Arbeitsfront

Am 11. Januar 1936 hat der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront durch eine Anordnung, die im Amtlichen Nachrichtenblatt der DAF. (Folge 1 vom 11. Januar 1936) erschien, eine Ehren- und Disziplinargerichtsbarkeit für die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront ins Leben gerufen. Diese Anordnung ist das Grundgesetz der Gerichtsbarkeit der DAF.

Die Errichtung dieser Gerichtsbarkeit für die vielen Millionen werktätiger deutscher Männer und Frauen ist, wie so oft, wenn etwas Neues von Bedeutung geschaffen wird, von einer Seite freudig und von anderer Seite mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Aber weder die Stärke der Bejahung noch der Grad der Ablehnung einer eigenen Gerichtsbarkeit für die DAF.-Mitglieder konnte der vernünftige Maßstab dafür sein, ob eine solche Einrichtung Berechtigung hat oder nicht. Letztlich kann die Existenzberechtigung nur aus Leistung abgeleitet werden; und Leistung heißt in diesem Fall an der Bildung einer wirklichen Volksgemeinschaft tatkräftig beitragen.

Der Beitrag der Richter der Deutschen Arbeitsfront darf freilich nicht ausschließlich an der Anzahl der anhängig gewordenen Gerichtssachen gemessen werden, obwohl die Häufigkeit der Inanspruchnahme schon sehr für die Notwendigkeit der DAF.-Gerichte und für das hohe Vertrauen zu dieser Gerichtsbarkeit spricht. Die Öffentlichkeit wird einigermaßen überrascht sein, wenn sie erfährt, daß die Richter der Deutschen Arbeitsfront allein im Jahre 1937 29121 Ehren- und Disziplinarsachen zu bearbeiten hatten. Aber viel stärker als durch die Zahl der Verfahren muß sich die Rechtfertigung aus der Auswirkung der richterlichen Tätigkeit auf das Leben der Volksgemeinschaft ergeben.

In den Grundlagen der DAF.-Gerichtsbarkeit sind die Voraussetzungen und Bedingungen geschaffen worden, daß sich die Tätigkeit der DAF.-Richter segensreich auf das Leben der deutschen Volksgemeinschaft auswirken muß:

Erstens steht die Gerichtsbarkeit der Deutschen Arbeitsfront in engster Verbindung mit der

Partei und Parteigerichtsbarkeit. Die Ehren- und Disziplinarordnung der Deutschen Arbeitsfront wurde vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP., der gemäß der Verordnung des Führers und Reichskanzlers vom 12. November 1934 über die Führung und Organisation der Deutschen Arbeitsfront (§ 4 Abs. 1) diese führt und daher Oberster Gerichtsherr der Deutschen Arbeitsfront ist, im **Einvernehmen mit dem Obersten Parteirichter** erlassen. Außerdem wird der Vorsitzende des Obersten Ehren- und Disziplinarhofes vom Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront ebenfalls im Einvernehmen mit dem Obersten Parteirichter ernannt.

Zweitens ist durch die Verwirklichung des Führergedankens im **personellen Aufbau** der DAF.-Gerichtsbarkeit eine Garantie gegeben, daß die von der Partei geforderte weltanschauliche, politische und rechtliche Linie auch streng eingehalten wird. Die Verantwortung hierfür liegt beim Leiter des Dienstaufsichtsamtes, der die Dienstaufsicht über die sämtlichen Ehren- und Disziplinargerichte ausübt. Ihm obliegt auch die Sorge für die einheitliche Ausrichtung der Rechtsprechung.

Drittens hat der Reichsorganisationsleiter in Anbetracht seiner großen Verantwortung die DAF.-Gerichte organisatorisch (disziplinarisch und verwaltungsmäßig) aus dem Rahmen der Ämter der DAF. herausgehoben und sie zu selbständigen Dienststellen gemacht, die mit dem Obersten Ehren- und Disziplinarhof an der Spitze ihm direkt unterstellt sind; die Veröffentlichung dieser Maßnahme des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. erfolgte am 5. Dezember 1936 im Amtlichen Nachrichtenblatt der DAF. (Anordnung 67/36). Auf diese Weise wird erreicht, daß die **Richter**, welche nur an die Gesetze, an die Dienstanweisungen des Dienstaufsichtsamtes und an ihr Gewissen gebunden sind, **in völliger innerer und äußerer Freiheit** unparteiisch ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben können.

Viertens sind sämtliche haupt- und ehrenamtlichen Richter der Deutschen Arbeitsfront bewährte, zum großen Teil sehr alte Mitglieder der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen, die das nötige weltanschauliche und politische Rüstzeug für ein nationalsozialistisches Richteramt mitbringen. Außerdem handelt es sich bei allen DAF.-Richtern um Männer, die **Lebenserfahrung, gute Menschenkenntnis, einen sauberen Charakter** und die geistige Gewandtheit besitzen, um den Weg zu einer nach menschlichem Ermessen richtigen Entscheidung zu finden; als Sicherheitsfaktoren sind das Beschwerderecht gegen Beschlüsse, das Berufungsrecht gegen Urteile der Ehren- und Disziplinargerichte und die Revision von Amts wegen anzusehen. Alltäglich wird also in den Verhandlungen durch den Mund der DAF.-Richter nationalsozialistische Weltanschauung, nationalsozialistische Ehr- und Disziplinauffassung an diejenigen herangetragen, die einer Wachrüttelung, einer Ermahnung, einer Strafe, mit anderen Worten eben



Der Töpfer (16. Jahrh.)

eines persönlichen erzieherischen Einflusses am stärksten bedürfen.

Fünftens schließlich war **die Errichtung der Gerichte der Deutschen Arbeitsfront die konsequente Schlußfolgerung aus einem geschichtlichen Entwicklungsprozeß unseres Sozial- und Rechtslebens.** Wie die verschiedenen im Klassenkampfgedanken wurzelnden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verschwunden sind und das schaffende deutsche Volk nunmehr in der Deutschen Arbeitsfront als umfassende soziale Gemeinschaft seine natürliche sozialpolitische Organisation findet, so muß jetzt auch immer mehr an die Stelle des strengen geistigen Eigenlebens von Gruppen und Grüppchen die geistige Verbundenheit, das Glaubensbekenntnis zur Gemeinschaft, treten. War die sozialpolitische Entwicklung bis 1933 gekennzeichnet durch Partikularismus, d. h. durch eine allgemeine soziale Auflösung, so liegt der Grundzug der heutigen sozialpolitischen Entwicklung in dem Streben nach Stärkung der sozialen Gemeinschaft. Die Elemente einer sozialen Haltung, wie Ehre, Treue, Gehorsam, Autorität, Kameradschaftlichkeit und Fürsorge, treten in der modernen sozialpolitischen Entwicklung in den Vordergrund des sozialen Lebens; dagegen sinken die charakteristischen Begleiterscheinungen der sozialen Auflösung und des sozialen Partikularismus, wie Neid, Materialismus, Klassenkampf und Standesdünkel, in ein Nichts zusammen. Es geht bei den erstgenannten Elementen nicht um unter gesetzlichen Schutz zu stellende Rechtsgüter, sondern um **wesentliche Merkmale nationalsozialistischer Haltung.** Gerade in dem Umstand, daß die DAF.-Richter nicht soziale Rechtsgüter konstruieren und schützen, sondern der sozialen Haltung des Volksgenossen in der großen deutschen Volks- und Leistungsgemeinschaft eine nationalsozialistische Prägung geben wollen, liegt, historisch gesehen, die unbedingte Zwangsläufigkeit der

Errichtung von DAF.-Gerichten und die innere Berechtigung für ihr Wirken.

Gerichte dieser Art hat es bisher noch nicht gegeben, weil sie überhaupt nur aus nationalsozialistischer Weltanschauung heraus denkbar sind. Diejenigen Gerichte, die schon in der liberalistischen Ära den Schutz der Ehre als eine ihrer Aufgaben ansahen, waren entweder Standesehrengerichte, die einen ausgesprochen partikularistischen Charakter hatten und dem Ehrbegriff auch nur eine partikularistische Deutung gaben, oder es waren zwar dem Gemeinwohl dienende staatliche Gerichte, die aber die Ehre als „variables" und „herumvagierendes" materielles Rechtsgut betrachteten. Die Ehre ist kein materielles Gut. Der Oberste Parteirichter Major Buch hat sich in einer am 5. Juli 1936 gehaltenen Rede im gleichen Sinne geäußert: **„Geld ist das untauglichste Mittel zur Wiederherstellung gekränkter Ehre. Die Ehre ist ausschließlich im Blut verhaftet und nicht im Geldsack."**

Die DAF.-Gerichte sind Volksgerichte, die von der Gemeinschaft aller werktätigen Deutschen getragen werden, die nicht für die Unternehmer oder die Gefolgschaften wirken, sondern für das werktätige deutsche Volk, und die nicht ein undefinierbares abstraktes Rechtsgut schützen, sondern die soziale Haltung des Volksgenossen gegenüber seinen Mitmenschen fördern.

Ernst Schaar:

Juden im Einzelhandel

Nach der Säuberung des öffentlichen Dienstes und der anderen behördlichen und behördenähnlichen Stellen vom Judentum seit der Machtübernahme setzte ein steigender Andrang von Juden zu den ihnen noch offenstehenden Berufen, insbesondere zum Handel in allen seinen Zweigen, ein. So mehrte sich auch der Andrang zum Einzelhandel. Hier war seit 1933 mit dem Einzelhandelsschutzgesetz vom 12. 5. 1933 eine Sperre für den Zugang zum Beruf als Einzelhändler allgemein erst geschaffen worden.

Wer eine Verkaufsstelle neu errichten, eine bestehende Verkaufsstelle übernehmen, in Einzelfällen sein Geschäft erweitern oder verlegen will, erhält die Erlaubnis vom Landrat bzw. Oberbürgermeister (in erster Instanz, in der Beschwerdeinstanz vom Regierungspräsidenten, in Berlin von der staatlichen Landesbehörde, dem Stadtpräsidenten) nur dann, wenn ein Bedürfnis für diese Verkaufsstelle gegeben ist, er die Sachkunde nachweisen kann und keine außerordentliche Übersetzung dieses Handelszweiges vorliegt. Vor allem ist außerdem seine persönliche Zuverlässigkeit Voraussetzung für die Zulassung; dies ist bei jüdischen Antragstellern eine der stets am sorgfältigsten zu prüfenden Voraussetzungen für ihre Zulassung. Sie dürfte von den zulassenden Behörden meist grundsätzlich schon wegen der Abstammung zu verneinen sein, sobald ein Jude zum Einzelhandel zugelassen werden will.

Dieser Verwaltungsgrundsatz findet seine Ergänzung und Bestätigung in den neuesten Verordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan. Die Verordnung vom 22. 4. 1938 (RGBl. I, S. 404) verbietet deutschen Staatsangehörigen bei Zuchthausstrafe, aus eigennützigem Beweggrunde zu helfen, den jüdischen Charakter eines Gewerbebetriebes zu tarnen oder in getarnter Form für einen Juden im Geschäftsleben aufzutreten. Ein Jude, der gern als Einzelhändler tätig werden möchte, kann also heute nicht mehr einen Volksgenossen als Antragsteller vorschicken und selbst als Geldgeber im Hintergrunde bleiben. Darüber hinaus bedarf jeder Jude, bevor er überhaupt nach dem Einzelhandelsschutzgesetz seine Zulassung beantragen kann, der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde (in Preußen durch den Regierungspräsidenten). Dies ist bestimmt in der späteren Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. 4. 1938, die sich wieder auf dessen Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom gleichen Tage stützt (RGBl. I, S. 414/415).

Wie nötig diese Vorschriften waren, beweisen folgende Zahlen:

Berlin hatte im Jahre 1933 so viel jüdische Bevölkerung, wie sie der Einwohnerzahl einer Großstadt allein, etwa von Wiesbaden mit 160000 Einwohnern, entsprach. Das war ungefähr ein Drittel aller in Deutschland lebenden Juden, von denen z. B. Hamburg nur ein Zehntel beherbergte. Dabei sind in dieser Statistik nur die Glaubensjuden, nicht aber außerdem die getauften, statistisch kaum zu erfassenden Rassejuden berücksichtigt. Diese hohe jüdische Bevölkerungszahl ist seit 1816 (damalige Gesamtbevölkerung Berlins: 223000 mit 3400 Juden) dadurch entstanden, daß die Zahl der Berliner Juden schneller wuchs als die Berliner Gesamtbevölkerung. So hatte sich bis 1890 die Berliner Bevölkerung mit rund 2 Millionen Einwohnern seit 1816 verneunfacht; die jüdische Bevölkerung aber mit fast 83000 um mehr als das 24fache vermehrt. Seinen höchsten Stand erreichte der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Berliner Gesamtbevölkerung im Jahre 1925. Er betrug 4,3 v.H. gegen 4,2 v.H. im Jahre 1890 und nur 1,5 v.H. im Jahre 1816. Mit rund 173000 Personen (Gesamtbevölkerung rund 4 Millionen) erreichte auch die jüdische Bevölkerung im Jahre 1925 ihren höchsten Stand in

Berlin. 95 v. H. der Gesamtzunahme der jüdischen Bevölkerung des ganzen Reiches von 1910 bis 1925 entfielen mit über 28000 Juden allein auf Berlin. Seit 1925 verringert sich die Zahl der Juden in Berlin bis 1933 um rund 12000 oder 7 v. H. Damit hatte Berlin die größte absolute Abnahme an Juden von allen deutschen Großstädten, ohne damit allerdings seine Sonderstellung in der Zahl der jüdischen Einwohner zu verlieren.

Ein wirklich wirkungsvoller Umschwung beginnt erst 1933 nach der Machtübernahme. Zunächst zwar zögernd setzt eine deutliche Abwanderung von Juden aus Berlin ein. So wandern seit dem 1. 2. 1933 bis Mitte 1935 9000 Juden ins Ausland von Berlin ab, weitere 4500 ziehen „auf Reisen" fort. Im Herbst 1935, offenbar als Auswirkung der Nürnberger Gesetze, wird der Abstrom stärker. Bis zum 31. März 1938 wandern seit Mitte 1935 nochmals über 17000 Juden ins Ausland ab, weitere rund 6000 verziehen auf Reisen. Das ergibt eine Gesamtabwanderung seit der Machtübernahme von insgesamt rund 31200 Glaubensjuden aus Berlin ins Ausland, wobei angenommen ist, daß die Hälfte der auf Reisen fortgezogenen Glaubensjuden ebenfalls ins Ausland abströmte. Hinzuzurechnen sind rund 3100 Rassejuden, so daß die jüdische Gesamtabwanderung ins Ausland von Berlin etwa 34300 beträgt. Dem steht allerdings eine Zuwanderung von etwa 10000 Juden vom Ausland nach Berlin seit 1933 gegenüber, bei denen es sich meist um Rückwanderer handeln wird. Der Auswanderungsüberschuß aus Berlin nach dem Ausland ergibt sich seit der Machtübernahme danach mit rund 24300 Juden.

Aufschlußreich ist auch die Verteilung der Juden innerhalb von Berlin. Die Verwaltungsbezirke Charlottenburg und Wilmersdorf haben zeitweise jeder mehr Juden beherbergt als die ganze Stadt Frankfurt a. M. Überraschend ist auch zu wissen, daß der Zuzug von Juden aus dem Ausland, der mit den erwähnten rund 10000 Juden seit 1933 recht erheblich ist, für das Jahr 1937 in der Hauptsache mit 143 Zuwanderern aus Polen, 138 aus der Tschechoslowakei, 130 aus dem ehemaligen Österreich und je rund 80 aus Frankreich und Großbritannien stammt. Sogar aus Palästina zogen 97 Juden nach Berlin zu. Der Gesamtzustrom aus dem Ausland beträgt 1937 rund 1200. Der Abstrom der Juden im Jahre 1937 von Berlin nach dem Ausland fließt mit 531 nach Großbritannien, 362 nach den Niederlanden, 292 nach der Tschechoslowakei, 193 nach dem ehemaligen Österreich, 186 nach Italien, 176 nach Frankreich, 233 nach Polen und 146 nach der Schweiz. Nach Palästina verziehen 704, nach Afrika 127, nach Nordamerika 794, Argentinien 333 und Brasilien 248. Der Gesamtabstrom ins Ausland beträgt rund 5400; zeigt also ein Vielfaches gegenüber dem Zuzug aus dem Ausland. So beträgt auch der monatliche Mehrfortzug von Berlin (nach dem Inland und dem Ausland zusammen) seit dem Jahre 1937 monatlich zwischen 150 bis knapp 300; der höchste Abstrom ist für die jüngste Vergangenheit, den Monat März 1938, mit einem Mehrfortzug von nicht weniger als 541 zu verzeichnen. Der Mehrfortzug strömt überwiegend ins Ausland ab. So verzogen aus Berlin in das Reich im Jahre 1937 nur rund 1800 Juden, gegenüber den obengenannten rund 5400 Auswanderern. Der Austausch mit Wien war bisher außerordentlich gering. Im ersten Vierteljahr 1938 kamen aus Wien nach Berlin 18 Glaubensjuden; aus Berlin zogen nach Wien fort 30 Juden. Immerhin muß darüber gewacht werden, möglichst keine Rückwanderer aus dem ehemaligen Österreich nach Berlin zu bekommen.

Zur Ergänzung dieser genauen statistischen Erfassung der Glaubensjuden hat das Statistische Amt der Stadt Berlin eine Schätzung der Berliner jüdischen Bevölkerung einschließlich der Judenmischlinge unternommen. Ausgangspunkt ist dabei die Gesamtzahl der Übertritte von Juden zur evangelischen und katholischen Kirche sowie zu den Dissidenten und die Zahl der bestehenden Mischehen und deren Nachkommen. Diese Zahlen auf Berlin umgerechnet ergeben für Berlin zu den 145000 Glaubensjuden 40000 Rassevolljuden, die nicht der mosaischen Religion angehören und 60000 Mischlinge. Berlin hat danach an Juden und Judenmischlingen insgesamt etwa 250000.

Bei diesen Zahlen ist es nicht verwunderlich, daß die Zahl der Anträge jüdischer Händler auf Zulassung zum Einzelhandel in den letzten Jahren für Berlin hoch war. So wurden im Jahre 1935 100 jüdische Anträge gestellt, bei denen es sich überwiegend um Neuerrichtungen handeln wird. 1936 steigt die Zahl um mehr als das Doppelte auf 224; ein Zeichen für die Auswirkung der Nürnberger Gesetze, die das Judentum zwingen, Unterkunft in den scheinbar ihnen noch zugänglichen Berufen zu suchen. Die Zahl erhöht sich 1937 — als Zeichen für die fortschreitende Bereinigung anderer Berufe vom Judentum — nochmals und steigt auf 243. Ob für 1938 schon mit einem Absinken zu rechnen ist, ist noch nicht zu übersehen. Die meisten jüdischen Anträge wurden in den Bezirken Berlin-Mitte, Charlottenburg und Wilmersdorf gestellt. Der Bezirk Neukölln weist zwar zahlenmäßig verhältnismäßig wenig Anträge auf, doch ist er noch aus der Zeit vor der Machtübernahme mit jüdischen Geschäften übersetzt.

Soll der Einzelhandel angesichts jener Zahl aber einmal frei von Juden werden, so gehört dazu noch mehr als nur eine sorgfältige Prüfung aller jüdischen Antragsteller auf Zuverlässigkeit und deren Ablehnung. Auf Grund jener Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. April 1938 sind die vordringlichsten Maßnahmen:

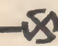
1. Der Einfluß jüdischen Kapitals bei Filialgeschäften bedarf gründlicher Klärung. Dies ist um so schwieriger, wenn die Filiale von einer Kapitalgesellschaft eröffnet werden soll, bei der von vornherein schwer festzustellen ist, wer sich hinter dem Phantasienamen verbirgt. Hier können die Parteistellen für die begutachtende Tätigkeit der

Industrie- und Handelskammer, die heute über den arischen Charakter solcher Unternehmungen zu entscheiden hat, wertvolle Anhaltspunkte übermitteln. Die Beobachtungen der Parteistellen können gleich wertvoll sein, wenn die zulassende Behörde über die

2. Bedürfnisfrage entscheiden soll. Hierzu ist insbesondere bei neu entstehenden Siedlungen, vor allem am Rande einer Großstadt, eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksgenossen gerade dieser Bezirke notwendig. Vor allem mögen die Hoheitsträger bei neu entstehenden Siedlungen darauf achten, daß die kapitalkräftigen Filialgeschäfte sich nicht in neu entstehende Siedlungen schon während der Bauzeit einschleichen. Es kommt vor, daß solche geschäftstüchtigen Filialgeschäfte vorsorglich Anträge stellen, ehe noch überhaupt die Siedlung bezogen ist. Besser als die unpersönliche Filiale irgendeines großen Filialunternehmens wird in neuen Siedlungen mancher verdiente Kämpfer für die Bewegung eine neue Existenz finden können. Diese Möglichkeiten sind heute noch längst nicht voll ausgenutzt. Statt dessen machen sich Filialgeschäfte kein Gewissen daraus, den ohnehin schon knappen Wohnraum, der noch dazu in Siedlungen meist mit öffentlichen Mitteln geschaffen ist, zu verringern, indem sie Siedlungswohnungen zu Läden ausbauen. Für Berlin ist schon seit 1935 dafür gesorgt worden, daß von vornherein eine angemessene Zahl von Läden in Siedlungen entsteht, die dann auch den weniger kapitalkräftigen selbständigen Einzelhändlern zur Verfügung steht. Auch hat sich für Berlin der Gauwirtschaftsberater mit den Kreiswirtschaftsberatern bereit erklärt, den zulassenden Behörden Einzelhändler zu benennen, die in neuen Wohngegenden Geschäfte eröffnen wollen. Hiermit können die Parteistellen viel dazu helfen, die im Parteiprogramm festgelegte

3. Zurückdrängung der Filialgeschäfte zugunsten des kleinen, aber selbständigen Einzelhändlers zu fördern. Dies muß durch unermüdliche Aufklärung der Volksgenossen über den Wert eines krisenfesten kleinen, aber leistungsfähigen und sich seines Wertes bewußten Einzelhändlertums erreicht werden. Dazu gehört allerdings auch Erziehungsarbeit an dem Einzelhändler selbst. Er muß lernen, auch den schwierigen und mäkligen Kunden zuvorkommend und mit Geduld zu bedienen, muß, soweit es sein kleines Kapital erlaubt, sein Lager modern halten und seine Auslagen gefällig auszustatten verstehen. Mancher heute noch sehr selbstzufriedene Einzelhändler könnte durch kameradschaftliche Hinweise der Hoheitsträger zu besserer Leistung angespornt werden. Für die

4. Beurteilung der Zuverlässigkeit bedürfen die zulassenden Behörden vollständiger und vor allem unbedingt hieb- und stichfester Unterlagen. Soll man sich über die wirtschaftliche und politische Zuverlässigkeit eines künftigen Einzelhändlers äußern, so bedarf es dazu sicherer Quellen. Es ist stets zu empfehlen, auch eine direkte Auskunft von dem Antragsteller durch einen Besuch des Blockleiters einholen zu lassen.



Das Programm der NSDAP. wird erfüllt

(Fortsetzung aus der vorigen Folge des Schulungsbriefes, S. 199)

2. Recht auf Arbeit, Sicherung der Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten.

Von der Verwirklichung dieser Ziele zeugen bisher folgende wichtige Maßnahmen und Tatsachen:

1. Mai 1933: Das im Nationalsozialismus geeinte Volk begeht zum ersten Male den 1. Mai als Feiertag der nationalen Arbeit. Verkündung des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch den Führer.

2. Mai 1933: Sicherstellung des Vermögens der Gewerkschaften und deren Übernahme durch die Deutsche Arbeitsfront; damit war der wesentlichste marxistische Störungsherd des deutschen Arbeitslebens beseitigt.

1. Juni 1933: Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, umfassend die fünf Hauptabschnitte:

1. **Arbeitsbeschaffung,**
2. **Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen,**
3. **Freiwillige Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit,**
4. **Überführung weiblicher Kräfte in die Hauswirtschaft,**
5. **Förderung der Eheschließungen (Ehestandsdarlehen).**

27. Juni 1933: Das Gesetz über die Errichtung einer Gesellschaft „Reichsautobahnen" und die Bestellung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen in Verbindung mit der Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer (seit 10. April 1933) für neu zugelassene Kraftfahrzeuge gibt der deutschen Arbeitskraft ungeheure Einsatzmöglichkeiten. Ein riesiger Wirtschaftskreislauf wird mit größtem Erfolg in Gang gesetzt. Gerade die vom Führer mit allem Nachdruck geförderte Motorisierung (man denke hier auch an den kommenden Volkswagen) schafft sowohl riesige Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten als auch gleichzeitig bedeutende kulturelle Werte (z. B. Reichsautobahnen), die ihresgleichen in der Welt suchen.

21. September 1933: Zweites Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit:

1. **Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden,**
2. **Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer,**
3. **Senkung der Umsatzsteuer für die Landwirtschaft,**
4. **Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime,**
5. **Senkung der Grundsteuer für Neu-Hausbesitz und Siedlungen.**

9. Oktober 1933: Das internationale Arbeitsamt in Genf berichtet, daß durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland der bei weitem stärkste Rückgang der Erwerbslosigkeit unter allen Staaten zu verzeichnen ist.

18. Oktober 1933: Bildung eines Außenhandelsrates und Errichtung von Außenhandelsstellen.

21. März 1934: Eröffnung des 2. Abschnitts der Arbeitsschlacht an den Reichsautobahnen durch den Führer.

24. März 1934: Das Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft regelt das Beitragswesen, die Zulassung von Spenden und vereinfacht und senkt die Abgaben zur Arbeitslosenversicherung.

23. März 1934: Das Gesetz über Heimarbeit legt den Grund zu besseren Verhältnissen auf diesem sozial bisher sehr vernachlässigten Gebiete; ergänzt durch das Gesetz über Lohnschutz in der Heimarbeit vom 8. Juni 1934.

15. Mai 1934: Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes, welches vor allem die Wiederzuführung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft ermöglicht.



Vor hundert Jahren, am 8. Juli 1838, wurde Graf **Ferdinand von Zeppelin**, der Erfinder des Starrluftschiffes, geboren (gest. in Charlottenburg am 8. März 1917). Am 2. Juli 1900 stieg das erste Luftschiff LZ 1 auf. In den Weltleistungen unserer Zeppeline verewigten sich Schöpferkraft und Kampf dieses Mannes in der Geschichte unseres Volkes.

10. August 1934: Verordnung über die Verteilung von Arbeitskräften (Arbeitsplatz-Austausch), die namentlich älteren Arbeitslosen zugute kam.

24. September 1934: Der sogenannte „Neue Plan" bringt die notwendige Bindung der Einfuhr an die Ausfuhrmöglichkeiten und verhindert eine etwaige Neuverschuldung unserer Volkswirtschaft.

16. Oktober 1934: Das Steuerreformwerk der Reichsregierung schafft eine Steuerpolitik, die sich restlos in den Dienst der Wirtschaftsbelebung stellt.

26. Februar 1935: Das Reichskabinett verabschiedet das Gesetz über die Einführung des Arbeitsbuches (ab 1. Juni 1935 eingeführt). Es bietet die Möglichkeit, die richtige Arbeitskraft an den richtigen Platz zu bringen.

5. November 1935: Gesetz über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung (Arbeitseinsatz).

Januar 1936: Die deutsche Auslandsverschuldung ist von 27 Milliarden Mitte 1930 auf 13 Milliarden Ende Januar 1936 zurückgegangen.

9. September 1936: Der Führer verkündet auf dem „Reichsparteitag der Ehre" den zweiten Vierjahresplan, der unser Volk in wichtigsten Rohstoffen vom Ausland unabhängig machen wird und neue dauernde Arbeitsmöglichkeiten bringt.

19. Oktober 1936: Göring wird vom Führer mit der Durchführung dieses zweiten Vierjahresplanes beauftragt.

30. Januar 1937: In seiner großen Reichstagsrede stellt der Führer u. a. fest, daß die Volksgemeinschaft nicht von dem angenommenen Wert des Geldes lebe, sondern von der realen Produktion, die dem Gelde erst seinen Wert verleihe. Diese Produktion sei die erste Deckung einer Währung.

24. Juli 1937: Der Beauftragte für den zweiten Vierjahresplan erläßt eine Anordnung zur umfassenden Ausnutzung der bisher vernachlässigten Erzlager und vollzieht die Gründung der „Reichswerke AG. für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring". Ein typisches Beispiel aus den vielen grundlegenden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Befreiung unseres Volkes. Der ganze zweite Vierjahresplan wird nach dem ersten (Arbeitsbeschaffung) die gesamten Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes weiter bedeutend verbessern.

27. Juli 1937: Um den Brotgetreidebedarf des deutschen Volksgenossen auf alle Fälle sicherzustellen, wird jeder Bauer verpflichtet, alles Brotgetreide, das er geerntet hat, abzuliefern. Das tägliche Brot ist gesichert. Die gesamte Marktordnung gewährt eine geregelte Deckung des Bedarfs auch in der übrigen Volksernährung.

Dezember 1937: Das deutsche Volkseinkommen ist von 45 Milliarden im Jahre 1932 auf etwa 68 Milliarden im Jahre 1937 angewachsen.

Januar 1938: Die Spareinlagen sind im Deutschen Reich innerhalb der letzten fünf Jahre von 11,4 auf 16,1 Milliarden gestiegen.

Ein Jahr ist herum, seit der Führer auf Vorschlag des Leiters der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, deutsche Betriebe zu nationalsozialistischen Musterbetrieben erklärte und sie durch die Verleihung der „Goldenen Fahne“ auszeichnete. Was ist inzwischen in den Betrieben geschehen? Hat man sich vielleicht damit begnügt, auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen? Oder ist die mit der Ehrung verbundene hohe Verpflichtung richtig erkannt worden? Der Anreiz zu immer neuer Anstrengung ist an sich ja schon dadurch gegeben, daß die Verleihung des Ehrentitels zeitlich begrenzt ist und immer von neuem der Nachweis des musterhaften Betriebes erbracht werden muß. Wir sind in einen Berliner nationalsozialistischen Musterbetrieb der Maschinenindustrie gegangen und haben mit den Schaffenden an der Drehbank, an der Poliermaschine und auf dem Fabrikhof gesprochen. Was uns der Akkordarbeiter, der Lohnarbeiter, der Betriebsführer und der Betriebsobmann erzählten, sei nachstehend wiedergegeben:

Zuerst sprachen wir mit einem in Akkordlohn stehenden Mechaniker. Auf die Frage, ob er schon einmal über die Bewährung des Gedankens vom nationalsozialistischen Musterbetrieb nachgedacht habe, erklärte er:

„Ich gehöre zu den gutbezahlten Männern des Betriebes. Gleich mir haben eine ganze Anzahl von Arbeitskameraden durch die gute Beschäftigung unseres Werkes einen über dem Durchschnitt liegenden Verdienst. Wir haben aber auch viele Arbeitskameraden, die weit weniger verdienen, weil sie als Lohnarbeiter an der erhöhten Leistung keinen Anteil haben. In einer Mittagspause sprachen wir darüber. Die Tatsache, daß wir in einem Musterbetrieb arbeiten, sehen wir auch für uns als Verpflichtung an. Uns ist die Betriebsgemeinschaft wirklich eine Sache des Herzens, und deshalb haben wir unter uns ausgemacht, daß wir in unserer Abteilung jede Woche einen gewissen Betrag von den „Schwerverdienern“ abzweigten und den Arbeitskameraden zuführten, die viel weniger verdienen. Meines Wissens weiß der Betriebsführer gar nichts davon. Andere Abteilungen aber sind unserem Beispiel gefolgt. Inzwischen hat die Betriebsführung von sich aus eine Neuregelung der Lohnzahlungen eingeführt, wodurch auch die Lohnarbeiter den verdienten Anteil an der erhöhten Produktion haben, aber darüber kann Ihnen am besten ein Arbeitskamerad berichten, der selber davon betroffen wird.“

Ein Transportarbeiter, der gerade herbeikam, wußte über diese neue Lohnregelung folgendes zu sagen:

„Vollkommen unabhängig von der ‚Lohnteilung‘ in den einzelnen Abteilungen hat der Betriebsführer einen Verrechnungsschlüssel geschaffen, wonach auch die Lohnarbeiter prozentual an der steigenden Produktion beteiligt sind. Bei einem Betriebsappell erklärte uns der Betriebsführer, daß er lange überlegt habe, wie er die Lohnarbeiter für die erhöhte Arbeitsleistung entschädigen könne. Denn das sei klar, je mehr und je besser die Akkordarbeiter schaffen, um so mehr müssen auch die Zuträger und sonstigen Hilfsarbeiter gleichfalls arbeiten. Alle Lohnarbeiter des Betriebes, also z. B. auch die Saalfeger, die Tischler, die Rohrleger und die Hofarbeiter, sind prozentual an den erhöhten Akkordlöhnen beteiligt. Wir haben einen Leistungszuschlag von 20 Prozent erhalten und bekommen nunmehr im Durchschnitt sieben Mark in der Woche mehr. Das ist ein Betrag, der für einen Arbeiterhaushalt schon eine ganze Menge ausmacht. In dieser Maßnahme unserer Betriebsführung wurde erneut ein Beweis dafür gesehen, daß auch der Betriebsführer alles tut, um dem Ehrentitel Nationalsozialistischer Musterbetrieb auch für die Zukunft gerecht zu werden.“

Bei einem Rundgang durch die im letzten Jahr vergrößerten Brausebäder des Betriebes fallen besondere Badeanlagen auf. Hier baden die Kriegsbeschädigten, die in diesem Musterbetrieb in höherer Prozentzahl als sonst üblich mit leichteren Arbeiten beschäftigt werden. Ein Kriegsbeschädigter erklärt:

„Ich kann gar nicht sagen, wie sehr wir Kriegsbeschädigten für diese Neueinrichtungen dankbar sind. Als Beinbeschädigter hatte ich es nicht so schwer wie einige meiner Kameraden, die mit künstlichen Armen arbeiten müssen. Sie konnten allein nicht baden, während diese Anlage mit den Füßen durch Hebelauslösung bedient werden kann. Die Wasserauslösung erfolgt nach einem besonderen Patent.“

Wir sind dann noch einmal mit dem Betriebsführer und mit dem Betriebsobmann durch die Werksanlagen und Arbeitsstätten gegangen. Dabei meinte der Betriebsführer:

„Wenn Sie wie ich den Niedergang dieses Betriebes vor 1933 gesehen hätten, würden Sie ganz verstehen können, welche Freude ich empfinde, wenn ich das heutige Bild sehe. Gewiß, ich gebe es gern zu, daß ich mir von Anfang an vorgenommen hatte, alles sozialpolitisch Mögliche in unserem Betrieb durchzusetzen. Ich wußte aber nicht, wie die gesamte Gefolgschaft zu den neuen Dingen stehen würde. Heute weiß ich, daß alle unsere sozialpolitischen Maßnahmen eine erhöhte Arbeitsfreudigkeit und damit eine erhöhte Leistungssteigerung des Gesamtbetriebs herbeigeführt haben. Alles, was Dr. Ley zu diesen Dingen gesagt hat, ist bei uns durch die Praxis bestätigt worden. Der erhöhten Leistung der Gefolgschaft allein verdanken wir es, daß wir auch unseren Export nicht unerheblich steigern konnten. Wir freuen uns natürlich alle über jedes Stück, das wir dem Ausland verkaufen können, weil wir wissen, daß wir dadurch mithelfen, zusätzliche Devisen zu beschaffen.“

Zum Schluß äußerte sich der Betriebsobmann:

„Wir sind uns alle von Anfang an darüber klar gewesen, daß die Sache des Musterbetriebes keine Angelegenheit des Geldes, sondern eine Angelegenheit der Haltung der gesamten Betriebsgemeinschaft ist. An der Art, wie der einzelne Arbeitskamerad mit Heil Hitler grüßt, sehe ich, ob sich der Mann bei uns wohlfühlt oder nicht. Sehen Sie, es ist ja nicht damit abgetan, daß bei einem Betriebsappell verkündet wird: ‚In unserem Betrieb gibt es nur noch den deutschen Gruß!‘ Ist der einzelne Betriebsangehörige mit dem Herzen nicht bei dieser Regelung, kann er den Gruß mürrisch oder verärgert erweisen. Bei uns werden Sie nur auf ein frohes und freudiges ‚Heil Hitler‘ stoßen. Jeder ist stolz darauf, in einem vom Führer ausgezeichneten Betrieb zu arbeiten, und wir haben auch viele Beweise dafür, daß der einzelne gern bereit ist, diese Auszeichnung durch höhere und besondere Leistung immer von neuem für den Betrieb zu verdienen. Wir haben Fälle erlebt, wo Arbeitskameraden freiwillig länger gearbeitet haben, weil sie wußten, daß dieses oder jenes Stück fertig werden mußte. Wenn wir am 1. Mai mit unserer Goldenen Fahne marschieren, nehmen wir uns alle innerlich vor, alles zu tun, um den Ehrentitel Musterbetrieb für alle Zeiten für unseren Betrieb zu erhalten.“

(Monatshefte für NS.-Sozialpolitik)



Neues Wohnen

Oben:

Das Haus des Betriebsführers (siehe Bild oben Mitte) in der Siedlung seiner Gefolgschaft

Mitte:

Die alten Katen werden abgerissen. An ihrer Stelle entstehen ordentliche Arbeiterwohnungen (Remlin)

Unten:

Mustersiedlung von Industriearbeitern

Aufn.: Winterer (1), Eschenburg (2), Reichsheimstättenamt der DAF. (1)



Die Arbeitsstätte, an der der Arbeiter einen großen Teil seines Lebens verbringt, soll das Spiegelbild seiner Ehre werden



Am 1. Mai 1938 erklärte der Führer 103 deutsche Arbeitsstätten zu Musterbetrieben



Aufn.: Petri (1), Haller (1), Schütte (1)

Zu unseren Aufsätzen:

Zu den geistigen Waffen unserer Wirtschaftspolitik gehören die zahlreichen Schriften und Flugschriften, die aus der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei hervorgegangen sind. Es sind nicht dicke Wälzer oder Nachschlagewerke. Meist sind es kleine Hefte; die man auch bei gründlicher Durcharbeitung an einem Abend zu lesen vermag. Richtunggebend sind hier die Schriften des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler. Unter seinen Schriften nimmt ein Sonderdruck aus den NS.-Monatsheften, der im Sommer 1932 unter dem Titel „Das Recht auf Arbeit" im Zentralverlag der NSDAP. erschien, eine besondere Stellung ein. Bernhard Köhler hat die bereits in dieser Schrift ausgesprochenen Grundgedanken in einer Reihe weiterer Schriften fortentwickelt, die zum Teil als Texte von Reden gedruckt wurden. Hierher gehören: „Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip" (Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin Steglitz, 1934, Preis 80 Pfennig), „Des Führers Wirtschaftspolitik" (Zentralverlag der NSDAP., München, 1935. Preis 40 Pfennig), „Wirtschaft und Sozialismus" (Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin, 1936. Preis 20 Pfennig). „Die zweite Arbeitsschlacht" (Zentralverlag der NSDAP., München, 1936. Preis 50 Pfennig).

Außerdem wurden einige Schriften zum Außenhandel veröffentlicht, in denen insbesondere gezeigt wird, daß erst gesunde Volkswirtschaften Grundlage der neuen Weltwirtschaft sein können. Diese Schriften sind aus den Reden Bernhard Köhlers entstanden, die er auf den wirtschaftspolitischen Kundgebungen in Leipzig gehalten hat. Die Schriften „Sklavenarbeit oder Welthandel?" und „Wille zum Welthandel" sind gerade heute von aktueller Bedeutung. Die zuletzt genannte Schrift gehört zu den 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik die seit einem Jahr im Zentralverlag der NSDAP. erscheinen. In denselben ist auch die Schrift Bernhard Köhlers „Die Eroberung der Wirtschaft" erschienen. Die Zeitschrift, in der Bernhard Köhler und seine engeren Mitarbeiter zu schreiben pflegen, ist „Die wirtschaftspolitische Parole", die als parteiinternes Organ im Zentralverlag der NSDAP., München, zweimal monatlich erscheint (halbjährlicher Bezugspreis RM. 1,80). Als Ergänzung werden von der Kommission für Wirtschaftspolitik karteimäßige Materialzusammenstellungen als „Wirtschaftspolitische Briefe" herausgegeben (vierteljährlicher Bezugspreis RM. 1,20). Sonderdrucke aus der Wirtschaftspolitischen Parole, die als 10-Pfennig-Flugschriften verbreitet wurden, haben 1937 allein die Auflage von über eine Million Exemplare erreicht („Sparen heißt nicht Not leiden!" „Borgen heißt arm werden!").

In der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei sind unter vielen anderen folgende Verfasser durch ihre Schriften hervorgetreten: Dr. Achim Holtz, Gauwirtschaftsberater Prof. Dr. Hunke, dessen neues Buch „Grundzüge der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft" die bisher beste umfassende Darstellung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik enthält, Dr. Alf Noll (besonders: „Grundsätze nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik"). Diese Schriften werden noch ergänzt durch solche wirtschaftswissenschaftlichen oder wirtschaftskundlichen Inhalts. Sehr viel Material bei Blankenburg/Dreyer „NS.-Wirtschaftsaufbau"

Zu dem Aufsatz von Wilhelm Hartig „Wer ist Träger der Wirtschaft? Der Mensch oder der Sachwert?" empfehlen wir die Arbeit von Prof. Karl Arnhold: „Der Betriebsführer und sein Betrieb". Gedanken zum nationalsozialistischen Musterbetrieb. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig, 1937. 63 Seiten. Preis br. 0,70 RM. Der Leiter des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung in der DAF. will mit dieser Schrift klare und weltanschaulich fundierte Anregungen für den betrieblichen Führer unserer Zeit geben. Schon einzelne Hauptabschnitte, wie Sachbearbeitung und Menschenführung — Grundsätze der Betriebsführung — Vom nationalsozialistischen Musterbetrieb — usw. lassen erkennen, daß diese Schrift über den Betriebsführer hinaus Interesse findet. Das gleiche gilt für Arnholds Schrift „Betriebs- und Arbeitsführung in der Front der deutschen Arbeit" (2. Aufl. 1936 RM. 0,50). Theodor Hupfauer „Leistungskampf der deutschen Betriebe" (Verlag der DAF. 1937. RM. 1,20) wirbt mit Text und Bildern für die nationalsozialistische Forderung einer Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik, wie sie in dem Leistungswettkampf ihren konkreten Niederschlag findet. Ein wichtiges Buch für die Praxis: „Die Lehrwerkstätte. Planung, Errichtung und Führung." Nach Ausführungen von Karl Arnhold (DAF. 1937. RM. 3,80); nach einer Grundlegung der volkspolitischen Notwendigkeit der Lehrwerkstätte und allgemein der Berufserziehung werden die Fragen der Errichtung und Gestaltung, der Führung und der wirtschaftlichen Verwaltung der Lehrwerkstätte behandelt; der Bericht gibt klare Anweisungen und zugleich ein wirkungsvolles Bild nationalsozialistischer Sozialpolitik. „Deutsche Sozialpolitik", der Jahresbericht der Deutschen Arbeitsfront (Zentralbüro Sozialamt 1937. RM. 2,— bzw. 2,50), erschien am Parteitag der Arbeit mit einem Vorwort von Dr. Ley und gibt eine Übersicht über die deutsche Sozialpolitik an Hand der Tätigkeit der DAF. A. Axmann „Olympia der Arbeit" unterrichtet über den Reichsberufswettkampf (1936, RM. 2,80). In der Schriftenreihe des Schulungsamtes der DAF. berichtet der Leiter des Fachamtes „Der deutsche Handel", Hans Feit, über „Menschenführung im Handel" (Vorwort von Dr. Ley, 50 Seiten, 1938).

In klarer Formulierung wird von Bruno Kiesewetter („Die neue Aufgabe der deutschen Volkswirtschaft", Berlin, Junker & Dünnhaupt, 1937. RM. 0,80) ein Überblick über die nationalsozialistische Volkswirtschaftspolitik und hier insbesondere des Außenhandels, des Arbeitseinsatzes und der Preisbildung gegeben. Rudolf Stucken „Deutsche Geld- und Kreditpolitik" (Hanseatische Verlagsanstalt, 1937. RM. 4,20 bzw. 5,20) zeigt die Entwicklung der deutschen Geld- und Kreditpolitik von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart. Vgl. hierzu auch Günter Schmölders „Geld und Kredit". Johannes Stoye „Die geschlossene deutsche Volkswirtschaft. Geopolitik, Autarkie, Vierjahresplan" (Verlag Teubner, Leipzig 1937. RM. 2,—) gibt neben der Darstellung der geistigen Vorarbeiten zur Schaffung der Grundlagen für den Vierjahresplan eine besonders aufschlußreiche Darstellung des Gegensatzes zwischen dem Vierjahresplan und der Planwirtschaft der Sowjets. J. Wagner behandelt „Die Preispolitik im Vierjahresplan" (1938, RM. 1,—).

Das Werk von Anton Zischka „Wissenschaft bricht Monopole. Der Forschungskampf um neue Rohstoffe und neuen Lebensraum" (1937, RM. 5,50 bzw. 6,80) hat in kurzer Zeit eine große Verbreitung gefunden, da es in wirkungsvoller Darstellung Deutschlands Kampf um seine Rohstofffreiheit schildert. Es ist ein unbestreitbares Verdienst dieses Werkes, auch über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus Verständnis für die Aufgaben und Leistungen des Vierjahresplanes erweckt zu haben. Der Gauamtsleiter für Kommunalpolitik Baden und Oberbürgermeister von Freiburg Franz Kerber („Gemeindepolitische Spezialaufgaben zur Erringung der deutschen Nahrungs- und Rohstofffreiheit". Süd-West-Druck, 1937. RM. 0,30) zeigt am praktischen Beispiel die Wichtigkeit der gemeindlichen Arbeit für das Gelingen des Vierjahresplanes.

Hierzu schließlich noch „Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates", herausgegeben von Lammers und Pfundtner; in Band 3: „Die Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates" unterrichtet dieses Lieferungswerk über die Grundlagen und praktische Durchführung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Friedrich Heiß „Vier Jahre deutsche Werkarbeit. Der Große Auftrag." 1933 bis 1936 (RM. 5,50 1937). W. L. Ner-soff „Das wirtschaftliche Gesicht des neuen Deutschland. Das Urteil eines Ausländers" (1936, RM. 4,20). C. Santoro „Vier Jahre Hitler-Deutschland, von einem Ausländer gesehen (1933—1937)" (1938, RM. 6,90). Max Hessenland „Deutschlands Kampf um seine Rohstoffe" (1936, RM. 4,20). J. v. Ribbentrop „Vierjahresplan und Außenhandel" (1937, RM. 0,50). Karl August Walther „Deutsches Volk in Arbeit und Wehr" (197 Seiten, 96 Lichtbildaufnahmen; Preis 7,80 RM. Verlag Hans Wilhelm Rödiger, Berlin SW 11). Otto Heinz Heim „Werke deutscher Wertarbeit. Pioniertaten einst und jetzt" (Junker & Dünnhaupt, 1937 RM. 1,80 bzw. 2,50). Paul Wolff „Arbeit" (Volk und Reich Verlag und Becholb-Verlag, 1937. RM. 12,50) Paul G. Ehrhardt „Zellwolle. Vom Wunder ihres Werdens" (Brönner-Verlag, 1938. RM. 4,70); die Schrift, die mit vorzüglichem Bildmaterial ausgestattet ist, ist geeignet, Verständnis für die neuen Werkstoffe des Vierjahresplanes zu erwecken. K. A. Schenzinger „Anilin. Roman aus der chemischen Industrie" (1937, RM. 4,80 bzw. 5,80) hat in vorbildlicher Weise die deutsche Leistung auf dem Gebiet der Chemie in fesselnder Form gestaltet. Hans Dominik „Vistra, das weiße Gold Deutschlands. Die Geschichte einer weltbewegenden Erfindung" (Leipzig, Köhler und Amelang, 1937. RM. 4,80) gibt eine spannende Darstellung der Geschichte der Zellwolle; hierbei wird der überragende Anteil deutscher Wissenschaftler und Betriebstechniker gewürdigt.

Von den Schriften des Reichsnährstandes sei verwiesen auf Herbert Backe „Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft" (Reichsnährstandsverlag, 1938. RM. 2,50); „Die agrarpolitische Lage" (Haude und Spenersche Buchhandlung, 1938. RM. 0,40). H. Reischle „Die deutsche Ernährungswirtschaft, Aufgabe, Leistung und Organisation" (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, II, 1, 1935. RM. 0,80); „Die Technik der Wirtschaftslenkung durch den Reichsnährstand" (Blut-und-Boden-Verlag, 1937. RM. 0,80). Max Schönberg „Arbeit und Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft" (Blut-und-Boden-Verlag, 1937. RM. 0,80). E. Woermann „Nationale Bedarfsdeckung in der Ernährungswirtschaft" (Blut-und-Boden-Verlag, 1937. RM. 0,80).

Bildquellenangabe: Stumpff „Schweizerchronik", Zürich 1548 (Seite 231); Hans Sachs „Eigentliche Beschreibung aller Stände auf Erden", Frankf. 1568 (Seite 206, 211, 215); Treitzsaurwein „Der Weißkunig" (Seite 218); H. Bergner, Kunstaltertümer, 1906 (Seite 222); der Lastenträger (Seite 225) wurde nachgezeichnet von H. Rieckhoff; von J. Straub ist die Darstellung auf der ersten Umschlaginnenseite und die Zeichnung auf Seite 235; die Aufnahme auf der 2. Kupfertiefdruckseite ist aus dem Archiv des Reichsamts „Schönheit der Arbeit".

Die Tabellen auf Seite 208 und 229 stammen vom Statistischen Reichsamt.

Ergänzungen zur 1., 2. und 3. Auflage des Organisationsbuches der NSDAP.

Nachtrag (1. u. 2. Auflage Seite 520 vor „Reichsbürgergesetz“ einfügen):

Auslegung des § 4 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.
RdErl. d. RuPrMdI. v. 7. 12. 1936 — I B 2. 13700/5017 d. MB. S. 1631.

Die Bestimmung des § 4 Abs. 1 des Blutschutzgesetzes*) hat zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob beim Beflaggen von Gebäuden oder Wohnungen der deutschblütige Ehegatte, der in einer deutschjüdischen Mischehe lebt, zum Hissen der Reichs- und Nationalflagge und zum Zeigen der Reichsfarben berechtigt ist oder nicht. Ich bestimme deshalb gemäß § 6 des Blutschutzgesetzes*) im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem RIM., daß an Gebäuden oder Wohnungen das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben auch dem deutschblütigen Ehegatten verboten ist. Dieses Verbot gilt entsprechend in allen Fällen, in denen neben Deutschblütigen auch Juden einer Hausgemeinschaft angehören.

*) Vgl. RGBl. 1935 I S. 1146.

Nachtrag (1. Auflage nach Seite 550 anfügen):

Gesetz über die Vereidigung durch die Parteigerichte vom 30. September 1936.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Im Verfahren vor den Parteigerichten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei können Zeugen und Sachverständige durch Parteirichter, die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Fähigkeit zum Richteramt haben, vereidigt werden.

Ein solcher Eid steht dem vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörden geleisteten Eid gleich.

Berchtesgaden, den 30. September 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Gesetz über das Winterhilfswerk des deutschen Volkes vom 1. Dezember 1936.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes ist rechtsfähig. Es finden die Bestimmungen über die rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts sowie die Vorschriften der §§ 26, 27 Abs. 3, 30 und 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinngemäß Anwendung. Die Verfassung des Winterhilfswerks wird durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt.

§ 2 Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes hat seinen Sitz in Berlin.

§ 3 Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes wird durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geführt und beaufsichtigt. Auf seinen Vorschlag ernennt und entläßt der Führer und Reichskanzler den Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes hat die Stellung des Vorstandes.

§ 4 Die zur Durchführung der Aufgaben des Winterhilfswerks notwendigen Mittel werden durch öffentliche Sammlungen aufgebracht, für die § 15 Nr. 1 des Sammlungsgesetzes vom 5. November 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1086) gilt.

Berlin, den 1. Dezember 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
Dr. Goebbels

Reichsgesetzblatt I S. 995 Nr. 113 v. 3. Dez. 1936.

Nachtrag (1. Auflage nach Seite 550 anschließend an das Gesetz über das Winterhilfswerk des deutschen Volkes und 2. Auflage nach Seite 552 anfügen):

Gesetz über die Vernehmung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen vom 1. Dezember 1936.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 (1) Unterführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen, die die Amtstätigkeit eines Stützpunktleiters, eine dieser gleichstehende oder eine höhere Amtstätigkeit ausüben, dürfen über Umstände, auf die sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen oder Sachverständige nur mit Genehmigung vernommen werden.

(2) Dasselbe gilt für Angehörige der Parteigerichte und des Sicherheitsdienstes der SS.

(3) Angehörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen dürfen als Zeugen oder Sachverständige nur mit Genehmigung vernommen werden, soweit sie über dienstliche, schriftliche oder mündliche Anordnungen, Verhandlungen oder Mitteilungen aussagen sollen, die im Einzelfall von der zuständigen Stelle bei der Bekanntgabe als geheim oder vertraulich bezeichnet worden sind.

(4) Die Vorschriften der Absätze 1 und 3 gelten auch nach dem Ausscheiden aus der Partei, der Gliederung oder dem Amt.

§ 2 (1) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Abgabe des Gutachtens dem Wohl des Reiches Nachteile bereiten würde.

(2) Die Genehmigung ist durch die vernehmende Stelle einzuholen, soweit sie nicht schon von dem Zeugen oder Sachverständigen beigebracht ist, ihre Erteilung ist dem Zeugen oder Sachverständigen vor der Vernehmung bekanntzugeben.

§ 3 Der Stellvertreter des Führers erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften und Übergangsbestimmungen. Er bestimmt insbesondere, für welche Unterführer die §§ 1 und 2 gelten, welche Stellen über die Ge-

(Fortsetzung auf Seite 239)

nehmigung entscheiden und welche Stellen dienstliche Anordnungen, Verhandlungen oder Mitteilungen als geheim oder vertraulich bezeichnen können.

Berlin, den 1. Dezember 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Reichsgesetzblatt I Nr 113 S. 994.

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Vernehmung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen vom 2. Dezember 1936.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Vernehmung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Gliederungen vom 1. Dezember 1936 (Reichsgesetzblatt I S 994) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz verordnet:

§ 1 Unterführer im Sine des § 1 Abs. 1 des Gesetzes sind:

Reichsleiter, Hauptdienstleiter der Reichsleitung, Hauptamtsleiter der Reichsleitung, Amtsleiter der Reichsleitung, Hauptstellenleiter der Reichsleitung, Stellenleiter der Reichsleitung, Hilfsstellenleiter der Reichsleitung;

Gauleiter, stellvertretende Gauleiter, Gauamtsleiter, Gauhauptstellenleiter;

Kreisleiter, Kreisamtsleiter;

Ortsgruppenleiter, Stützpunktleiter;

SA.-Obergruppenführer, SA.-Gruppenführer, SA.-Brigadeführer, SA.-Oberführer, SA.-Standartenführer, SA.-Obersturmbannführer, SA.-Sturmbannführer, SA.-Sturmhauptführer, SA.-Obersturmführer, SA.-Sturmführer;

SS-Obergruppenführer, SS-Gruppenführer, SS-Brigadeführer, SS-Oberführer, SS-Standartenführer, SS-Obersturmbannführer, SS-Sturmbannführer, SS-Hauptsturmführer, SS-Obersturmführer, SS-Untersturmführer;

Korpsführer NSKK., NSKK.-Obergruppenführer, NSKK.-Gruppenführer, NSKK.-Brigadeführer, NSKK.-Oberführer, NSKK.-Standartenführer, NSKK.-Oberstaffelführer, NSKK.-Staffelführer, NSKK.-Hauptsturmführer, NSKK.-Obersturmführer, NSKK.-Sturmführer;

HJ.-Stabsführer, HJ.-Obergebietsführer, HJ.-Gebietsführer, HJ.-Oberbannführer, HJ.-Bannführer, HJ.-Unterbannführer;

Gebietsjungvolkführer, Oberjungbannführer Jungvolk, Jungbannführer Jungvolk, Stammführer Jungvolk;

Obergauführerin BDM., Gauführerin BDM., Untergauführerin BDM., Ringführerin BDM.;

Untergauführerin JM., Ringführerin JM.;

Reichsfrauenführerin, Gaufrauenschaftsleiterin, die einer Kreisfrauenschaftsleiterin mindestens ranggleichen Unterführerinnen im Stab, Kreisfrauenschaftsleiterin.

§ 2 (1) Stellen, die dienstliche, schriftliche oder mündliche Anordnungen, Verhandlungen oder Mitteilungen im Einzelfall bei der Bekanntgabe als geheim oder vertraulich bezeichnen können, sind:

Reichsleiter, Hauptdienstleiter der Reichsleitung, Hauptamtsleiter der Reichsleitung;
Gauleiter, stellvertretende Gauleiter;

Korpsführer NSKK., NSKK.-Obergruppenführer, NSKK.-Gruppenführer;

SA.-Obergruppenführer, SA.-Gruppenführer;

SS-Obergruppenführer, SS-Gruppenführer;

HJ.-Stabsführer;

Reichsfrauenführerin sowie die ausdrücklich Beauftragten dieser Unterführer.

(2) Diese Stellen können auch dienstliche Vorgänge aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes als geheim oder vertraulich bezeichnen.

§ 3 (1) Über die Aussagegenehmigung entscheidet der Stellvertreter des Führers für:
Reichsleiter, Hauptdienstleiter und Hauptamtsleiter der Reichsleitung sowie deren Stäbe, ferner für Angehörige des Obersten Parteigerichts, Korpsführer NSKK. mit Stab und Reichsfrauenführerin mit Stab, den Stab des Stellvertreters des Führers; Gauleiter.

(2) Der Stellvertreter des Führers kann seine Zuständigkeit auf andere Parteidienststellen übertragen.

(3) Im übrigen entscheiden über die Erteilung oder Versagung der Genehmigung der Gauleiter oder Beauftragte seiner Dienststelle, soweit nicht der Stellvertreter des Führers etwas anderes anordnet.

§ 4 (1) Als Angehörige der Parteigerichte gelten die Vorsitzenden, Beisitzer und Hilfsbeisitzer.

(2) Als Angehörige des Sicherheitsdienstes gelten diejenigen, die auf Grund eines Ausweises ihrer Dienststelle die Dienstkleidung mit dem Kennzeichen SD zu tragen berechtigt sind.

München, den 2. Dezember 1936.

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Reichsgesetzblatt I Nr. 113 Seite 997.

Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 7. April 1937.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 (1) Die Bezeichnungen, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände für ihre Amtsträger, ihren Aufbau, ihre Einrichtungen und Symbole führen, dürfen von anderen Vereinigungen weder allein noch in Verbindung mit Zusätzen geführt werden.

(2) Bezeichnungen für unmittelbare Einrichtungen des Staates und Bezeichnungen, die auf gesetzlicher Bestimmung beruhen, bleiben unberührt.

§ 2 (1) Der Stellvertreter des Führers wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern und den sonst beteiligten Reichsministern festzustellen, daß die Verwendung einer Bezeichnung nach § 1 des Gesetzes unzulässig ist.

(2) Wer einer ihm zugestellten oder im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Feststellung im Sinne des Absatzes 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft

Berlin, den 7. April 1937.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Reichsgesetzblatt I S 442 v 9 4. 37.

Fragen und Antworten

Frage: Wie sind Mitglieder des NS.-Reiterkorps, die nicht der NSDAP. angehören, während ihres Dienstes versichert?

Antwort: Nach einer Anordnung des Reichsschatzmeisters können die Mitglieder des Nationalsozialistischen Reiterkorps, die die Parteimitgliedschaft nicht besitzen, der Hilfskasse der NSDAP. angeschlossen werden.

Für die Meldung zur Hilfskasse sind die diesbezüglichen Richtlinien maßgebend. Jedes Mitglied des NS.-Reiterkorps hat demnach seine Meldung und seine Beitragszahlung nur durch die für seine Wohnung zuständige politische Ortsgruppe vorzunehmen. Die Hilfskasse ist angewiesen, etwa eintretende Unfälle und Todesfälle, die sich während des angesetzten NSRK.-Dienstes ereignen, gemäß ihren Richtlinien zu behandeln.

Frage: Kann ein Politischer Leiter neben seinem aktiven Dienstrang noch ein Abzeichen für ausgeschiedene Politische Leiter tragen, wenn diese einen höheren Dienstrang bezeichnen?

Antwort: Ein aus dem aktiven Dienst ausgeschiedener Politischer Leiter, z. B. ein ehemaliger Stellvertretender Gauleiter, kann entsprechend den Personalbestimmungen einen Dienstrang als ausgeschiedener Politischer Leiter, in diesem Beispiel also den Dienstrang eines ausgeschiedenen Stellvertretenden Gauleiters, erhalten. Es ist weiterhin möglich, daß er, wenn er später eine Dienststellung nachgeordneter Art einnimmt, dann den dafür zuständigen aktiven Dienstrang verliehen erhält. Ist dieser im Rang nachgeordnet, ist er berechtigt, den höheren Dienstrang für Ausgeschiedene weiter zu tragen.

Frage: Ist es zulässig, daß an nationalsozialistischen Feiertagen Fahnen der Gliederungen und angeschlossenen Verbände als Hausfahnen verwandt werden?

Antwort: Nach einer Anordnung des Stellvertreters des Führers ist das Zeigen von Fahnen der Gliederungen und angeschlossenen Verbände als Hausfahnen unzulässig.

Die Hakenkreuzfahne aus rotem Tuch und schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grund ist das alleinige Symbol der gesamten Bewegung. Nur sie ist als Hausfahne zu verwenden.

Für alle Dienstgebäude der Gliederungen und angeschlossenen Verbände ist angeordnet, daß ihre Sonderflaggen stets nur in Verbindung mit der alten Hakenkreuzfahne, dem Symbol der gesamten Bewegung, gezeigt werden dürfen. Ihr ist selbstverständlich stets der bevorzugte Platz einzuräumen.

Frage: Welche Disziplinarstrafen kann ein Hoheitsträger verhängen?

Antwort: Die vom Hoheitsträger disziplinar ohne Gerichtsverfahren verhängten Strafen dürfen nicht als „Verweis" oder „Verwarnung" bezeichnet werden, weil die in den Richtlinien für die Parteigerichte vorgesehenen „Verweise" und „Verwarnungen" Parteistrafen sind, die nur auf beschlußmäßigen Antrag eines Parteigerichts ausgesprochen werden dürfen.

Für die vom Hoheitsträger zu verhängenden Strafen muß irgendeine andere Bezeichnung, sei es „Rüge" oder „Warnung", gewählt werden. Sie können schriftlich oder mündlich ausgesprochen werden. Sie sind dagegen nicht in eine Form zu kleiden, die der entspricht, die im allgemeinen beim Vollzug der vom Parteigericht beantragten Strafe angewandt wird. Ihre Eintragung ins Mitgliedsbuch ist in jedem Falle unzulässig.

Es versteht sich von selbst, daß zwischen der Partei und der parteieigenen Presse ein besonders enges Verhältnis besteht; ein Verhältnis, das sich aus dem historischen Werdegang der Parteipresse erklärt, die niemals entstanden wäre, wenn die Haltung der übrigen Presse sie überflüssig gemacht hätte. Die Kämpfer der Parteipresse sind mit den übrigen Kämpfern der Bewegung durch die Gefängnisse des Systemstaates gegangen und sollten so in der Treue zu ihrer Idee erschüttert werden.

Die besondere Verbundenheit der Partei mit ihrer Presse bewirkt den Appell an ihre Angehörigen, die Mitglieder ihrer aktivistischen Gliederungen und die deutsche Beamtenschaft, in erster Linie die parteieigene Presse zu beziehen und durch die tägliche Verbundenheit mit diesem Instrument der Partei die Kampfgemeinschaft und Verschworenheit aller Kämpfer des Nationalsozialismus immer wieder zu erneuern. Es bleibt die Aufgabe aller Politischen Leiter, SA.- und SS-Führer sowie der Leiter von Behörden, die ihrer Führung anvertrauten Volksgenossen immer wieder darauf hinzuweisen.

Auflage der Maifolge 3,4 Millionen

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter — Hauptschulungsamt. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtsleiter Franz H. Woweries, MdR. (z. Zt. bei der Wehrmacht). In Vertretung: Fr. Schmidt-Schwerin, Berlin W 35, Großadmiral-Prinz-Heinrich-Straße 12, Fernruf: 22 55 65; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München. Verlag Franz Eher Nachfg. GmbH., Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87—91 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn KG., Berlin SW 68.



Oben: Das Leistungsabzeichen

Titelseite und oben: Zeichnung Hans Schirmer, Berlin